Erinnern!

Aufgabe, Chance, Herausforderung.

2 | 2015

Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt

1933 | 1945 | 1989

Inhalt

In der Mitte der Gesellschaft angekommen? Die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur in SBZ und DDR im vereinigten Deutschland
Anna Kaminsky 1

Geschichte ist Konstruktion aus der Jetztzeit
Andreas Nachama 15

40 Jahre Helsinki: Die DDR und der KSZE-Prozess
Anja Hanisch 23

Die Grenzübergangsstelle als Wirtschaftsraum – Devisengenerierung an der innerdeutschen Grenze am Beispiel der Grenzübergangsstelle Marienborn/Autobahn
Daniel Hirschmann 29

Der TOLERANZWEG in der Parkstadt Wörlitz
Dietrich Bungeroth 41

Das Projekt „Meet Up Ukraine“ 2015. Ein Reisebericht
Peter Wetzel 51

„Tore zur Freiheit. Vor 60 Jahren: Rückkehr aus sowjetischer Haft 1955. Vor 25 Jahren: Die Wiedervereinigung Deutschlands 1990“ – Jahrestagung der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion in Magdeburg
Edda Ahrberg, Anne Drescher 57

Aus der Arbeit der Stiftung 63

In der Mitte der Gesellschaft angekommen? Die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur in SBZ und DDR im vereinigten Deutschland

Dr. Anna Kaminsky

Entgegen vieler Vorhersagen lässt die Beschäftigung mit der DDR und dem Nachkriegsunrecht nicht nach. Aber ist sie damit auch auf dem Weg, nicht nur eine „Fußnote der deutschen Geschichte“ zu bleiben, zu der sie seit Anfang der 1990er Jahre immer wieder erklärt wird, sondern in der Mitte der Gesellschaft anzukommen?[1]

„History rules“ möchte man im Blick auf die Dauerpräsenz von zeithistorischen Themen in der öffentlichen Darstellung sagen: Historische Dokumentationen zur NS- und kommunistischen Diktatur sind allabendlich im Fernsehen zu sehen. Zudem gibt es mittlerweile vielfältige Aufarbeitungsinstitutionen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Diese reichen von der 1991 gegründeten Stasi-Unterlagenbehörde über die beiden zwischen 1992 und 1998 tagenden Bundestags-Enquetekommissionen und die aus ihr hervorgegangene Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur über die Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, die Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung (LpB), die parteinahen Stiftungen bis hin zu Volkshochschulen, die einen Teil ihrer Aktivitäten der Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur widmen.[2] Neben diesen auf staatlicher Ebene agierenden Institutionen gibt es ein dichtes Netz aus Vereinen, Opferverbänden und unabhängigen Archiven. Historische Museen und Ausstellungen verzeichnen regelmäßig Besucherrekorde. Die zahlreichen Gedenkstätten an Orten der Repression wie ehemaligen Lagern, Geheimdienstzentralen oder Gefängnissen werden von Hunderttausenden Besuchern jedes Jahr aufgesucht. Entlang der innerdeutschen Grenze haben sich vielfältige Museen angesiedelt und erinnern an die deutsche Teilung und das Leid der Menschen.

Auch die wissenschaftliche Beschäftigung mit der zweiten Diktatur in Deutschland hat in den vergangenen 25 Jahren beachtliches geleistet. Begünstigt durch die umfassende Öffnung der Archive und sprudelnde Forschungsgelder stand die Beschäftigung mit der kommunistischen Diktatur vor allem in den 1990er Jahren im Zeichen der Erforschung der Herrschaftsstrukturen und -mechanismen sowie der Aufdeckung der

Verbrechen des SED-Regimes. Bis Ende der Zweitausender Jahre wurden insgesamt 1.500 Vorhaben bearbeitet.[3] Zwischen 1990 und 2010 erschienen etwa 6.000 Bücher zur DDR. Mehr als 900 Dissertationen zur DDR-Geschichte wurden verfasst.[4] „Die kritische Historisierung der DDR (wurde) auf völlig neue Grundlagen gestellt", bilanzierte Ralph Jessen 2010.[5]

Seit einigen Jahren verschiebt sich die Beschäftigung mit der DDR hin zu vergleichenden Perspektiven nicht nur im deutsch-deutschen Vergleich, sondern in internationaler Perspektive: „Gefordert werden übergreifende Studien, die die Verortung der kommunistischen Diktatur im Osten Deutschlands in einem breiten internationalen Kontext nicht nur des kommunistischen Machtsystems, sondern in den Auseinandersetzungen des Kalten Krieges insgesamt vornehmen. Hinzu kommen Erwartungen nach einer Erweiterung des Forschungshorizonts hin zu einer gesamtdeutschen Betrachtung der Geschichte der beiden deutschen Nachkriegsstaaten sowie zu Diktaturvergleichen (...)".[6] Eine Folge dieser thematischen und methodischen Öffnung ist aber auch, dass dadurch die DDR „als Forschungsthema an Relevanz" verliert.[7] Damit geht einher, dass die DDR als engeres Thema nicht nur in der Forschung, sondern auch in der Lehre rückläufig ist. Der DDR-Forschung gewidmete Lehrstühle wie beispielsweise an der Universität Mannheim wurden geschlossen. Mittlerweile ist immer wieder die Rede davon, dass das Thema DDR „über- bzw. ausgeforscht" sei. Dem widerspricht eine von Hermann Wentker, Dierk Hoffmann und Michael Schwartz erstellte Studie ausdrücklich.[8]

Konjunkturen und Kontroversen der Aufarbeitung

Also alles schon erforscht und aufgearbeitet bei den „Weltmeistern der Aufarbeitung?", wie Timothy Garton Ash die deutsche Vergangenheitsbeschäftigung nannte? Bei allen Fortschritten rufen bis heute die gleichen Themen wie vor 25 Jahren immer wieder heftige Reaktionen und Debatten hervor, ist der Kampf um die Deutungshoheit nicht abgeschlossen. Dies betrifft insbesondere drei große Themen:

- die Erinnerungskonkurrenz in Bezug auf den Umgang mit NS- und kommunistischer Diktatur;
- den Umgang mit den Stasi-Akten und der dazugehörigen Behörde;
- die Darstellung von Unrecht und Verbrechen in SBZ und DDR, in der sich viele Menschen mit ihrem Leben nicht wiedererkennen.

Erinnerungskonkurrenz

In Deutschland, das geographisch und erinnerungskulturell an der Nahtstelle von zwei Erinnerungsdiskursen liegt, kollidieren – sinnbildlich entlang der einstigen innerdeutschen Grenze – nicht nur deutsche Erinnerungsdebatten. Stellvertretend trifft hier die westeuropäische, auf den Nationalsozialismus konzentrierte Erinnerungskultur auf eine „osteuropäische", zusätzlich das „Gulag-Gedächtnis" umfassende Erinnerungskultur aufeinander. Letztere muss sich sowohl mit der Gewalterfahrung während der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg als auch mit der mehrfachen Gewalterfahrung aus der Zeit der stalinistisch-kommunistischen Herrschaft auseinandersetzen. So wenig selbstverständlich es war, dass die Erinnerung an die zweite Diktatur in Deutschland in das nationale „Gewaltgedächtnis", das sich seit Mitte der 1970er Jahre im Westen gebildet hatte, aufgenommen wurde, so wenig selbstverständlich wurde die mehrfache Gewalt- und Diktaturerfahrung, die die Länder im Osten Europas und deren Bevölkerung teilten, zur Kenntnis genommen.[9] Es gab zwar im vereinigten Deutschland einen Konsens darüber, dass sich bei der Aufarbeitung der zweiten Diktatur nicht die gleichen Fehler wiederholen sollten, wie sie bei der nur zögerlichen Beschäftigung mit der NS-Diktatur gemacht worden waren. Zugleich war die Auseinandersetzung über den Stellenwert, den die zweite Diktatur in der öffentlichen Erinnerung einnehmen sollte, sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene von Befürchtungen geprägt. Diese richteten sich darauf, dass das vereinigte Deutschland sich aus seiner historischen Verantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen stehlen und sich als Opfer sowohl der NS- als auch der sowjetischen Herrschaft stilisieren könnte.

Unmittelbar in der Friedlichen Revolution und dem Umbruch gab es einen breiten politischen und gesellschaftlichen Konsens darüber, dass die Aufklärung über das geschehene Unrecht und die Verbrechen der kommunistischen Diktatur der beste Weg ist, um die Menschen für das Leben in der Demokratie zu stärken. Zugleich bestand Einigkeit darüber, dass die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur und ihren Verbrechen nicht zu einer Relativierung der deutschen Schuld im Nationalsozialismus und zu einer Verkehrung von Verantwortlichkeiten oder gar zur Verharmlosung deutscher Verbrechen zwischen 1933 und 1945 führen dürfe.[10]

Als die DDR 1990 der Bundesrepublik beitrat, blickten beide deutsche Staaten auf eine jahrzehntelange Beschäftigung mit der NS-Diktatur zurück. Trotz unterschiedlicher Schwerpunkte erwies sich diese für die Akteure in beiden Landeshälften als anschluss-

fähig. Hinsichtlich der Verwerflichkeit des NS-Regimes und seiner Verbrechen gab es in Ost wie West keine Zweifel. Als sich 1990 die beiden deutschen Staaten vereinigten, befürchteten viele Vertreter der NS-Aufarbeitung jedoch, dass sich nunmehr erfüllen würde, was Nolte mit seiner Debatte 1986 begonnen hatte: Das vereinigte Deutschland würde sich nun auf die Aufarbeitung der SED-Diktatur konzentrieren und die Auseinandersetzung mit dem NS-Regime vernachlässigen. Volkhard Knigge formulierte stellvertretend für viele, dass man befürchte, dass das „nationale Verbrechens- und Unrechtsgedächtnis (…) auf den DDR- und SED-Kontext" reduziert werden könnte.[11]

Die unterschiedliche Bewertung der beiden totalitären Systeme in Europa sowie der Doppelrolle der Sowjetunion – einerseits Teil der Antihitlerkoalition und Siegermacht über das nationalsozialistische Deutschland und andererseits ebenfalls Trägerin einer unmenschlichen und verbrecherischen Diktatur – prägt seither die Beschäftigung mit den beiden Diktaturen in Deutschland. Sehr deutlich zeigte sich dies an den kontroversen Reaktionen auf die Rede der lettischen Außenministerin Sandra Kalniete bei der Eröffnung der Leipziger Buchmesse 2004. Sie hatte beide totalitäre Systeme als gleichermaßen verbrecherisch bezeichnet und war dafür insbesondere in Deutschland der Relativierung der NS-Verbrechen bezichtigt worden.[12]

Im vereinigten Deutschland brachen die erinnerungspolitischen Konflikte in Bezug auf die kommunistische Herrschaft sehr bald zu Tage. Sie entzündeten sich an den Diskussionen zur Umgestaltung der DDR-Gedenkstätten in den großen nationalsozialistischen Konzentrationslagern.[13] Die Auseinandersetzungen spitzten sich an der Frage zu, ob und wie in die Gedenkstätten, die bis dahin ausschließlich dem Gedenken an die in den nationalsozialistischen KZs ermordeten und ums Leben gekommenen Häftlinge gewidmet waren, nunmehr auch die Erinnerung an die Opfer der stalinistischen Verfolgung aufgenommen werden könnte, die vor allem als NS-Täter gesehen wurden. Eine sachliche Diskussion wurde dadurch erschwert, dass die sowjetischen Lagerakten erst ab Anfang der neunziger Jahre zugänglich wurden. So bestand lange Zeit Unklarheit darüber, wer genau in den Lagern aus welchen Gründen gefangen war. Die Bewertung der in den sowjetischen Akten vorhandenen Informationen ist bis heute umstritten. So erlauben es der Charakter der sowjetischen „Ermittlungen" und der Unterlagen oft nicht, aus den Akten auf die tatsächlichen Gründe für Verhaftung oder Verfolgung zu schließen. Bis auf einige Stichproben fehlen bis heute Untersuchungen, wie viele tatsächlich an NS-Verbrechen Beteiligte in den Lagern gefangen waren. Dies bedingt

bis heute, dass Diskussionen über den Charakter der sowjetischen Lager immer wieder aufflammen.[14] Leidtragende dieser Auseinandersetzungen waren die in den ersten Nachkriegsjahren Verfolgten. Diese sahen sich nach 1990 pauschal dem Verdacht ausgesetzt, Nazis gewesen zu sein und Verbrechen begangen zu haben. Dem individuellen Schicksal wurden diese Debatten in vielen Fällen nicht gerecht. Viele derjenigen, die Opfer der Verfolgung in der stalinistischen Phase geworden waren, fühlten sich zu „Opfern zweiter Klasse“ degradiert.

Während dieser Auseinandersetzungen prägte Bernd Faulenbach in der Enquete-Kommission hierfür eine Formulierung, die für den Umgang mit der zweiten Diktatur die Grundlage für einen Erinnerungskonsens schuf[15]. Dieser beruhte auf den folgenden Punkten:

- Die Grundlage der Betrachtung beider Diktaturen ist ein antitotalitärer Konsens, der als „spezifisches Wertesystem verstanden wird, in dessen Zentrum die Menschen- und Bürgerrechte stehen“[16].
- Bei der Beschäftigung mit und der Darstellung beider Diktaturen ist die Abfolge von Ursachen und Folgen herauszuarbeiten und deutlich zu machen.
- Innerhalb dieses Konsenses darf die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus nicht zu einer Bagatellisierung des Nachkriegsunrechts führen, während umgekehrt der Verweis auf die Nachkriegsverbrechen keine Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen nach sich ziehen darf.[17]

Als von allen Seiten für den fragilen Erinnerungskonsens in Deutschland nicht verhandelbare Grundlage gilt, dass deutsche Schuld und Verantwortung weder in nationaler noch in europäischer Perspektive auf den Stalinismus und die kommunistischen Diktaturen und ihre Verbrechen untergehen dürfen und dass die von den Sowjets und der SED in Ostdeutschland begangenen Verbrechen nicht mit den Menschheitsverbrechen der Nationalsozialisten gleichgesetzt werden können und dürfen.

Nach fünfundzwanzig Jahren Beschäftigung mit der kommunistischen Diktatur und ihren Folgen in Deutschland kann konstatiert werden, dass sich die Befürchtungen vor einer Relativierung der NS-Verbrechen nicht bestätigt haben. Vielmehr hat die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur und ihrer Verbrechen auch zu einer intensiveren Beschäftigung mit der NS-Diktatur geführt. Es war die für die Aufarbeitung der SED-Diktatur eingesetzte Enquetekommission, die empfahl, dass die Gedenkstätten in ehemaligen nationalsozialistischen Konzentrationslagern im Westen der Bundesrepublik

Von Gestrüpp zugewucherte Plastik vor dem Gebäude der früheren MfS-Bezirksverwaltung Halle, Aufnahme 2015

oder die „Topographie des Terrors“ in Berlin auf eine stabile Finanzierung gestellt werden und die Bundesrepublik hierfür Verantwortung übernehmen müsse.
Bei allen Fortschritten in den vergangenen 25 Jahren sind viele erinnerungskulturelle Debatten, in denen es um den Platz der Erinnerung an die kommunistische Diktatur geht, bis heute von der Befürchtung bzw. dem Vorwurf begleitet, diese zielten auf eine Verdrängung der NS-Verbrechen aus dem öffentlichen Bewusstsein ab.[18] Noch immer wird bei Konflikten an entsprechenden Orten unterstellt, die Vertreter der Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur wollten „Aufrechnen statt Aufarbeiten“.[19] Oftmals genügen kleine Anlässe, um alte Gräben wieder aufzureißen.

Ross und Reiter

Eine zweite Diskussionslinie dreht sich um die Frage, welche Rolle die Staatssicherheit bei der Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur einnimmt. Obwohl die Akten aller Ministerien und Verwaltungen in der DDR zum 3. Oktober 1990 zugänglich wurden, wurde und wird die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur in der Öffentlichkeit noch immer vom Thema Stasi dominiert. Die frühzeitige und anhaltende Fokussierung auf die Staatssicherheit hatte mehrere Gründe:

- Über mehr als sechs Millionen Menschen hatte die kommunistische Geheimpolizei Informationen gesammelt, die nun zum ersten Mal zugänglich wurden.
- Viele Menschen erhofften sich nach dem Umbruch aus diesen Unterlagen Aufschluss darüber, wie die Staatsmacht und ihr Geheimdienst in das Leben der Einzelnen eingegriffen und es beschädigt hatte. Diese Informationen konnten sie weder in den Akten der Partei noch in anderen staatlichen Beständen finden, denn nur die Geheimpolizei hatte Dossiers zu einzelnen Personen angelegt.
- Enthüllungen über die kleinen und großen Spitzeleien und die Enthüllung der Namen von Stasi-Zuträgern prägten in den neunziger Jahren einen großen Teil der Berichterstattung über die DDR.
- Mit der Schaffung einer eigenen Behörde mit mehreren Tausend Mitarbeitern und Außenstellen in allen ostdeutschen Bundesländern und den ehemaligen Bezirksstädten der DDR waren die strukturellen und personellen Voraussetzungen gegeben, um dem Thema großes Gewicht in der Öffentlichkeit zu geben.

Es war die Staatssicherheit, von der viele Menschen in der DDR annahmen, dass diese die eigentliche Macht im Staate hätte. Ausdruck dessen ist auch, dass im Dezember 1989 die Geheimdiensteinrichtungen gestürmt wurden und nicht die tatsächlichen Machtzentralen der Diktatur, die Parteizentralen wie im Juni 1953. So verständlich das individuelle Interesse vieler Menschen an dem war, was die Geheimpolizei getrieben hatte, führte dies begleitet durch die Verengung der Repressionsdiskussionen auf die Staatssicherheit und eine mit über 3.000 Mitarbeitern riesige Behörde für dieses Thema dazu, dass der eigentliche Machthaber, die SED, aus dem Blick geriet. Auch die Beschränkung der Überprüfungen für den öffentlichen Dienst auf eine Stasi-Mitarbeit unterstützte dies. Damit wurde dem Eindruck Vorschub geleistet, vor allem die Stasi sei als „Staat im Staate“ unkontrolliert für Überwachung und Unterdrückung verantwortlich gewesen. Das enge Netz, mit dem Überwachung und Unterdrückung durch Parteikader, Massenorganisationen und Arbeitskollektive bis hin zu Hausbuchführern auf allen Ebenen und in alle Winkel organisiert war, trat in den Hintergrund.[20]

Nicht alles war schlecht? Geteilte Erinnerung

Trotz der vielfältigen Aufarbeitungsbemühungen auf den unterschiedlichsten Ebenen ist die Erinnerung an die kommunistische Diktatur in Deutschland noch immer geteilt. Dies zeigt sich einerseits daran, dass die Geschichte der kommunistischen Diktatur

noch allzu oft nicht als wesentlicher Teil der gesamtdeutschen Geschichte, sondern als ostdeutsche Regionalgeschichte wahrgenommen wird, die vor allem die Menschen im Osten etwas angeht. Andererseits ist die Aufarbeitung durch eine Spaltung in offizielle und erinnerte Geschichte gekennzeichnet. Diese verläuft nicht trennscharf zwischen Ost und West. Die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte entzweit auch die Gesellschaft in den ostdeutschen Bundesländern. Der Graben verläuft hier einerseits zwischen jenen, die als Nutznießer des Systems eine kritische Aufarbeitung ablehnten. Andererseits fanden sich auch viele Menschen mit ihrem Leben nicht in der aus ihrer Sicht einseitigen Reduzierung des Staates DDR auf Unterdrückung und Verfolgung wieder. Die DDR und das Leben, an das sich viele erinnern (wollten), sollte auch Platz für ein individuell erfolgreich gemeistertes Leben bieten. Die Auseinandersetzung mit der Diktatur in SBZ und DDR bewegte sich in den 1990er Jahren vor allem zwischen diesen extremen Polen: Auf der einen Seite die Delegitimierung des Regimes durch die Offenlegung der Verbrechen, auf der anderen die nostalgische Rückbesinnung auf ein geborgenes Leben im Schatten der Mauer, in dem man von Repression und Überwachung nichts gemerkt habe, wenn man sich nur an die Regeln gehalten habe. In der Erinnerung an den untergegangenen Staat DDR herrscht dabei ein Bild vor, das den Alltag und die soziale Seite betont und den repressiven und diktatorischen Charakter vernachlässigt. Richard Schröder mahnte 2009, dass die Ostdeutschen zu Recht stolz darauf sein könnten „(…) was sie unter den erschwerten Bedingungen der Diktatur geleistet haben." Sie sollten aber „bitte nicht plötzlich stolz sein wollen auf die erschwerenden Bedingungen selbst".[21]

Die nachträgliche Identifikation mit der DDR und ihre Verklärung, die die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur bis heute prägt, haben verschiedene Ursachen. Zum einen blicken wir 25 Jahre nach der deutschen Einheit auf eine Vereinigungsgesellschaft, deren westdeutsche Mehrheit überwiegend keine eigenen Erfahrungen mit der DDR gesammelt und deren ostdeutsche Minderheit zunehmend vor allem die 1970er und 1980er Jahre vor Augen haben. Aus dem kollektiven Gedächtnis ist die DDR Walter Ulbrichts der späten 1940er und der 1950er Jahre mit ihrem offenen Terror, der Willkürjustiz, den Todesurteilen und den Zuchthäusern weitgehend verschwunden. Mit zunehmendem zeitlichem Abstand verblassen die Erinnerungen an die Zumutungen des Regimes gegen die Bevölkerungsmehrheit, die nach dem Mauerbau zum Arrangement mit dem System gezwungen war. So werden die vielfältigen Menschenrechts-

verletzungen immer wieder relativiert. In Bezug auf die verwehrte Meinungs- und Pressefreiheit wird behauptet, auch heute könne man seine Meinung nicht frei sagen. Zwar habe man damals die Parteiführer nicht beleidigen dürfen, aber über seinen Chef habe man sagen könne, was man wolle, ohne dass man Konsequenzen habe fürchten müssen. Heute sei dies umgekehrt. Schnell finden sich dann in beiden Teilen des vereinten Deutschlands Stimmen, die den Hinweis auf die fehlende Reisefreiheit in der DDR mit der Feststellung kontern, ohne ausreichend Geld sei auch die heute nur relativ. Und der permanente Wahlbetrug der SED wird mit der Bemerkung abgetan, Wahlen änderten heute ja auch nichts. Heute scheinen für einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung vor allem die nach 1990 gemachten Erfahrungen und Enttäuschungen die Erinnerung an die DDR zu bestimmen. Angesichts anhaltender sozialer und ökonomischer Probleme werden im Osten nicht selten die vermeintlichen Errungenschaften der DDR beschworen, ohne zu fragen, wie lange diese „Errungenschaften", die bis 1989 auf Pump finanziert waren, nach 1989 überhaupt hätten aufrechterhalten werden können. Probleme, die nach 1989 offen zutage traten, werden der Demokratie und dem kapitalistischen System angelastet und ihre Ursachen nicht in den Verhältnissen in der DDR gesehen.

„Wir wollten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat"

Dieser Ausspruch Bärbel Bohleys brachte für viele Opfer der kommunistischen Diktatur das Unbehagen über die Defizite der Aufarbeitung auf den Punkt. Schätzungen zufolge hat es in der DDR zwischen 1949 und 1989 etwa 250.000 politische Häftlinge gegeben.[22] Hinzu kommen Hunderttausende sogenannter „administrativ Verfolgter" – von den Zwangsausgesiedelten an der innerdeutschen Grenze über die aus politischen Gründen in Kinderheime und Jugendwerkhöfe Eingewiesenen bis hin zu all jenen, die von der Stasi „zersetzt" und aus vielfältigen Gründen benachteiligt und drangsaliert wurden.

Dennoch sind die vergangenen 25 Jahre für viele Betroffene von Enttäuschungen geprägt. Dazu gehört auch die Bilanz der strafrechtlichen Verfolgung von in der DDR begangenem Unrecht, die 2005 nach 15 Jahren mit dem Abschluss des letzten Verfahrens endete. Gegen 100.000 Personen wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet, aber nur in 1.021 Fällen wurde schließlich Anklage erhoben. Diese endeten mit der Verurteilung von 750 Personen, die meisten davon auf Bewährung. Auch wenn immer wieder festgestellt wird, dass „(...) die Aufklärung und Anerkennung begangenen Unrechts"[23] eine

besondere Funktion für die Opfer hätten, so hatte dies wegen der geringen Zahl an tatsächlichen Verurteilungen nur eine begrenzte Bedeutung. Die „Ermittlung der Wahrheit“ und die „rechtliche Missbilligung“ der Taten verliefen in vielen Fällen im Sande. Verjährungsfristen, fehlende Unterlagen oder eindeutige Beweise für die konkrete Schuld im strafrechtlichen Sinne sowie das hohe Alter vieler Beschuldigter verhinderten allzu oft die Verurteilung. So trugen die Ermittlungen und die Berichterstattung zwar dazu bei, dass das öffentliche Bewusstsein für das begangene Unrecht sensibilisiert wurde.
Für die Betroffenen war jedoch nicht nur die geringe Zahl an Verurteilungen schwer erträglich. Sie mussten immer wieder erleben, dass sie bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche auf Entschädigung und Anerkennung insbesondere bei gesundheitlichen Folgeschäden große Probleme hatten. Erschwerend kommt hinzu, dass wissenschaftliche Studien und Untersuchungen zu den Methoden von Verfolgung und Haftbedingungen nicht im Mittelpunkt des wissenschaftlichen Interesses standen und zudem erst relativ spät erfolgten. Für andere Betroffenengruppen wie bspw. in den Gulag verschleppte Frauen, von Enteignungen oder Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze Betroffene gibt es bis heute keine bundesweit einheitlichen Regelungen, die das damalige Unrecht wieder gut machen.[24]
Für viele Betroffene ist dabei besonders belastend, dass ihre materielle Situation oft schlechter als die der einstigen Systemträger ist. Sie erhielten zwar als Einmalzahlung eine Haftentschädigung in Höhe von 306 € pro Haftmonat ausgezahlt. Auch die 2008 eingeführte „Opferrente“ in Höhe von mittlerweile 300 € pro Monat, die als Würdigung für jene gedacht war, die ihre Zivilcourage gegen die Diktatur mit Haft und Verfolgung bezahlt hatten, lindert Notlagen. Sie wird jedoch nur an sozial Bedürftige ausgezahlt. Zudem erfahren viele Betroffene beim Eintritt in die Rente, welche Nachteile ihnen die erlittene Verfolgung auch Jahre später noch einbringt.

Wie weiter?

Wie sieht nun das Fazit nach fast 25 Jahren Aufarbeitung und Beschäftigung mit der zweiten Diktatur in Deutschland aus? Martin Sabrow konstatierte unlängst, dass es in der Bundesrepublik einen „Aufarbeitungskonsens“ gebe, mit dem die „historischen Lasten der Zeit nach 1945 (in immer stärkerem Maße) in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses“ rückten.[25] In der Tat gibt es vielfältige Angebote. Kinofilme wie „Das Leben der Anderen“, „Good bye Lenin“, „Sonnenallee“, „Wir wollten ans Meer“ oder

„Barbara“ wurden zu Kassenhits. Bestsellerverdächtige und mit Preisen ausgezeichnete Bücher wie Uwe Tellkamps „Der Turm“ prägen literarisch das Bild des untergegangenen Staats. Renommierte Bühnen wie das Maxim-Gorki-Theater in Berlin widmen DDR-Themen eigene Produktionen, wie das aus Anlass des 60. Jahrestags des Aufstands vom 17. Juni 2013 einwöchige Themenfestival.[26] Die Aufzählung ließe sich weiter fortsetzen. Protokollarische Akte auf höchster staatlicher Ebene werden in vielfältigen Formen zelebriert. Sie zeigen einerseits die breite politische Unterstützung, die die Beschäftigung mit der kommunistischen Diktatur genießt. Andererseits sind sie ein Beleg dafür, dass die kollektive Erinnerung an die zweite Diktatur auf dem Wege ist, in der gesamtdeutschen Erinnerung Fuß zu fassen und als Teil einer gesamtdeutschen Geschichtsbetrachtung ihren Platz zu finden. Hierfür braucht es jedoch starke, regional aktive Partner wie die Landeszentralen für politische Bildung, die Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Volkshochschulen, Lehrerbildungseinrichtungen, Ortsvereine, um in der Fläche Aufarbeitung zu ermöglichen. Hierfür ist es erforderlich, die vielfältigen Aufarbeitungsinstitutionen weiter finanziell und personell zu stabilisieren. Dies betrifft auch die Universitäten. Dort hat das Verschwinden dieser Themen aus Forschung und Lehre bereits jetzt Auswirkungen bspw. in der Lehrerausbildung: Was die Lehramtsstudenten heute nicht im Studium lernen, werden sie künftig für ihren Unterricht nicht im Blick haben (können). Nicht zuletzt muss die internationale Zusammenarbeit und Vernetzung bei der Diktaturaufarbeitung verstärkt werden, um die kommunistische Diktatur in SBZ und DDR nicht als isoliertes und regionales auf den Osten unseres Landes beschränktes Phänomen – die berühmte „Fußnote“ – zu reduzieren.

Hierfür ist es auch erforderlich, die Beschäftigung mit der zweiten Diktatur als selbstverständlichen Teil der Wissensvermittlung in Schulen und Universitäten zu etablieren. Alle Schüler müssen unabhängig davon, in welchem Bundesland sie unterrichtet werden, die Chance erhalten, sich mit der jüngsten Vergangenheit unseres Landes auseinanderzusetzen und sich eine Meinung bilden zu können. Hierfür müssen jedoch Strukturen eingeführt werden, in denen die deutsche Nachkriegsgeschichte tatsächlich unterrichtet wird. Das kann bspw. darüber gelingen, dass die deutsche Nachkriegsgeschichte als jährlich wiederkehrendes Abiturthema festgelegt wird.

Trotz so mancher Defizite zeigt die bisherige Bilanz der Aufarbeitung der zweiten Diktatur, dass die Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit der Diktatur ein langwieriger Prozess sind. Das Glas ist halbvoll. Arbeiten wir daran, dass es sich weiter füllt.

Anmerkungen

1 Nachdem Stefan Heym 1990 in seinem Kommentar zum Ausgang der ersten freien Wahl in der DDR die DDR zum ersten Mal als „Fußnote“ bezeichnet hatte, fand dieser Begriff bald seinen festen Platz im Repertoire der Auseinandersetzung um den Stellenwert der Diktatur in SBZ und DDR. In vielen Diskussionen fand sich fortan die Formulierung von der „Fußnote“, die quasi symptomatisch für die randständige Beschäftigung mit der zweiten Diktatur in Deutschland stand.

2 Einer Untersuchung der Bundesstiftung Aufarbeitung aus dem Jahr 2013 zufolge gelten 6 % der Veranstaltungen der LpB in den westdeutschen Ländern diesen Themen, 20 % der Veranstaltungen in den ostdeutschen.

3 Hüttmann, Jens: DDR-Geschichte und ihre Forscher. Akteure und Konjunkturen der bundesdeutschen DDR-Forschung, Berlin 2008; Mählert, Ulrich: Analyse der zur Zeit in Arbeit befindlichen und der bereits abgeschlossenen Forschungsarbeiten zur DDR-Geschichte, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Bd. VII, Baden-Baden 1999, S. 857 – 887.

4 Hüttmann, Jens: „Kaderschmiede“ DDR-Forschung? Promovieren zur deutschen Zeitgeschichte – der Fall DDR, in: Promovieren zur deutsch-deutschen Zeitgeschichte. Handbuch, hg. von Daniel Hechler, Jens Hüttmann, Ulrich Mählert und Peer Pasternack im Auftrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin 2009, S. 55 – 68; Hechler, Daniel / Hüttmann, Jens / Pasternack, Peer / Schulze, Henning: Promovieren zur deutsch-deutschen Zeitgeschichte. In: Pasternack, Peer (Hg.): Hochschul- und Wissensgeschichte in zeithistorischer Perspektive. 15 Jahre zeitgeschichtliche Forschung am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF) Nr. 4/2012, S 111.

5 Jessen, Ralph: Alles schon erforscht? Beobachtungen zur zeithistorischen DDR-Forschung der letzten 20 Jahre. In: Deutschland Archiv 6/2010, S. 1052 – 1064.

6 Mählert, Ulrich / Wilke, Manfred: Die DDR-Forschung ein Auslaufmodell? Die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur seit 1989. In: Hüttmann, Jens / Mählert, Ulrich / Pasternack, Peer (Hg.): DDR-Geschichte vermitteln: Ansätze und Erfahrungen in Unterricht, Hochschullehre und politischer Bildung, Berlin 2004, S. 13.

7 Ebd.

8 Unveröffentlichte Studie von 2015, Veröffentlichung Anfang 2016 geplant.

9 Siehe exemplarisch dafür die Diskussionen um das Buch „Bloodlands“ von Timothy Snyder oder die Debatten um die Einführung des 23. August als europäischem Gedenktag für die Opfer der totalitären Regime.

10 Kaminsky, Anna: Die Diskussion über die Opfer des Stalinismus in der gegenwärtigen deutschen Erinnerungskultur. Vortrag Recklinghausen 21. – 23. 2. 2005.

11 Knigge, Volkhard: Abschied von der Erinnerung: Zum notwendigen Wandel der Arbeit der KZ-Gedenkstätten in Deutschland, in: Gedenkstätten-Rundbrief 100 (2001), S.136 – 143, hier S. 137.

12 Vgl. Troebst, Stefan: Von Nikita Chruscev zu Sandra Kalniete: Der ‚lieu de mémoire' 1956 und Europas aktuelle Erinnerungskonflikte. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung, Jg. 16, H. 1, 2006, S. 150 – 170.

13 Vgl. Haustein, Petra: Geschichte im Dissens. Die Auseinandersetzungen um die Gedenkstätte Sachsenhausen nach dem Ende der DDR, Leipzig 2006.

14 Vgl. die Berichterstattung über die Tagung der Gedenkstätten Buchenwald und Sachsenhausen im Juni 2015 in Weimar anlässlich der Einrichtung der sowjetischen Lager vor 70 Jahren und 25 Jahren Aufarbeitung.

15 Materialien der Enquete-Kommission, Band VI: Formen der Erinnerung – Archive, Baden-Baden 1999; Vergin, Siegfried: Gedenkstättenarbeit für Nachgeborene, in: Protokoll der 22. Sitzung der Enquete-Kommission „Überwindung und Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit" am 14. Oktober 1996, in: Materialien der Enquete-Kommission, Band VI, S. 9.

16 Siehe die Definition von Prof. Bernd Faulenbach auf dem Bundesweiten Gedenkstättenseminar vom 09.–12. 10. 1997 in Dresden. Dingel, Frank/Müller, Klaus-Dieter/Faulenbach, Bernd: Verbrechen von Nationalsozialismus und Stalinismus an einem Ort. Protokoll des Bundesweiten Gedenkstättenseminars vom 9.–12. Oktober 1997 in Dresden, Dresden 1997, S. 15.

17 Faulenbach, Bernd: Probleme des Umgangs mit der Vergangenheit im vereinten Deutschland. Zur Gegenwartsbedeutung der jüngsten Geschichte, in: Weidenfeld, Werner (Hg.): Deutschland. Eine Nation – doppelte Geschichte. Materialien zum deutschen Selbstverständnis, Köln 1993, S. 190. Vgl. auch Kaminsky, Die Diskussion.

18 Zuletzt beispielsweise Knoch, Habbo: Das Holocaust-Gedenken läuft Gefahr in die zweite Reihe der deutschen Geschichtspolitik zu geraten, in: „Jüdische Allgemeine" vom 23. 01. 2014.

19 Beispielhaft zeigt dies auch die Diskussion um die Erarbeitung der Dauerausstellung im ehemaligen KGB-Gefängnis Leistikowstraße in Potsdam. So wurde den Kritikern der ursprünglich von der Gedenkstättenleitung zur Realisierung vorgelegten Ausstellungstexte und den Opferverbänden pauschal unterstellt, sie wollten „Aufrechnen statt Aufarbeiten". Jander, Martin: Opferverband UOKG: Aufrechnen statt Aufarbeiten, auf www.publikative.org/2012/11/29/opferverband-uokg-aufrechnen-statt-aufarbeiten. Diese Befürchtungen zeigt auch eine Entschließung des Arbeitskreises der NS-Gedenkstätten in Berlin und Brandenburg in Bezug auf das „Europäische Jahr der Zeitgeschichte 2014". Die von der Bundesstiftung Aufarbeitung angestoßene Initiative zielte darauf ab, das Jahr 2014 zum Anlass zu nehmen, europäische Geschichte zwischen Diktatur und Demokratie zwischen 1914 und 2014 umfassend in den Blick zu nehmen. Dort wird die Sorge geäußert, „historische Großereignisse zu vermischen" und darüber eine „Entdifferenzierung" zu erreichen.

20 Vgl. Kowalczuk, Ilko-Sascha: Stasi-Konkret. Überwachung und Repression in der DDR, München 2013.

21 Schröder, Richard: Vor Recht Macht. In: FAZ vom 9. Mai 2009, S. 8.

22 Die Angaben hierzu weichen voneinander ab: Oliver W. Lembcke gibt diese mit 330.000 Personen an, Beer / Weißflog geben zwischen 170.000–280.000 politische Häftlinge an. Ansgar Borbe fasst die unterschiedlichen Angaben in einer Tabelle zusammen Vgl. Beer, Kornelia / Weißflog, Gregor J.: „Ich könnte ein dickes Buch schreiben …", in: Horch & Guck, 3/2009, S. 56; Lembcke, Oliver W.: Rehabilitierung politisch Verfolgter in der DDR, in: Gebhardt, Volker / Mehring, Reinhard / Ottmann, Henning u. a. (Hg.): Politisches Denken. Jahrbuch 2009: Aufarbeitung totalitärer Erfahrungen und politische Kultur. Die Bedeutung der Aufarbeitung des SED-Unrechts für das Rechts- und Werteverständnis im wiedervereinigten Deutschland, o. O. 2009, S. 170; Borbe, Ansgar: Die Zahl der Opfer des SED-Regimes, Erfurt 2010, S. 18.

23 Marxen, Klaus / Werle, Gerhard / Schäfter, Petra: Die Strafverfolgung von DDR-Unrecht. Fakten und Zahlen, Berlin 2007, S. 59.

24 Während der Nachweis der Voraussetzungen für eine strafrechtliche Rehabilitierung noch relativ einfach anhand der vorzulegenden Verurteilung zu erbringen ist, gestaltet sich der Nachweis administrativ oder im beruflichen Fortkommen erfolgter Benachteiligungen und politisch motivierter Verfolgung weitaus schwieriger.

25 Sabrow, Martin: Zur Entstehungsgeschichte des Expertenvotums, in: Sabrow, Martin / Eckert, Rainer / Flacke, Monika u.a. (Hg.): Wohin treibt die DDR-Erinnerung? Dokumentation einer Debatte, Göttingen 2007, S. 7–17, hier S. 15.

26 http://www.gorki.de/spielplan/und-das-beste-zum-schluss-ein-abschluss-spektakel.

Geschichte ist Konstruktion aus der Jetztzeit

Andreas Nachama

Woran erinnern wir uns?
Woran erinnern sich Kollektive?
Woran erinnern sich Staaten?
Ist Geschichte eine Konstruktion aus der Jetztzeit, wie Walter Benjamin feststellte?
Am Anfang kollektiver Geschichtsschreibung stand der Mythos. Aristoteles noch verstand unter Mythos die Aufzählung von Handlungen, ohne Versuch eine Kausalität oder eine Analyse durchzuführen. Mythische Geschichtsschreibung war die bloße Aufzählung von Ereignissen zum Behuf der Rechtfertigung des das Werk in Auftrag gebenden Herrschers.
Herodot lebte im 5. vorchristlichen Jahrhundert und wurde von Cicero als „der Vater der Geschichtsschreibung" bezeichnet. Er steht auch aus heutiger Sicht am Anfang der wissenschaftlichen Geschichtsschreibung, denn er durchbrach den Mythos der zyklischen Geschichts-schreibungen und versuchte erste wissenschaftliche Analysen. Also nicht mehr Götterkraft war es, die einem Herrscher Kraft verlieh, um Schlachten zu gewinnen, sondern die Größe seiner Armee, sein Geschick, die Topographie eines Kampfplatzes zur Postierung seiner Armee auszunutzen, neue Kampftechniken etc. D. h. er ordnet, deutet, verbindet kausal historische Fakten oder stellt sie im von ihm objektiv empfundenen Zusammenhang dar.
Alle ernsthafte Geschichtsschreibung erhebt den Anspruch in dieser Tradition Herodots zu stehen. Merkwürdig nur, wie wenige historische Darstellungen nach einigem Zeitverlauf auf die Seite Herodots gebucht werden können und wie viele zu Mythos werden, weil sie bloße Aufzählung von Ereignissen zur Rechtfertigung eines Herrschers oder eines Staates waren oder wurden.

Was geschah nun nach 1945?
Als am 8. Mai 1945 Europa vom NS-Terror befreit war, eint die Überlebenden in ganz Europa die Überzeugung: „Nie Wieder!".
Landauf – landab versuchte man Konsequenzen aus dieser Katastrophe zu ziehen. Eine erste deutsche *binnenstaatliche* Antwort gaben die Väter des Grundgesetzes mit

einer Verfassung, die freiheitliche Grundrechte garantieren sollte und als Konsequenz aus dem Scheitern der Weimarer Republik zugleich eine soziale Marktwirtschaft als Grundordnung haben sollte.

Europa zog eine andere *metanationalstaatliche* Antwort: 1957 wurde durch Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, die Niederlande und die Bundesrepublik Deutschland die Keimzelle der europäischen Union gegründet.

Ich erinnere mich, Anfang der 1970er Jahre an einer mit militärischen Mitteln gesicherten Grenze in einem zwischenstaatlichen Hochspannungsgebiet von einem Offizier mit stolzgeschwängerter Brust darauf hingewiesen worden zu sein, dass diese seine Grenze die sicherste der Welt sei. Mein Einspruch dagegen war, dass m. E. die sicherste Grenze die zwischen der Bundesrepublik und Luxemburg sei, weil zu ihrer Sicherung nur ein paar Zollhunde, die Zigarettenschmuggler dingfest machen sollten, nötig seien. Und in diesem Sinn hat sich das Gebiet der Europäischen Union nahezu als Ganzes entwickelt.

Heute können wir in einigen Zeitungen von einer großen Erleichterung lesen: Der klassische Krieg, der seit 1989 quasi durch Privatkriege von Guerillagruppen ersetzt war, ist wieder da. Damit kann die Politik leben. Jetzt sind die Diplomaten gefordert. Die New York Times ist dort schon angekommen und meint, das Ende der postsowjetischen Ära sei gekommen – jetzt gäbe es wieder das Primat der Politik.

Nach 1945 waren jedoch Erziehung zu Toleranz und Friedlichkeit, gegen Völkermord und gegen Kriegshetze der selbstverständliche Kitt, mit dem die zerstörten Länder und Städte, mit dem die Europäer sich selbst und sich gegenseitig aufbauten: Diese neuen Werte waren so selbstverständlich, dass auch die alten NS-Eliten, die im Nachkriegsdeutschland noch immer in Spitzenpositionen wirkten, mit ihren Netzwerken gerade einmal ihre alten Kameraden versorgen konnten, aber keine völkerfeindliche, keine intolerante, keine antisemitische Politik machen konnten.

Und so entstanden Gedenkstätten für NS-Opfer nicht als monumentale Völkerschlachtdenkmale, nicht als stumme Kriegsopferstelen, sondern aktive Lernorte für Toleranz und Demokratie, für Frieden und gegen Krieg. Ja sogar die „Topographie des Terrors“ wurde über mehr als zwei Jahrzehnte ohne Gebäude inmitten einer Trümmerlandschaft, die eher auf wenige Monate nach der letzten Kampfhandlung als auf über 60 Jahre Frieden schließen lässt, zu einem der meistbesuchten Dokumentationen Berlins.

Lernorte

Nicht genug damit: Diese Lernorte entstanden zumindest in Westdeutschland und West-Berlin von unten. Es sind keine staatlich verordneten Besserungsanstalten, sondern oft von Bürgerinitiativen initiierte – auch oft lange Zeit von ihnen getragene Einrichtungen mit einer hohen Akzeptanz von freiwilligen Besuchern. Die Menschen wollen nicht nur wissen, wo die Zentralen des Terrors waren, sondern auch, wie sie funktionierten und wie es möglich war, eine noch immer halbwegs funktionierende Demokratie wie die Weimarer Republik in etwa 120 Tagen zu zerstören.

Aus unseren Lernorten hier in Deutschland hat sich eine eigene Pädagogik entwickelt, die friedenserhaltend und zur Toleranz gebietend ist, weil sie dokumentiert, zu welchen Menschenverlusten eine Gesellschaft führt, die sich dieser Erkenntnis verschließt. Zur Topographie kam Anfang der 90er Jahre ein ursprünglich von „Aktion Sühnezeichen/ Friedensdienste“ ins Leben gerufenes Gedenkstättenreferat, das den Erfahrungsaustausch zwischen diesen zuweilen in kommunaler, zum Teil in länder- und gelegentlich mit Bundesverantwortung betriebenen Einrichtungen organisiert.

Schon bald nach der Wende, nach dem Fall des Eisernen Vorhangs zwischen Ost- und Westeuropa, wurde einerseits der Unterschied zwischen den unterschiedlichen Gedenkkulturen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs deutlich. Andererseits verblasste der Kitt der Toleranz, des Anti-Antisemitismus oder Anti-Antifaschismus: Ethnische Säuberungen, auf offener Straße paradierende Nazi-Kollaborateure, Übergriffe auf Farbige oder Juden, Brandanschläge auf Häuser, in denen Minderheiten wohnen, sind im Europa von heute leider nicht der Stoff für geschmacklose Romanautoren, sondern Wirklichkeit – glücklicherweise nur ein Teil der Wirklichkeit, aber schlimm genug: Realität. Und in dieser Situation kamen 1998 vom schwedischen Premierminister Göran Persson eingeladene europäische Regierungschefs zusammen, um mit heute 25 Mitgliedstaaten *Holocaust Education* durch Austausch von Erfahrungen, durch Unterstützung von Projekten und durch Koordination zu optimieren. Dass das Generalsekretariat der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) in Berlin seinen ständigen Sitz hat, zeigt, wie sehr jenes *Epizentrum des Bösen zwischen 1933 und 1945* heute zu einem Zentrum von Toleranz und Aufklärung geworden ist. Vom erhofften „Nie Wieder“ 1945, zum vereinigten Europa in der Gegenwart und zur gelebten Toleranz ohne Grenzen in der Zukunft. Ich wünsche mir ein Europa, in dem Religionen, Ethnien, Hautfarben oder Nationalitäten eine derart geringe Rolle spielen, wie die Grenzen zu Luxemburg

oder zwischenzeitlich auch zu Polen (oder vielen andren Ländern): Diese Grenzen sind die sichersten der Welt, denn sie haben militärisch keine Bedeutung mehr.
Aber wir sehen auch und lesen es heute in der Zeitung, dass die gemeinsame Währung in unterschiedlich entwickelten Regionen Europas nicht wirklich als Bindeglied taugt. Unser Modell der Europäischen Union, die als Wirtschaftsunion begonnen hat und jetzt eine Friedensunion ist, sollte ein Exportmodell werden. Unsere Friedensarbeit in den Gedenkstätten und Lernorten sollen am historischen Beispiel über unsere Grenzen hinaus wirken – doch täglich entnehmen wir den Zeitungen, dass sowohl die europäische Währung, der Euro, als auch die Frage, wer zur europäischen Union in Zukunft noch dazu stoßen kann, zu Friktionen führen, die erkennen lassen, dass das 20. Jahrhundert mit seinem großen Kriegen und dem Millionenfachen Morden noch nicht Geschichte ist.

Ausstellungen in West und Ost

Die erste ernstzunehmende historische Ausstellung zum Mord an den europäischen Juden wurde von Gerhard Schoenberner (dem späteren ersten Direktor des Hauses der Wannseevilla und einem aktiven und engagierten Vorkämpfer für die Topographie des Terrors) und anderen in der Berliner Kongresshalle 1960 gezeigt. Das aus ihr hervorgegangene Begleitbuch „Der gelbe Stern“ ist ein bis heute eindrucksvoller und immer wieder nachgedruckter, auch in andere Sprachen übersetzter Beleg dafür. Etwa gleichzeitig begann in Dachau die „Entdeckung“ des ehemaligen Konzentrationslagers, 1965 wurde dort die Gedenkstätte mit Archiv und Museum eingerichtet.
Bergen Belsen, 1952 mit einer ersten Gedenktafel markiert, erhielt 1966 eine erste Ausstellungshalle und hat seit 2007 innerhalb der Niedersächsischen Gedenkstättenstiftung einen auch international angesehenen Lern- und Erinnerungsort.
Ganz anders in der DDR. Dort begann die Entschädigung der Opfer mit Ehrenrenten früher als im Westen, gleichzeitig jedoch erfolgte eine Hierarchisierung der NS-Opfer in aktive Kämpfer und eher passive Opfer. Im Vordergrund aller Darstellungen standen die „Kämpfer gegen den Faschismus“. Als solcher begriffen wurde auch die Rote Armee, mit der auf diese Weise ein Schulterschluss möglich war. 1956 begannen die Planungen für die Nationalen Mahn- und Gedenkstätten, die 1958 in Buchenwald mit einer außerhalb des Häftlingsgeländes gelegenen großen architektonisch angelegten und künstlerisch gestalteten Denkmalanlage und 1961 in Sachsenhausen, hier nur im Bereich des ehemaligen Häftlingslagers, eingeweiht wurden. Der Mechanik der Erin-

nerung folgend wurde mit einem kirchturmähnlichen Obelisk mit rotem Häftlingsdreieck, der alle Gebäude des Umfeldes weit überragt, das Narrativ dokumentiert: Dieser Arbeiter- und Bauernstaat DDR und alle seine Einwohner stehen in der Tradition der „Kämpfer gegen den Faschismus", die dort eben mit diesem rotem Häftlingszwickel auf der Kluft inhaftiert waren. Die historische Dokumentation folgte dieser Logik so, dass auch die politischen Auseinandersetzungen der damaligen Gegenwart als eine Fortsetzung des Kampfes gegen den Faschismus gedeutet werden konnten. Dabei handelte es sich nicht allein um museologische Konzepte. Noch heute kann man den großen Aufmarschplatz erkennen, der für politische Veranstaltungen genutzt wurde: Hier wurde jeder Teilnehmer quasi zum „Kämpfer gegen den Faschismus" aus der Tradition der Vergangenheit in der Gegenwart geadelt. Diese gedanklichen Grundstrukturen liegen auch der Glockenturmanlage und der nahegelegenen KZ-Gedenkstätte in Buchenwald zugrunde. Man kann also die Instrumentalisierung der Mechanik der Erinnerung gut ablesen.

Die DDR setzte sich auch mit NS-Gewaltverbrechern auseinander, während im Kontext des Kalten Krieges die Westalliierten, insbesondere die Amerikaner, auf die alten antikommunistischen Strukturen und Erfahrungen der NS-Eliten durch Rehabilitierung derselben zurückgriffen. Christiaan Frederik Rüter hat nachgewiesen, dass auf den Kopf der Bevölkerung bezogen in der DDR genauso viele NS-Gewaltverbrecher vor Gericht gestellt wurden wie in der Bundesrepublik. Aber durch das Herausstellen von personellen Kontinuitäten, das berühmteste Beispiel ist der Mitautor der Nürnberger Rassegesetze als Staatssekretär im Bundeskanzleramt Adenauers Hans Globke, hat sich die DDR als der sauberere Staat versucht zu platzieren – dabei geriet z. B. die NSDAP-Mitgliedschaft von Willi Stoph, dem Vorsitzenden des DDR-Ministerrats, in Vergessenheit.

Topographie des Terrors

Erst nach der Eröffnung der „Topographie des Terrors" im Juli 1987 – also vor fast drei Jahrzehnten – und nach der Präsentation der Ausstellung „Jüdische Lebenswelten" 1992 wurde eine Trennung von Tätern und Opfern in dokumentarischen Darstellungen wie in Gedenkstätten gebräuchlich. Ja es entwickelte sich eine täterzentrierte historische Forschung, die erstaunlich präzise Ergebnisse zeitigt. Es wird deutlich, dass es nicht das Wesen einer entfernten braunen Diktatur war, sondern es wird ein differenziertes Bild einer auch gebildeten, zur Zeit des Dritten Reiches eher jungen NS-Elite,

die auf allen Ebenen wirkte, sichtbar. Götz Alys Bild vom „Volksstaat“, einer Gefälligkeitsdiktatur, der die Mehrheit nur allzu gern zustimmte, ist eine Teilwahrheit, die der Lüge des „Davon haben wir nichts gewusst“ ökonomische Fakten entgegensetzt. Aber Adam Toozes neue Forschungsergebnisse weisen hier den richtigen Weg: Es ging den Nationalsozialisten um die Weltherrschaft der „Herrenrasse“ gegen das – wie es im NS-Jargon hieß – „verjudete Amerika“: der Mord an den europäischen Juden, Helotendienste der unterworfenen slawischen Völker bzw. deren Ermordung sind nur Teilstationen eines die Welt umfassenden Ökonomismus und Rassedenkens. Gleichwohl eingedenk der vielen Versuche der staatlichen Zuwendungsgeber, den auf die Täter bezogenen Präsentationsansatz zurückzufahren – sei es durch Einordnung der Topographie in eine Berlin-Brandenburger Gedenkstättenstiftung, sei es durch gedankenloses Einordnen dieses Lernortes als „Gedenkstätte“, sei es durch mangelnden Baufortschritt – wird schon deutlich, dass die Mechanik der Erinnerung hier politisch nicht instrumentalisiert werden kann. Wenn man es genau nimmt, ist diese zeitgeschichtliche Dokumentation die einzige, die bisher nicht zum Mythos geworden ist.

Ja, Geschichte nach 1945 war im Osten anders als im Westen, aber in beiden Fällen eine Konstruktion aus der jeweiligen Sicht für die Jetztzeit: Geschichte wird zur Legitimation von Herrschaft herangezogen: Sei es zur Legitimation des europäischen Einigungsprozesses, sei es zur Legitimation des Grundgesetzes, sei es zur Legitimation als Staat der antifaschistischen Kämpfer, um nur einige der Beispiele zu nennen.

Geschichte wird dann zur Wissenschaft, die den Schutz der Gesellschaft braucht, wenn sie Fragen stellt oder dokumentiert, die sich nicht vom Auftraggeber instrumentalisieren lassen. Das sind die berühmten Fußnoten mit den Büchern, die nur für wissenschaftliche Bibliotheken hergestellt werden, aber das sind vor allem jene Fragen, die die Gesellschaft bewegen, die eben nicht politisch instrumentalisiert werden können.

Man könnte ohne Schwierigkeit auch jene Themen heranziehen, die in letzter Zeit wieder an die Selbstviktimisierung der 1950er Jahre anschließen: „Bombennächte in Dresden“ ohne Erwähnung der Bombardements von Warschau oder Manchester, um nur zwei Beispiele zu nennen. Oder jenes sichtbare Zeichen, das an Flucht und Vertreibung erinnern soll, ohne jene vom Rassendenken getragenen ethnischen Säuberungen im NS-Einflussbereich Osteuropas zu nennen.

Weil Terror, Gewalt und Totschlag aber noch immer Mittel der Politik sind, weil es noch immer Menschen gibt, die ganz sicher wider besseren Wissens, aber im Brustton der

Überzeugung behaupten, diesen Terror hätte es nicht gegeben oder so nicht gegeben, ist unser Gedenken nicht nur eine geschichtswissenschaftliche Übung, sondern politisches Handeln von Bedeutung.
Wir sprechen hier nicht von Geschichtswissenschaft, nicht von einer Legitimationswissenschaft für Könige, Dynastien oder Staaten, nicht von Heraldik oder Wappenkunde, sondern von einer Gesellschaftswissenschaft, die das, was geschehen ist, in Zukunft unmöglich machen soll.

Zeitzeugen

Ich erinnere mich gut, wie in den 1980er und frühen 1990er Jahren Henry Marx, der Chefredakteur der New Yorker Emigrantenzeitung „Der Aufbau", immer anlässlich der Berliner Filmfestspiele in mein Büro kam, um mir zu erzählen, was er als Häftling im Berliner Columbia-Haus, dann im KZ Oranienburg und schließlich im KZ Lichtenburg erlebt hatte. Und immer kam er auf Ernst Reuter, den ersten Regierenden Bürgermeister nach der Teilung der Stadt 1948, zu sprechen, der in derselben Zeit wie Henry Marx im KZ Lichtenburg war. Er schilderte, dass es den „Nazi-Halunken" besondere Freude gemacht hätte, diesen ihnen „verhassten Mann zu erniedrigen, indem sie ihn allabendlich die Jauchegrube säubern ließen". Marx schilderte es so: „Es war eine Arbeit, wie sie schlimmer nicht gedacht werden konnte. Der Gestank war barbarisch, aber vielleicht kann man dagegen abstumpfen. Reuter, soweit man beobachten konnte, verzog nie eine Miene." Ernst Reuter, der ehemalige Magdeburger Oberbürgermeister, konnte dann in die Türkei emigrieren und dort im Exil die Nazizeit überleben. Und dann würde Henry Marx mir sagen: Als Reuter dann Berliner Bürgermeister wurde, da wussten wir Emigranten, es ist ein Neues Deutschland entstanden.
Warum sind für uns diese Zeitzeugen von so großer Bedeutung gewesen? Was unterscheidet einen Zeitzeugen von einem Historiker?
Der Historiker hat den Blick aus der Vogelperspektive. Es sieht von oben herab auf das ganze, z. B. die Geschichte einer Stadt oder eines Landes. Bestenfalls betrachtet er Details aus diesem Ganzen unter einem Mikroskop, aber auch diese Details ordnet er immer ein in das Ganze, das er durch sein wissenschaftliches Studium meint zu kennen. Der Zeitzeuge hingegen hat immer Bodenhaftung: er hat den Blick eines Frosches, er sieht das, was er erlebt, ganz genau vor sich liegen, die allgemeinen Geschehnisse seiner Zeit hingegen eher als Hintergrund.

Abschließend noch einmal zur Bedeutung von Zeitzeugen: Das gilt für alle Zeitzeugen – gleich welchen Terrors im 20. Jahrhundert. Hören wir denen, die wir noch haben, aufmerksam zu. Aber für die NS-Zeit gibt es nur noch wenige Zeitzeugen und für die frühe NS-Zeit so gut wie keine mehr. Und deshalb bekommen die authentischen Orte eine ständig wachsende Bedeutung, wiewohl gerade Opfer der NS-Gewalt schon in den unmittelbaren Nachkriegsjahren an vielen vormaligen NS-Folterstätten Gedenkfeiern abhielten und erste Gedenkinstallationen aufstellten. Wenn man an ihnen ihre uns schriftlich überlieferten Vermächtnisse, ihre Tonbandprotokolle oder auch ihre Videointerviews zu Gehör bringt – sie nicht nur einfach mit den Augen überschlägt, wie wir das beim Zeitungs- oder Internetbloglesen gewöhnt sind, – dann bleiben ihre Zeugnisse lebendig.

Zukunft

Jede Generation wird Geschichte anders betrachten und mit ihrer Gegenwart verbinden. Ja, man kann mit Walter Benjamin festhalten: Geschichte ist Konstruktion aus der Jetztzeit. Ich bin gespannt und hoffe es sehen zu können, wie Geschichte des 20. Jahrhunderts in 20 Jahren gesehen und verstanden wird.

40 Jahre Helsinki: Die DDR und der KSZE-Prozess

Anja Hanisch

Vor 25 Jahren erklärten die Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) den Kalten Krieg für beendet. Seitdem haben wir uns an offene Grenzen in Europa gewöhnt. Dass diese Freizügigkeit nicht selbstverständlich ist, zeigen die jüngsten Ereignisse auf dem Kontinent: Mitte September 2015 reagierte die Bundesregierung auf die anhaltend hohe Zahl an Flüchtlingen, indem sie vorrübergehend wieder Grenzkontrollen einführte.
Ebenso verdeutlicht ein Blick in die Geschichte, dass Freizügigkeit ein hohes Gut ist. So verhandelten die 35 Teilnehmerstaaten der KSZE ab Anfang der 1970er Jahre nicht nur über Themen der europäischen Sicherheit, sondern auch über Menschenrechtsfragen und sogenannte humanitäre Erleichterungen. Letztere sollten zum Beispiel Familienzusammenführungen und „menschliche Kontakte“ zwischen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) erleichtern. Tatsächlich entstand in Folge des KSZE-Prozesses in der DDR eine Ausreisebewegung, in der ostdeutsche Bürgerinnen und Bürger zu Tausenden ihrem Wunsch nach Freizügigkeit Ausdruck verliehen. Sie unterhöhlten damit die Einparteienherrschaft der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Für die SED wurde die Teilnahme der DDR an den Folgekonferenzen der KSZE vor diesem Hintergrund immer gefährlicher.[1]

Politische Profite und Legitimationsdefizit: Die DDR und die KSZE 1972 bis 1977

Dabei versprach sich die DDR zunächst viel von einer Teilnahme an der KSZE: Sie sah darin ihre Chance, ihre internationale Anerkennung durchzusetzen. Die diplomatischen Delegationen der europäischen Staaten (außer Albaniens), Kanadas, der USA und der Sowjetunion (UdSSR) verhandelten zwischen 1972 und 1975 in Dipoli bei Helsinki über verschiedene Fragen der gegenseitigen Beziehungen. Diese gliederten sich in vier Themenkomplexe, im Konferenz-Jargon „Körbe“ genannt: Korb I umfasste Sicherheits- und andere Fragen, darunter auch die Einhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. In Korb II betrachteten die Teilnehmerstaaten Fragen der „Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umwelt“. Korb III beinhaltete Aspekte

der „humanitären Zusammenarbeit“. In Korb IV einigten sich die Staaten schließlich darauf, wie es nach der ersten KSZE-Konferenz, die am 1. August 1975 mit der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki feierlich beendet wurde, weitergehen sollte.
Vor diesem Hintergrund trat neben die offensive Zielsetzung Ost-Berlins, die internationale Anerkennung der DDR zu erreichen, mit Beginn des neuen Jahrzehnts eine restriktive Position der DDR gegenüber den Themenkomplexen der kulturellen bzw. humanitären Zusammenarbeit. Diese rührte aus der tief verwurzelten Angst des Regimes, dessen Legitimationsgrundlage in der Bevölkerung schmal war, vor der möglichen Sprengkraft westlich-freiheitlicher Grundvorstellungen in der DDR. So warnte Erich Honecker die Ersten Sekretäre der SED-Kreisleitungen bereits 1973 davor, dass die Bundesrepublik mit dem Korb III der KSZE das Ziel verfolge, die DDR „durchlässig“ für ihre, von der SED abgelehnten, westlichen Vorstellungen zu machen.[2]
Allerdings besaß die DDR in den gesamten KSZE-Verhandlungen einen lediglich eingeschränkten Handlungsspielraum. Die UdSSR gab sowohl die inhaltlichen Ziele als auch die zu verfolgende Taktik in den Verhandlungen vor, wobei sich die DDR vor allem hinsichtlich der Vehemenz ihrer Ablehnung des Korbs III von ihr unterschied. Angesichts möglicher politischer Gewinne wie der multilateralen Sanktionierung des Status quo durch das Prinzip der „Unverletzlichkeit der Grenzen“ in Korb I modifizierte die DDR ihre restriktive Haltung in den Dipoli-Verhandlungen zwar, gab sie jedoch nicht grundsätzlich auf.
Den möglichen gesellschaftlichen Auswirkungen der KSZE stand die SED-Führung daher nicht naiv gegenüber. Sowohl die SED-Spitze, das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) als auch das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) befürchteten unerwünschte Effekte des dritten Korbes, unterschätzten indes die tatsächliche Wirkung der 1975 unterzeichneten KSZE-Schlussakte auf die Bevölkerung. Zentraler Bezugspunkt war der Korb III, genauer gesagt die Textstellen, die sich mit „menschlichen Kontakten“ zwischen Ost und West befassten. Aus den Bezirksleitungen erreichte Ost-Berlin Nachrichten darüber, dass immer mehr Ausreiseanträge gestellt wurden, in denen die Bürgerinnen und Bürger zudem erstmals angaben, „nicht mit den gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR einverstanden“ zu sein.[3] Noch 1975 gingen ca. 12.500 solcher Anträge, ein Jahr später bereits über 19.000 bei den örtlichen Behörden ein.[4] Ebenso erwarteten die Ostdeutschen, auch SED-Parteimitglieder, dass Ost-Berlin den Reiseverkehr gen Westen erleichtern würde und es infolge der Unterzeichnung der Schlussakte zu einem besseren Informationsaustausch mit westlichen Medien käme.

Zwar feierte das SED-Politbüro die Schlussakte von Helsinki als großen außenpolitischen Erfolg der DDR – die Unterzeichner erkannten die „territoriale Integrität" der KSZE-Teilnehmerstaaten an und zur Unterzeichnung der Schlussakte reiste Erich Honecker nach Finnland, wo er sich als Gleichgestellter neben anderen Staats- und Regierungschefs wie zum Beispiel Bundeskanzler Helmut Schmidt wiederfand. Schon im Herbst 1975 kam es infolge der durch die Bevölkerung geäußerten Hoffnungen auf Liberalisierungen nach der KSZE allerdings zu einer Verschärfung der Problemperzeption an der SED-Spitze. Die Reaktion der SED-Führung auf diese Entwicklung ist beispielhaft für die Haltung der Parteispitze zur Entspannung zu Beginn der 1970er Jahre, deren gesellschaftliche Auswirkungen sie durch verstärkte Abgrenzungsbemühungen eindämmen wollte. So schwor Honecker die SED auf einen unnachgiebigen Kurs gegenüber unerwünschten gesellschaftlichen Effekten der KSZE ein. Den Bürgerinnen und Bürgern sei zu erläutern, dass der „Klassenkampf" trotz der Schlussakte von Helsinki nach wie vor nötig sei. Sollte diese „Überzeugungsarbeit" nicht ausreichen, um die unerwünschten Helsinki-Effekte einzudämmen, sah Honecker den „Einsatz der Staatsmacht" für angebracht. Was er damit genau meinte, ist nicht überliefert.[5]

Von der Ausreisebewegung zunächst überrascht, wandelte sich die Einschätzung des Staates im Jahr 1976, als das MfS und das Innenministerium erkannten, dass die Ausreisebewegung als gravierendste Folge der KSZE einen permanenten Legitimationsentzug für das SED-Regime darstellte. Die 1977 in verschiedenen Befehlen und Anweisungen normierte Strategie des Regimes, zusammengefasst unter „Zurückdrängen und Unterbinden", die Ausreiseantragsteller zu bekämpfen, wurde jedoch von Beginn an durch den Versuch der SED-Führung begleitet, den durch die Ausreisebewegung verursachten innenpolitischen Druck durch zahlreiche Ausreisegenehmigungen abzulassen. Allein 1975 und 1976 erteilte das SED-Regime über 14.000 solcher Genehmigungen.[6]

Internationale Menschenrechtsdebatten und die DDR in der Zeit des Belgrader KSZE-Folgetreffens 1977–1979

Am ersten KSZE-Folgetreffen in Belgrad zeigt sich, dass die enge Verflechtung von innen- und außenpolitischen Belangen für das SED-Regime selbst dann problematische Konsequenzen nach sich zog, wenn der KSZE-Prozess keine neuen Ergebnisse erbrachte.

Die gesellschaftlichen Effekte der KSZE nach 1975 in Gestalt der Ausreisebewegung wirkten sich direkt auf die Ziele Ost-Berlins für das erste KSZE-Folgetreffen in Belgrad 1977/78 aus. Da der KSZE-Prozess keine politischen Gewinne mehr versprach wie 1975, wollte die DDR nun nicht nur keine weiteren Konzessionen im Bereich von Korb III zulassen, sondern das Folgetreffen insgesamt so substanzlos wie möglich zu Ende bringen. In dieser Hinsicht vertraten die UdSSR und die DDR zwar gemeinsame Interessen, indes aus unterschiedlichen Gründen: Für die UdSSR standen außenpolitische Überlegungen im Vordergrund, während die DDR aufgrund innenpolitischer Faktoren zu dieser Haltung gezwungen war. Dass das Belgrader Folgetreffen inhaltlich scheiterte, ist auf diese Grundhaltung der östlichen Staaten zurückzuführen.

Schon kurz nach Unterzeichnung der Schlussakte avancierten Menschenrechtsfragen zu einem heiß diskutierten Thema in den internationalen und transnationalen Beziehungen. Obgleich das erste KSZE-Folgetreffen keine substanziellen Ergebnisse hervorbrachte, verschärfte sich aufgrund dieser Entwicklung die Bedrohungsperzeption des MfS. Es sah die DDR in der Defensive und befürchtete, die verstärkte Thematisierung von Menschenrechtsfragen im internationalen Kontext würde zu weiteren problematischen innenpolitische Folgen wie einem Anschwellen der Ausreisebewegung führen.

Tatsächlich konnte das SED-Regime in den Jahren 1977 und 1978 zwar eine kurze Phase der Entspannung verbuchen, was die Ausreiseantragszahlen betraf. Jedoch stellte das Belgrader Folgetreffen aus Sicht der Ausreiseantragsteller unabhängig von seinen tatsächlichen Ergebnissen eine Bekräftigung der durch die SED unterzeichneten Empfehlungen der Schlussakte dar und führte daher schon 1979 zu einem neuen Anstieg der Ausreiseantragszahlen. Das MfS verzeichnete in diesem Jahr rund 7.700 Erstanträge. Hinzu kam eine aus Sicht des MfS und des Innenministeriums problematische, durch das Belgrader Treffen hervorgerufene Veränderung im Verhalten der Antragsteller: Sie vertraten ihren Wunsch, die DDR zu verlassen, nun selbstbewusster, aus Sicht des Regimes „hartnäckiger“, als früher.

Expansion der Bedrohungsperzeption: Die DDR und das Madrider Folgetreffen 1980–1983

In Madrid waren die Interdependenzen von Außen-, Bündnis- und Innenpolitik am stärksten ausgeprägt, denn die Handlungsmöglichkeiten der SED-Führung wurden nicht nur durch innenpolitische Faktoren begrenzt wie in Belgrad, sondern auch durch

bündnispolitische. Es lag ein schwerwiegender Interessengegensatz zwischen der UdSSR und der DDR vor hinsichtlich der Frage, ob das Mandat zu einer von Moskau gewünschten europäischen Abrüstungskonferenz durch maßgebliche Zugeständnisse in Korb III erzielt werden sollte. Die DDR lehnte dieses Vorgehen aufgrund schwerwiegender innenpolitischer Sicherheitsbedenken bis 1983 ab, musste sich dann jedoch dem sowjetischen Druck beugen.

In ihrer Ablehnung waren sich wichtige Schaltstellen des SED-Regimes – die SED-Parteispitze, das MfS, das Innenministerium und das MfAA – einig. Der stellvertretende ostdeutsche Außenminister Herbert Krolikowski sah zum Beispiel nur Verhandlungsspielraum in Bereichen, die keine „zusätzlichen Probleme" zur Folge haben würden; für Konzessionen in Korb III gab es daher seiner Ansicht nach keinen weiteren Spielraum.[7] Insbesondere beim MfS führte das Folgetreffen zu einer erneuten Ausdehnung der Bedrohungsperzeption angesichts der zu erwartenden Effekte auf die Ausreisebewegung. Es warnte vor einer „neue[n] Welle"[8] von Ausreiseanträgen und einer Zunahme des Umfangs von öffentlichem Protest durch Ausreiseantragsteller in einer neuen Qualität. Beides trat ein, denn die Ausreiseantragsteller fühlten sich durch das Madrider Treffen in ihrer Auffassung, ein Recht auf Ausreise zu besitzen, bestätigt.

Die SED-Führung reagierte mit einer scheinbaren Liberalisierung des Ausreiserechts und einer neuen Welle der Repression, verlor aber dennoch zunehmend die Kontrolle über die Ausreisebewegung. Diese Entwicklung beschleunigte sich nach der Ausreisewelle von 1984. In dieser Aktion ließ das SED-Regime insgesamt ca. 48.400 Personen ausreisen. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich die jährlichen Ausreisezahlen seit Anfang der 1970er Jahre zwischen ca. 2.000 und maximal knapp über 9.000 bewegt. Nach 1984 sah sich das Regime mit einer immer weiter anschwellenden Zahl von Ausreiseantragstellern konfrontiert. Es gab faktisch den Anspruch, diese „zurückzudrängen", auf und konnte nur noch im Sinne eines kontinuierlichen Ablassens des Drucks durch Genehmigung von Ausreisen stabilisierend eingreifen.

Wohin?

Im März 1989, anders als heute, kündigte Ungarn an, die Grenzbefestigungen zu Österreich abzubauen. Viele DDR-Bürgerinnen und -Bürger versuchten, sich den langen und schwierigen Prozess eines Ausreiseantrags zu ersparen und wählten stattdessen den Fluchtweg über Ungarn und Österreich, um in die Bundesrepublik zu gelangen. Andere

gingen unter dem Motto „Wir wollen raus!“ in ostdeutschen Städten auf die Straße und lieferten damit die Vorlage für das, für das SED-Regime nicht minder gefährliche Motto der Leipziger Montagsdemonstrationen im Oktober 1989 – „Wir bleiben hier!“. Grundlage für beides ist die Freiheit, zu entscheiden, ob man ein Land, auch sein eigenes, verlassen möchte.

Anmerkungen

1 Der folgende Text beruht auf meiner Dissertation. Hanisch, Anja: Die DDR im KSZE-Prozess 1972–1985. Zwischen Ostabhängigkeit, Westabgrenzung und Ausreisebewegung, München 2012.

2 Ebd., S. 90.

3 Ebd., S. 98.

4 Vgl. ebd., S. 147.

5 Vgl. ebd., S. 99.

6 Vgl. ebd., S. 405, Tabelle 1.

7 Ebd., S. 263.

8 Ebd., S. 303.

Die Grenzübergangsstelle als Wirtschaftsraum – Devisengenerierung an der innerdeutschen Grenze am Beispiel der Grenzübergangsstelle Marienborn/Autobahn

Daniel Hirschmann

Im Jahr 1975 gab Leonid I. Breshnew, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU), Erich Honecker, dem Nachfolger Walter Ulbrichts als Erster Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) und Vorsitzenden des Staatsrats der DDR, während eines Gespräches der beiden Staatschefs in Moskau in Bezug auf den stetig zunehmenden grenzüberschreitenden Verkehr zwischen den beiden deutschen Staaten zu bedenken: „[…] Mit den Pkw kommt die Ideologie zu Ihnen hinein."[1] Breshnew brachte damit seine Sorge zum Ausdruck, dass sich aus dem Reiseverkehr, der nach der Schaffung von Reiseerleichterungen zu Beginn der 1970er Jahre stark zugenommen hatte und der seiner Ansicht nach zu einer Verbreitung westlichen Gedankengutes in der Bevölkerung der DDR führte, eine potentielle Gefahr für die Stabilität der DDR entwickeln könnte. Nach Breshnew habe der Reiseverkehr zudem ein Ausmaß erreicht, dem die staatlichen Sicherheitsorgane der DDR kaum noch Herr werden könnten.[2]

Mit dem Auto gelangte nicht allein die unerwünschte „westliche Ideologie" in die DDR. Die Reisenden und Besucher aus dem nicht-sozialistischen Ausland, allen voran Bürger der Bundesrepublik Deutschland, brachten bei ihren Fahrten in die DDR oder auf den Transitautobahnen nach West-Berlin auch dringend benötigte konvertierbare Devisen mit in den sozialistischen Staat. Denn die außenwirtschaftliche Situation gegenüber dem nicht-sozialistischen Wirtschaftsgebiet (NSW) hatte sich seit Beginn der 1970er Jahre derart verschlechtert, dass sich die DDR neben einer enormen Verschuldung auch einem anhaltenden Devisenmangel gegenübergestellt sah. Bei der Einreise in die DDR über die Grenzübergangsstellen (GÜSt) entlang der innerdeutschen Grenze oder an der Grenze West-Berlins mussten Besucher aus dem nicht-sozialistischen Ausland nicht nur strenge Kontrollen über sich ergehen lassen, sondern auch Gebühren für Visa oder Identitätsbescheinigungen (IB) in Form frei konvertierbarer Devisen entrichten. Der bei einer Einreise in die DDR vorzunehmende verbindliche Mindestumtausch führte

zu Einnahmen an konvertierbaren Devisen, die dem Staatshaushalt des ostdeutschen Staates im Bereich der Außenwirtschaft zu Gute kamen. Zusätzlich zu Kleinbeträgen, die von einzelnen Reisenden abgeschöpft wurden, erhielt die DDR von der Bundesregierung Pauschalzahlungen für die Nutzung der Transitstrecken nach West-Berlin durch Bürger der Bundesrepublik. Die DDR profitierte finanziell insgesamt stark vom Umstand der deutschen Teilung. Die persönlichen Beziehungen zwischen den West- und Ostdeutschen sowie die besondere Lage West-Berlins führten dazu, dass kein anderes sozialistisches Land mehr Reiseverkehr aus dem westlichen Ausland verzeichnen und damit mehr Deviseneinnahmen aus dem grenzüberschreitenden Verkehr generieren konnte als die DDR. Der Reiseverkehr war für die DDR damit nicht nur ein Risiko- sondern auch ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor.

Warum aber benötigte die DDR so dringend konvertierbare Devisen? Die Devisensituation der DDR war seit Beginn der 1970er Jahre angespannt und die Verschuldung im NSW nahm im gleichen Zeitraum deutlich zu. Die Nettoverschuldung steigerte sich von rund 9 Milliarden Valutamark[3] (VM) im Jahr 1975 auf über 22 Milliarden VM in 1983 und betrug selbst nach eingeleiteten Anstrengungen zur Verringerung der Verschuldung noch immer knapp 20 Milliarden VM.[4] Die wirtschaftliche Führungselite der DDR konstatierte im Oktober 1989: „Die Verschuldung im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet ist seit dem VIII. Parteitag [der SED, 1971 – D. H.] gegenwärtig auf eine Höhe gestiegen, die die Zahlungsfähigkeit der DDR in Frage stellt."[5] Als Ursache für die zunehmende Auslandsverschuldung seit den 1970er Jahren lassen sich die mangelnde internationale Konkurrenzfähigkeit und zunehmende technologische Rückständigkeit der Wirtschaft der DDR anführen, die sich aus vernachlässigten Investitionen in Produktionsanlagen sowie einer geringen Arbeitsproduktivität ergaben und sich durch sinkende Exporterlöse im NSW zeigten. Weiterhin können die steigenden Rohstoffpreise auf den internationalen Märkten bei gleichzeitiger Importabhängigkeit und die in den 1970er Jahren verfolgte Linie der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" genannt werden, welche eine Erhöhung des Lebensstandards durch verstärkten Import von Konsumgütern aus dem NSW herbeiführen sollte. Systemimmanente Schwächen des sozialistischen Wirtschaftssystems stellten ebenfalls Ursachen für die außenwirtschaftlichen Probleme der DDR dar.[6] Zu letzteren zählt auch, dass die Mark der DDR aufgrund des staatlichen Devisen- und Außenhandelsmonopols und der dirigistischen Festsetzung von Wechselkursen eine

nicht frei konvertierbare Binnenwährung war.[7] Das heißt, dass die Mark der DDR auf den internationalen Finanzmärkten nicht offiziell gehandelt werden konnte und keine Wechselkurse entstanden, welche die reale Wertstellung von Transaktionen abbildeten. Dies hatte zur Folge, dass Verbindlichkeiten, die sich auf das NSW bezogen, nicht mit Mark der DDR bezahlt, sondern mit konvertierbaren Devisen, beispielweise der Deutschen Mark (DM) der Bundesrepublik, bedient werden mussten.[8] Die im Rahmen der steigenden Auslandsverschuldung im NSW aufgenommenen Kredite und die damit verbundenen Zinsen und Tilgungskosten erschwerten die Verschuldungssituation der DDR noch zusätzlich.[9] Die DDR war auf den Zufluss von konvertiblen Devisen angewiesen, um die eigenen politischen Vorgaben zu erfüllen und die Verbindlichkeiten im Ausland bedienen zu können.

Verschiedene Versuche, die defizitäre Zahlungsbilanz und den Devisenmangel über die Erhöhung der Exporte ins NSW auszugleichen, führten nur zu beschränktem Erfolg, wie beispielsweise der Weiterverkauf von Öl aus der Sowjetunion während der Ölpreiskrisen 1973 und 1979. Zudem stiegen die eigenen Verbindlichkeiten im NSW deutlich stärker an als eigene Forderungen aufgebaut werden konnten. Aus diesem Grund versuchte die DDR „außerplanmäßig" Devisen zu erwirtschaften. Zu diesem Zweck wurde 1966 der Bereich Kommerzielle Koordinierung (KoKo) geschaffen. Dieser sollte die Tätigkeit verschiedener Außenhandelsunternehmen bestmöglich koordinieren, um deren Devisenertrag zu erhöhen. Im Laufe der Jahre wurden die Geschäftsfelder der KoKo zur außerplanmäßigen Devisenerwirtschaftung ausgedehnt. Zur Koordination der unterstellten Firmen traten die Gründung von Scheinfirmen im NSW und der Handel mit Müll, Kunst und Antiquitäten hinzu. Freikäufe politischer Häftlinge an die Bundesrepublik wurden über Unternehmen abgewickelt, die der KoKo unterstanden.[10] Zudem waren der KoKo die Devisenläden der DDR, wie beispielsweise die Intershops, angegliedert. Diese wurden unter anderem gezielt an den als Transitstrecken ausgewiesenen Autobahnen eröffnet, um Reisenden den Zugang zu erleichtern. Deren Zielgruppe waren vor allem Westdeutsche und Ausländer.[11] Bürger der DDR erhielten erst verzögert Zugang zu diesen Verkaufsstellen, in denen vorwiegend westliche Waren gegen konvertierbare Devisen erstanden werden konnten. Der Besitz von Devisen für Bürger der DDR wurde erst 1974 grundsätzlich gestattet.[12] Die aus den Geschäften der KoKo erwirtschafteten Devisen wurden zu einem großen Teil an den Staatshaushalt abgeführt. Die DDR versuchte auf verschiedene Weise die

deutsche Teilung wirtschaftlich zu nutzen. Die Grenzübergangsstellen können als ein Bestandteil des umfangreichen und vielseitigen Geschäfts mit der deutschen Teilung betrachtet werden.

An der GÜSt Marienborn/Autobahn wurden von den Kontrolleuren der Passkontrolleinheiten (PKE) durch die Erhebung von Visagebühren und Valutadienstleistungen, zu denen beispielsweise die Erteilung von Identitätsbescheinigungen oder die Nutzung von Fotoautomaten zählten, jährlich Deviseneinnahmen in Millionenhöhe für den Staatshaushalt der DDR generiert. Der verbindliche Mindestumtausch konnte in der Wechselstube auf dem Gelände von den Reisenden vollzogen werden. Die Grenzübergangsstelle kann daher im weiteren Sinne als Wirtschaftsraum betrachtet werden. Für die Kontrolle und Abfertigung der Reisenden bei der Grenzpassage zeichnete die Hauptabteilung VI – Grenzkontrollen, Reise- und Touristenverkehr des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) verantwortlich, die in Uniformen der Grenztruppen ihren Dienst versah.[13] Die PKE in Marienborn war organisatorisch der Abteilung VI der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Magdeburg angegliedert, die auch die Abrechnung und Abführung an den Staatshaushalt der in Marienborn eingenommenen Devisenbeträge durchführte.

An den Grenzen zwischen anderen Staaten musste für die Ausstellung von Visa ebenso eine Gebühr bezahlt werden. Bei der Einreise in die DDR hatte diese allerdings in bar und in einer frei konvertierbaren Währung entrichtet zu werden. Die Kosten für die Ausstellung eines Visums für einen Besucher aus der Bundesrepublik zur einmaligen Ein- und Ausreise betrug 15 DM und bei einem Visum zum Tagesaufenthalt in der Hauptstadt der DDR, Berlin, beliefen sich die Kosten auf 5 DM. Die Wertstellung von anderen konvertierbaren Währungen, beispielsweise des britischen Pfunds, erfolgte über den jeweils gültigen Wechselkurs zur DM. Die Höhe der Gesamteinnahmen der DDR aus den Visagebühren wurde durch die besondere Situation der beiden deutschen Staaten begünstigt. Die Visaeinnahmen anderer sozialistischer Staaten fielen deutlich niedriger aus. Die hier angeführten Preise für Visa galten seit 1968 und blieben bis zum Ende der DDR konstant.

Zusätzlich zu den Gebühren für Visa wurden von den Kontrolleuren der PKE in Fällen einer Beanstandung der Passdokumente Identitätsbescheinigungen (IB) für die Reisenden ausgestellt. Eine IB musste beispielsweise dann erworben werden, wenn die Dokumente, mit denen man in die DDR einreisen wollte, von dieser nicht akzeptiert wurden oder Beschädigungen aufwiesen und den Kontrolleuren nicht ermöglichten,

die Echtheit des Dokuments nachzuweisen.[14] Besonders häufig wurden Dokumente von West-Berlinern nicht akzeptiert, wenn diese in der Bundesrepublik ausgestellt worden waren. Die DDR betrachtete West-Berlin völkerrechtlich nicht als Teil der Bundesrepublik.[15] Zu den beanstandeten Dokumenten zählten auch in der Bundesrepublik Deutschland ausgestellte oder verlängerte Reisepässe für Personen mit Wohnsitz in West-Berlin.[16] Beschädigungen an den Dokumenten, die zu Beanstandungen und damit zur Ausstellung einer Identitätsbescheinigung führten, waren beispielsweise lockere Seiten und Lichtbilder oder die Unleserlichkeit von Daten zur Person. Zeitliche Ungültigkeit führte ebenfalls zu einer Beanstandung.[17] Die Erteilung von IB wurde von der DDR selbst als „großzügige Geste" gegenüber den Reisenden gewertet, da diese eine Zurückweisung an der Grenze verhindern konnte.[18] Zum einen stellte das Angebot für die Reisenden nachvollziehbar eine Erleichterung dar, da sie ihre Reise nicht unterbrechen mussten, sofern sie zum Erwerb einer IB bereit waren. Zum anderen ist der ökonomische Nutzen für die DDR nicht zu unterschätzen. Eine Identitätsbescheinigung kostete 10 DM und weitere 2 DM mussten für die benötigten Lichtbilder bezahlt werden, wenn die Möglichkeit bestand, diese an der GÜSt anzufertigen und die Reisenden keine geeigneten Bilder mit sich führten.[19] Neben den Visagebühren und den IB wurden in geringerem Umfang durch die Beschlagnahmung von Devisen, die Nutzung von Foto- und Schuhputzautomaten sowie die Beschlagnahmung von Fundgeld Devisen an Grenzübergangsstellen eingenommen.

Bis 1972 hatten Transitreisende an den Grenzübergängen eine Gebühr dafür zu entrichten, dass sie bei ihrer Fahrt nach West-Berlin die Transitautobahnen der DDR nutzten und zusätzlich ein Transitvisum für 5 DM erwarben. Im Juni 1972 trat das Transitabkommen in Kraft.[20] In diesem Abkommen hatten die Bundesrepublik und die DDR umfassende Reiseerleichterungen im Transitverkehr vereinbart. Dazu gehörte auch, dass die vorher von den einzelnen westdeutschen Transitreisenden zu entrichtenden Gebühren nun im Rahmen einer Pauschalsumme von der Bundesrepublik abgegolten wurden, was einen deutlichen Rückgang der Einnahmen an den einzelnen Grenzübergangsstellen nach sich zog. Die jährlich zu leistende Pauschalsumme wurde zunächst auf 234,9 Millionen DM festgelegt. Die nach einem festgelegten Zeitraum zu leistenden Folgezahlungen sollten unter Berücksichtigung der Verkehrsentwicklung 1975 neu verhandelt werden. Nicht zuletzt wegen des steigenden Verkehrsaufkommens im Bereich des Transits gelang es der DDR die jährliche Transitpauschale ab 1976 auf 400 Millionen

DM zu erhöhen. Seit 1980 wurde der DDR ein Betrag von 525 Millionen DM pro Jahr überschrieben. Insgesamt überwies die Bundesrepublik der DDR zwischen 1972 und 1989 etwa 7,8 Milliarden DM für die Nutzung der Transitstrecken.[21] Diese Zahlungen stellten die größte Einzelsumme innerhalb der Gesamteinnahmen aus dem grenzüberschreitenden Verkehr dar.

Seit 1964 mussten Einreisende in die DDR aus dem nicht-sozialistischen Ausland in der Regel einen verbindlichen Mindestumtausch durchführen.[22] Beim Mindestumtausch war ein Umtausch frei konvertierbarer Devisen zu einem festgelegten Wechselkurs gegen Mark der DDR vorgeschrieben. Für Einreisende aus der Bundesrepublik galt über den gesamten Zeitraum das Wechselverhältnis von DM zu Mark der DDR von 1 zu 1.[23] Dieser von der DDR festgelegte Wechselkurs entsprach nicht der Entwicklung der realwirtschaftlichen Wertstellung der beiden Währungen, von der die DDR über eine Überbewertung der eigenen Währung in Form von Mehreinnahmen an Devisen profitierte. In westdeutschen Banken konnten die Währungen zu einem weitaus günstigeren Kurs getauscht werden, bei dem eine DM zwischen fünf und sechs Mark der DDR entsprach. Dieser außerhalb der DDR stattfindende Umtausch wurde als „schädliche Devisenspekulation“ gegen den Arbeiter- und Bauernstaat beschrieben und war untersagt. Die Gesamtsumme der zu tauschenden Devisen richtete sich nach der Dauer des Aufenthalts in der DDR. Zu Beginn der 1970er Jahre hatten 10 DM, 1973 kurzfristig 20 DM und im folgenden Jahr nur noch 13 DM pro Tag von einem Erwachsenen umgetauscht zu werden. 1980 wurde der reguläre Tagessatz erneut erhöht. Von diesem Zeitpunkt an mussten 25 DM pro Tag gewechselt werden.[24] Die eingetauschten Geldbeträge in Mark der DDR konnten bei der Ausreise per Gesetz nicht wieder zurückgetauscht werden, konnten aber auf einem Konto, welches bei der Staatsbank der DDR zu eröffnen war, für spätere Besuche hinterlegt werden. Die Sonderregelungen, die den halben Tagessatz für Tagesaufenthalte in der Hauptstadt der DDR oder für Rentner vorsahen, entfielen ab 1980.[25] Im Rahmen der Verhandlungen über die Gewährung von Devisenkrediten mit der Bundesregierung wurden diese Änderungen teilweise zurückgenommen.

Der eigentliche Umtausch musste nicht direkt an der Grenze bei der Einreise erfolgen, sondern konnte auch innerhalb der DDR in dafür ausgewiesenen Wechselstellen vollzogen werden. Der Mindestumtausch musste jedoch erfolgt sein, bevor am entsprechenden Reiseziel die Anmeldung bei der örtlichen Volkspolizei als Besucher erfolgte.[26] An den Grenzübergangsstellen wurde der Umtausch unter der Direktion der PKE durch-

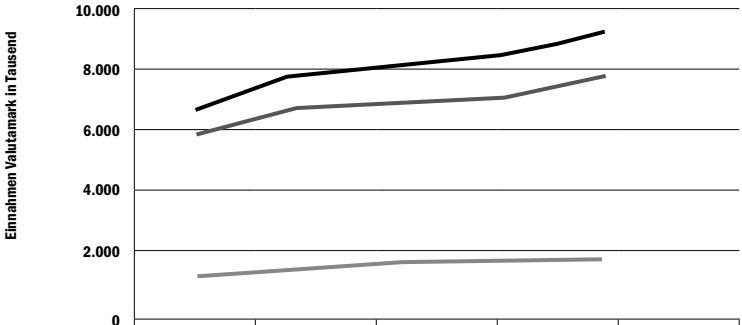
geführt. Aus organisatorischen Gründen wurde dieser bei der Abfertigung ebenso von anderen Organen, wie beispielsweise den Grenzzollämtern, wahrgenommen.[27] Die an den Grenzen tätigen PKE führten die Abrechnungen durch und leiteten die Deviseneinnahmen an die Finanzabteilungen der Bezirksverwaltungen der Staatssicherheit weiter, von der die Beträge „schnellstmöglich" an den Staatshaushalt abgeführt werden sollten.[28] An größeren Grenzübergangsstellen, wie der GÜSt Marienborn, wurden zur Erleichterung des Umtausches zudem Wechselstuben eingerichtet, in denen im Tagesgeschäft zivile Beschäftigte eingesetzt wurden. Die Einrichtung der Wechselstuben sollte die Umstände der Umtauschpflicht für die Einreisenden erleichtern, da hier Devisen zu jeder Tageszeit gewechselt werden konnten.[29]

Die DDR begründete die Erhebung des Mindestumtausches damit, dass die Mark der DDR vor schädlichen Spekulationen und Einreisende vor Straftaten gegen geltende Devisenbestimmungen der DDR geschützt werden sollten.[30] Der Mindestumtausch stieß auf Seiten der Bundesrepublik oftmals auf Ablehnung, was neben der öffentlichen Auseinandersetzung in westlichen Medien – der Mindestumtausch wurde hier oftmals als Zwangsumtausch oder Eintrittsgeld bezeichnet – auch aus Akten des MfS über die Verhaltensweise gegenüber Einreisenden hervorgeht, welche ihren Unmut über den Mindestumtausch an den Grenzübergängen äußerten.[31] An die Einreisenden wurden zudem von der SED erstellte Informationsblätter ausgegeben, welche die Erhebung und auch Erhöhungen des Mindestumtausches nachvollziehbar machen sollten. In diesen führt die DDR die sinkende Kaufkraft der DM an, beispielweise im Energiesektor und im Bereich Lebenshaltungskosten. Weiterhin wird argumentiert und mit Rechenbeispielen belegt, dass die Besucher aus dem NSW in der DDR Leistungen in Anspruch nehmen würden, welche von staatlicher Seite stark subventioniert waren, beispielweise der Besuch von Kultureinrichtungen.[32] Auch wenn die von der DDR vorgebrachten Überlegungen zum Schutze der eigenen Währung und der Reisenden eine Rolle bei der Erhebung des Mindestumtausches spielten, kann davon ausgegangen werden, dass die Generierung von Devisen aus dem teilungsbedingten Besucherreiseverkehr eine mindestens ebenso wichtige Rolle spielte.

An der Grenzübergangsstelle Marienborn/Autobahn wurden 1983 rund 6,6 Millionen VM generiert und über die PKE abgerechnet. Dabei entfielen rund 900.000 VM auf den verbindlichen Mindestumtausch und 5,7 Millionen VM auf die Visagebühren und Valutadienstleistungen. Da die DDR in den 1980er Jahren eine jährlich steigende

Zahl von Reisenden registrierte, stiegen auch die Einnahmen an der GÜSt Marienborn 1987 auf insgesamt 9,2 Millionen VM an.[33] Das Verkehrsaufkommen steigerte sich im gleichen Zeitraum von rund 2,1 Millionen von der PKE abgefertigten Fahrzeugen auf 2,6 Millionen.[34] Insgesamt wurden durch den grenzüberschreitenden Verkehr im Jahr 1983 Einnahmen in Höhe von 352,1 Millionen VM für die DDR erzielt. 1987 stiegen die Einnahmen auf 385 Millionen VM an. Dabei nahm der verbindliche Mindestumtausch jeweils die größte Einzelposition in den Abrechnungen ein. Rechnet man zu den zuletzt genannten Einnahmen die Transitpauschale von 525 Millionen DM hinzu, wird deutlich, dass die Einnahmen aus dem grenzüberschreitenden Verkehr auch in Relation zur Verschuldung der DDR im NSW eine nicht zu unterschätzende Größe darstellten. Die relativ geringen Einnahmen der GÜSt Marienborn im Vergleich zu den Gesamteinnahmen lassen sich damit erklären, dass der vertragsgebundene Transit rund 80 % des Verkehrsaufkommens an der GÜSt Marienborn/Autobahn ausmachte.[35] Da dieser über die Transitpauschale abgegolten wurde, ergaben sich hier vor Ort keine Einnahmen für die PKE. Das hohe Aufkommen an Transitreisenden ist wiederum auf die kurze Distanz von nur 170 Kilometern zwischen der GÜSt Marienborn und Westberlin zurückzuführen. Die Einnahmen aus dem grenzüberschreitenden Verkehr waren in den Planungen für den Staatshaushalt eine feste Größe, für die umfangreiche Evaluationen und auch Pläne aufgestellt wurden.[36] Die Vorausplanung von Einnahmen zeigt, dass die DDR die ökonomischen Möglichkeiten, die sich aus der Teilung Deutschlands ergaben, erkannte und für sich zu nutzen wusste. Für die Erfüllung der Pläne sorgten hier nicht die Kontrolleure und die Kassierer, sondern die Reisenden aus dem NSW. Weiterhin ist von Bedeutung, dass die DDR für die Generierung der Deviseneinnahmen aus dem durch die Teilung begünstigten Reiseverkehr kaum eigene Mittel aufwenden musste. Die Kontrollen an den Grenzübergangsstellen, die zugleich die staatliche Souveränität der DDR außenwirksam zeigen sollten und die Sicherheitsbedürfnisse der DDR befriedigten, und der verbindliche Mindestumtausch ermöglichten es mit einem nur geringen Mehraufwand Devisenbeträge in Milliardenhöhe für den Staatshaushalt der DDR zu generieren. Mit dem Auto kamen demnach nicht nur die „westliche Ideologie“, sondern auch die dringend benötigten, wertvollen Devisen in die DDR.

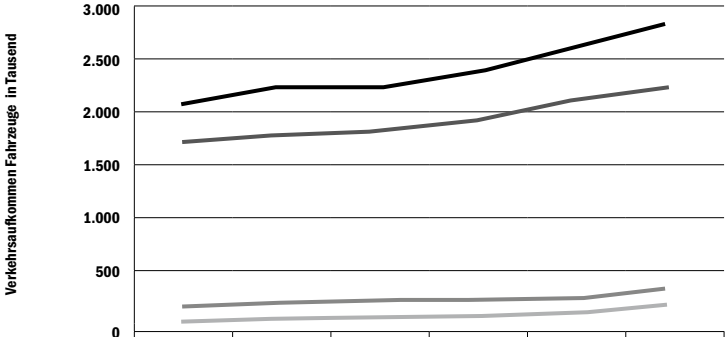
Einnahmen der GÜSt Marienborn/Autobahn 1983–1987



	1983	1984	1985	1986	1987
Einnahmen Visa und Valutadienstleistungen	5.770.937,20	6.697.598,03	6.792.407,29	7.050.956,76	7.701.927,47
Einnahmen Mindestumtausch	914.275,00	1.125.007,50	1.339.040,00	1.445.680,00	1.523.702,50
Gesamteinnahmen GÜSt Marienborn/Autobahn	6.685.212,20	7.822.605,53	8.131.447,29	8.496.636,76	9.225.629,97

Eigene Berechnungen nach: BStU, BV Magdeburg, Abt. Finanzen Nr. 691, Teil 1 und 2; BStU, BV Magdeburg, Abt. Finanzen Nr. 692, Teil 1 und 2; BStU, BV Magdeburg, Abt. Finanzen 201

Verkehrsaufkommen an der GÜSt Marienborn/Autobahn 1983–1988



	1983	1984	1985	1986	1987	1988
Vertragsgebundener Transit BRD/WB	1.758.849	1.833.927	1.859.230	1.962.697	2.127.824	2.253.477
Einreise DDR	228.098	263.851	270.055	288.375	313.390	358.231
Transit Drittstaaten	111.487	130.770	134.190	135.435	166.041	225.050
Gesamtverkehrsaufkommen	2.098.434	2.236.615	2.268.162	2.392.909	2.611.978	2.841.326

Quelle: Eigene Berechnungen nach: BStU, BV Magdeburg, AKG 42, Bl. 227; BStU, MfS, JHS MF VVS, Nr. 67384.

Anmerkungen

1 Stenographische Niederschrift der Verhandlungen der Partei- und Staatsdelegation der DDR und der UdSSR in Moskau, Montag, den 6. Oktober 1975 (Beginn: 16:30 Uhr); siehe: Hertle, Hans-Hermann / Jarausch, Konrad H. (Hg.): Risse im Bruderbund. Die Gespräche Honecker-Breshnew 1974 bis 1982, Berlin 2006, S. 90 – 112, hier S. 110.

2 Vgl. Hertle, Hans-Hermann: Die Diskussion der ökonomischen Krisen in der Führungsspitze der SED, in: Pirker, Theo u. a. (Hg.): Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen, Opladen 1995, S. 309 – 345, hier S. 320.

3 Valutamark war die künstlich geschaffene Rechenwährung der DDR für Außenhandelsbeziehungen. Eine Valutamark entsprach, vereinfacht ausgedrückt, dem Wert von einer Deutschen Mark (DM). Andere Fremdwährungen des NSW wurden über deren gültigen Wechselkurs zur DM in Valutamark umgerechnet; weiterführend u. a.: Volze, Armin: Die gespaltene Valutamark. Anmerkungen zur Währungspolitik und Außenhandelsstatistik der DDR, in: Deutschland Archiv 32 (1999), S. 232–241.

4 Vgl. Deutsche Bundesbank (Hg.): Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, Frankfurt am Main 1999, S. 57– 60.

5 Schürer, Gerhard / Beil, Gerhard / Schalck, Alexander / Höfner, Ernst / Donda, Arno: „Vorlage für das Politbüro des ZK der SED. Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen“, 30. Oktober 1989, in: SAPMO-BArch, DY 30/5195.

6 Vgl. weiterführend u. a.: Steiner, André: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, Bonn 2007, S. 187–203; Volze, Armin: Zur Devisenverschuldung der DDR. Entstehung, Bewältigung und Folgen, in: Kuhrt, Eberhard u. a. (Hg.): Am Ende des realen Sozialismus. Die Endzeit der DDR Wirtschaft – Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, Bd. 4, Opladen 1999, S. 151–187.

7 Vgl. Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria: Außenwirtschaft und innerdeutscher Handel. Am Rande der Zahlungsunfähigkeit, in: Kuhrt, Eberhard u.a. (Hg.): Am Ende des realen Sozialismus. Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren, Band 2, Opladen 1996, S. 55–67, hier S. 55 f.

8 Vgl. Buchheim, Christoph: Die Achillesferse der DDR – der Außenhandel, in: Steiner, André (Hg.): Überholen ohne einzuholen. Die DDR-Wirtschaft als Fußnote der deutschen Geschichte?, Berlin 2006, S. 91–103.

9 Vgl. Judt, Matthias: Häftlinge für Bananen? Der Freikauf politscher Gefangener aus der DDR und das „Honecker-Konto“, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 94 (2007/4), Stuttgart, S.417– 439, hier S. 419.

10 Vgl. Judt, Matthias: „Für einen Kommunisten gibt es keine unlösbaren Aufgaben“. Der Bereich Kommerzielle Koordinierung und die westeuropäische Integration, in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien, Nr. 36–37 (2006), S. 42–47, hier S. 43– 45.

11 Vgl. Judt, Matthias: Der Bereich Kommerzielle Koordinierung. Das DDR-Wirtschaftsimperium des Alexander Schalck-Golodkowski – Mythos und Realität. Berlin 2013, S. 76.

12 Vgl. Judt, Der Bereich, S. 76 f; Volze, Armin: Die Devisengeschäfte der DDR. Genex und Intershop, in: Deutschland-Archiv 24 (1991), S. 1145–1159, hier S. 1147.

13 Vgl. weiterführend: Tantzscher, Monika: Hauptabteilung VI: Grenzkontrollen, Reise- und Touristenverkehr, in: Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatsicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) (Hg.): Anatomie der Staatsicherheit. Geschichte, Struktur, Methoden, Teil III/14, Berlin 2005.

14 Vgl. Paßkontrollordnung, in: BStU, MfS–BdL/Dok. Nr. 10462, Bl. 17–19.

15 Vgl. Behrendt, Hans-Dieter: „Guten Tag, Passkontrolle der DDR". Über die Tätigkeit der Kontroll- und Sicherheitsorgane an der deutsch-deutschen Grenze zwischen 1945 und 1990, Schkeuditz 2008, S. 138.

16 Vgl. Paßkontrollordnung, in: BStU, MfS–BdL/Dok. Nr. 10462, Bl. 11–13.

17 Vgl. Paßkontrollordnung, in; BStU, MfS–BdL/Dok, Nr. 10462, Bl. 18.

18 Vgl. Behrendt, Passkontrolle, S. 138.

19 Vgl. ebd.

20 Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1972, Teil II, Berlin (Ost), S. 349.

21 Vgl. Deutsche Bundesbank, Zahlungsbilanz, S. 53.

22 Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1964, Teil II, Berlin (Ost), S. 903 f.

23 Vgl. Deutsche Bundesbank, Zahlungsbilanz, S. 40 f.

24 Vgl. Potratz, Rainer: Die Geschichte der Wechselstube der Staatsbank der DDR auf der GÜSt Marienborn – erste Erkenntnisse. Werkstattbericht, in: Erinnern! Aufgaben, Chancen, Herausforderung 2 (2005), S. 5–14, hier S. 9f.

25 Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1980, Teil II, Berlin (Ost), S. 291.

26 Vgl. Potratz, Wechselstube, S. 11.

27 Vgl. Behrendt, Passkontrolle, S. 98.

28 Vgl. Ordnung über die Durchführung des verbindlichen Mindestumtausches an den Grenzübergangsstellen der Deutschen Demokratischen Republik (Mindestumtauschordnung) 1984, in: BStU, MfS–HA VI, Nr. 11370, Bl. 41 f.

29 Vgl. Potratz, Wechselstube, S. 11.

30 Vgl. Nationalrat, in: BA/MZAP, GT 2175.

31 Vgl. Maßnahmen im Zusammenhang mit der Durchführung des verbindlichen Mindestumtausches von Zahlungsmitteln bei Einreisen von Personen mit Wohnsitz in nichtsozialistischen Staaten und in Westberlin zum besuchsweisen Aufenthalt in der DDR, in: BStU, MfS–BdL/Dok, Nr. 3769.

32 Vgl. Informationen Nr. 198/1983. Argumentation zum Mindestumtausch, in: BStU, MfS, SED-KL, Nr. 4827, Bl. 24–31.

33 Eigene Berechnungen nach: BStU, BV Magdeburg, Abt. Finanzen Nr. 691, Teil 1 und 2; BStU, BV Magdeburg, Abt. Finanzen Nr. 692, Teil 1 und 2; BStU, BV Magdeburg, Abt. Finanzen 201.

34 Eigene Berechnungen nach: BStU, BV Magdeburg, AKG 42, Bl. 227; BStU, MfS, JHS MF VVS, Nr. 67384.

35 Vgl. BStU, MfS-ZAIG, Nr. 23159, Bl. 33–45 und Bl. 152–161.

36 Vgl. ebd., Bl. 33 und Bl. 152.

Eröffnung des TOLERANZWEGs vor der Synagoge, 3. Mai 2015

Der TOLERANZWEG in der Parkstadt Wörlitz

Dietrich Bungeroth

Fünf Jahre nach der Einweihung der Gedenkstätte am Wörlitzer Jüdischen Friedhof mit den 1938 vom Friedhof gestohlenen und als Pflasterung missbrauchten Grabsteinen ist es nun im Jahr 2015 gelungen, ein Projekt umzusetzen, welches das vielfältige jüdische Leben in Wörlitz wieder in Erinnerung ruft, den TOLERANZWEG.
Dieser beginnt an der Gedenkstätte am Jüdischen Friedhof, führt durch das Stadtzentrum mit den Wohnhäusern der früheren jüdischen Ehrenbürger Moritz Cohn und Martin Weinstein bis zur Synagoge in der Amtsgasse und von dort über die Amtsfähre und zum „Toleranzblick“ im Wörlitzer Park an der Goldenen Urne. Letzterer steht symbolhaft für die tolerante Einstellung des Fürsten Franz (Leopold III. Friedrich Franz von Anhalt-Dessau, 1740 – 1817) zu den christlichen und jüdischen Religionen und besteht aus den Sichtachsen zur Synagoge, zur St.Petri-Kirche und zum „Warnungsaltar“.

Das Projekt „Der Toleranzweg – zur Erinnerung an die Juden in Wörlitz“ wurde von Auszubildenden der Euro Akademie Dessau-Roßlau in Zusammenarbeit mit dem Modellprojekt „SEMInar Pro“, dem Multikulturellen Zentrum Dessau e. V. und der Zeitreise-Manufaktur Magdeburg im Jahr 2013 konzipiert und anschließend umgesetzt. Hierbei wurden in Wörlitz und im Landschaftspark die Punkte der Erinnerung mit Geocaching aufgesucht und die Hintergründe dieser historischen Orte erforscht.
Mit dem TOLERANZWEG soll einerseits an die Geisteshaltung der anhaltischen Fürsten erinnert werden, die sich der Aufklärung verpflichtet fühlten und in ihren Landen bereits im 17. Jahrhundert den Juden das Wohnrecht gaben und den Broterwerb ermöglichten. Andererseits soll aktuell gemahnt werden, dass unser Gemeinwesen und das Miteinander der Völker nur Zukunft haben, wenn wir uns immer wieder den Prinzipien der Humanität, der Nächstenliebe und der Toleranz verpflichtet fühlen.

Zur Eröffnung des TOLERANZWEGs

Am 3. Mai 2015 wurde der TOLERANZWEG an der Synagoge in der Amtsgasse eröffnet. Holger Hövelmann (SPD), Mitglied des Magdeburger Landtags, der 2010 als damaliger Innenminister die Einweihung der Gedenkstätte am Jüdischen Friedhof vorgenommen hatte, erinnerte in seinem Grußwort daran, dass Deutschland sowohl im menschlichen als auch im wirtschaftlichen Sinne immer dann am erfolgreichsten gewesen sei, wenn Toleranz wahrhaftig praktiziert wurde. Wer vor Verfolgung und Krieg die Flucht ergriffen habe, dem müsse man ein Bleiberecht und eine Zukunft einräumen. Ein gewisses Maß an Intoleranz sollte aber gegenüber jenen praktiziert werden, die eine solche Haltung bestreiten. „Wenn religiöser Fanatismus im Spiel ist, muss eine Grenze gesetzt werden.“
Die deutsche Generalkonsulin in Danzig Cornelia Pieper (FDP) unterstrich in ihrem Grußwort, das verlesen wurde, dass der Toleranzweg ein „wichtiger Beitrag zum Werk eines friedlichen, erfolgreichen Zusammenlebens“ sei. Ein Werk, das immer wieder aufs Neue auch im internationalen Zusammenhang vollbracht werden müsse.
Der Bürgermeister von Oranienbaum-Wörlitz Uwe Zimmermann (Die Linke) wies darauf hin: Toleranz sei auch heute wieder geboten, denn bei den im Nachbarort Vockerode untergebrachten etwa 220 Flüchtlingen ahne man die Religionszugehörigkeit nur zum Teil, was manchen vielleicht verunsichere. Für die übergroße Mehrheit der Bevölkerung könne er indes sagen, dass sie sich sehr tolerant verhalte. Die Erfahrung lehre, Grund-

lage für ein tolerantes Miteinander sei das Wissen voneinander, und dies wiederum sei letztlich die Voraussetzung für den Frieden.
Darauf nahm Bernd G. Ulbrich von der Dessauer Moses-Mendelssohn-Gesellschaft Bezug. Toleranz dürfe nicht bloß als Duldung eines anderen Standpunktes verstanden werden. Vielmehr bilde sie die Basis für eine geistige Begegnung, aus der Neues erwächst. „Toleranz als Weg", sagte Ulbrich, „ein Toleranzweg eben."
Zum Abschluss wurden einige Stationen des Toleranzweges durch die Stadt bis zur Gedenkstätte am Jüdischen Friedhof begangen. Mitglieder der Arbeitsgruppe Stadtgeschichte (Kulturbund Wörlitz e. V.) erklärten die Ergebnisse, die nun nach jahrelanger Forschung in den Archiven und durch die Übersetzung der Inschriften auf den aufgefundenen Grabsteinen vorliegen. Astrid Pfennigsdorf erklärte die Geschichte der Schulturnhalle, die 1915 dank einer Spende von Martin Weinstein aus Lissabon gebaut werden konnte. Dieser stammte aus einer Wörlitzer jüdischen Familie und war auch hier zur Schule gegangen. Ingo Pfeifer erinnerte auf dem Markt an die Familie Cohn, die bereits um 1750 in Wörlitz ansässig war. Julie von Cohn-Oppenheim hatte die Stadt mit einer großzügigen Spende bedacht, wovon der Obelisk auf dem Markt errichtet wurde, ein Denkmal an die Toten dreier Kriege.

Die Gedenkstätte am Jüdischen Friedhof

„Misstraut den Grünflächen!" schrieb der Publizist Heinz Knobloch 1979 in seinem Buch über den aus Dessau stammenden Philosophen und Aufklärer Moses Mendelssohn. Diese Aufforderung gilt nach wie vor, denn der menschlichen Eigenart des Gewöhnens, des Vergessens und des Wegschauens muss immer neu widerstanden werden.
Eine in Wörlitz ins Leben gerufene Projektgruppe arbeitete seit 2008 mit Unterstützung des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden in Sachsen-Anhalt und des Zentralrates der Juden in Deutschland daran, mitten in der Stadt eine Gedenkstätte zu errichten, dort, wo vormals eine Wiese war. Denn für die missbrauchten mehr als 300 Grabsteinfragmente vom Jüdischen Friedhof am Bergstückenweg, die bei Bauarbeiten im Jahr 1987 in einem Bauerngehöft in der Förstergasse zum Vorschein kamen, sollte ein würdiges Gedenken eingerichtet werden.
Der Kulturstiftung Dessau-Wörlitz gebührt Dank, weil sie diese Fragmente verwahrt hat. Ein Lageplan für die Gräber war nicht vorhanden, daher wurden auf Beschluss des Wörlitzer Stadtrates die rekonstruierten Grabsteine vor der Südmauer des Friedhofes an

Trafohaus auf dem Jüdischen Friedhof, 2010 abgerissen

einer Stahlwand angebracht. Für die Gestaltung und das Projekt zeichnet Anne Sommer, Architektin aus Dessau, verantwortlich. Das Eingangstor trägt die Worte: „Gedenke, vergiss nie“ in hebräischer und deutscher Sprache.

Zur Einweihungsfeier am 8. November 2010 wurde daran gedacht, wie vor mehr als 250 Jahren dieser Friedhof am südlichen Stadtrand angelegt worden war. Fürst Maximilian (1700–1751) hatte dafür der jüdischen Gemeinde die Genehmigung erteilt.

An die Ereignisse von 1938 und die Zerstörung des jüdischen Friedhofs erinnerte fast 80 Jahre lang nur ein fehlendes Stück Friedhofsmauer an der Ostseite, die niedergerissen worden war, um die Grabsteine herauszuschaffen. Bis 2010 stand an dieser Stelle auf dem Jüdischen Friedhof ein Transformatorenhaus der Energieversorgung. Dies konnte die offene Wunde im Stadtbild nicht verschließen, es hielt sie geradezu offen.

Die Grabsteine waren aus festem hellbraunem Sandstein gefertigt. Daher konnten sie für die Pflasterung von Innenhöfen oder für die Befestigung von Straßen und Gartenwegen missbraucht werden. Eine größere Menge von Steinen fand man bereits 1951 in der Förstergasse auf einem Hofgrundstück. Der nächste noch größere Fund erfolgte 1987 beim Nachbarn, als der Hof neu gepflastert werden sollte. Die glatte Rückseite der Grabsteine war fast 50 Jahre lang unbemerkt befahren worden, denn diese lagen

Zeremonienhaus von 1790, Aufnahme 2015

mit der Schrift nach unten. Die großen Grabsteine waren in handliche Stücke zerschlagen und die kleineren quer durchgebrochen.
Bis vor kurzem kannten nur wenige Einwohner und Besucher diese Geschichte. Denn der jüdische Friedhof ist heute ein Garten. Das repräsentative Zeremonienhaus steht zwar noch immer am historischen Ortseingang von Süden her, ist aber seit 1940 ein Wohnhaus.

Mit Schülern des Dessauer Gymnasiums Philanthropinum wurden in den letzten Jahren verschiedene Projekte zur Geschichte der Wörlitzer Juden durchgeführt, z. Zt. läuft das vierte Projekt „Steine, Namen, Schicksale“ mit dem Religionskurs einer 9. Klasse. Dazu wurde im Dessauer Kunstraum22 am 15. Oktober 2015 eine Ausstellung mit neueren Forschungsergebnissen und Schülerarbeiten eröffnet.

Zur Geschichte der Toleranz in Wörlitz

Vielfach wird in der Literatur das besondere Verhältnis des Fürsten Franz zu den in Anhalt-Dessau zugewanderten Juden erörtert. Der jüdische Arzt Dr. Meyer Abrahamson schrieb am 6. August 1790 aus Hamburg an den Fürsten Franz, als in Wörlitz nicht nur

die neue Synagoge, sondern auch das Zeremonienhaus auf dem Friedhof eingeweiht wurde: „Tief gerührt durch Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht unserer Nation, besonders den jüdischen Einwohnern zu Wörlitz kürzlich erzeigte Landesväterliche Gnade und Wohlwollen, wage ich es… den wärmsten Dank abzustatten. Mögen auch andere Regenten dem Beispiel des Weisesten und Edelsten Regenten folgen und der jüdischen Nation auch solche Beweise von Duldung und Menschenschätzung ertheilen!“[1]

Wie weit bereits die Gleichstellung der zugewanderten Juden reichte, zeigt ein Schreiben aus dem Jahre 1778 an den Fürsten Franz. Von der allgemeinen Förderung privaten Wohneigentums waren in Wörlitz die Juden nicht ausgenommen.[2] Moses Israel Hirsch, der 1760 zugezogen war und „vor einigen Jahren des Wagners Sachsenbergs Haus… erkaufte“, hatte nicht nur eine neue Scheune gebaut und das Haus von innen weißen lassen, sondern für 1000 Taler ein weiteres Haus mit Hintergebäude errichtet, „das ohne Ruhm als ein Bürgerhaus passieren kann“. Da er wisse, wie der Fürst ein „gnädiges Gefallen haben, wenn Bürger ihre Gebäude gut erbauen und im Stande erhalten“, bäte er, dass ihm eine „gnädigste Verehrung zu theil werde… (weil er) vieles zum Bau aufgewand“.

Bereits 14 Tage später schrieb Fürst Franz mit eigener Hand auf diesen Antrag, das Amt Wörlitz habe ihm zu berichten, was denn der Bau gekostet habe und „ob er dazu keine Baumaterialien geschenkt erhalten?“

Nach dem Tode des Fürsten Franz im Jahr 1817 lebten in Wörlitz unter den 1717 Einwohnern 133 Juden, ca. 8 % der Bevölkerung. Im gesamten Anhalt waren es ca. 3 %. Die toleranten Fürsten hatten den Juden durch die Erlaubnis, hier zu wohnen und Friedhöfe, Synagogen und Schulen zu erbauen, eine neue Heimat gegeben.

Im benachbarten Preußen wurden bereits 1812 die Juden durch das Edikt von König Friedrich Wilhelm III. zu „Inländern und preußischen Staatsbürgern“. Damit einher ging die Aufhebung der Schutzjudenbestimmungen und der Sonderabgaben.

In Anhalt begannen sich die Bestimmungen erst nach der bürgerlichen Revolution von 1848 zu verändern. Die volle Emanzipation der Juden wurde in den Ländern des deutschen Bundes, zu denen auch Anhalt gehörte, jedoch erst 1869 eingeführt.

Jüdisches Leben wird es in Wörlitz bereits vor 1700 gegeben haben. In der Thalwitzer-Chronik[3] findet sich ein Nachtrag, bereits Fürst Johann Georg II. (1627–1693) habe befohlen, dass die Juden nur in der „Judenstraße“ wohnen durften, d. h. vom südlichen Ende des Markts bis zur Förstergasse. Weiter heißt es bei Thalwitzer: „Anstelle des

Synagoge nach römischem Vorbild, Aufnahme 2015

heutigen Rathauses stand damals der Judentempel“, gemeint ist die erste Synagoge. Dabei dürfte es sich um ein Wohnhaus gehandelt haben, in dem sich ein Betsaal und auch ein Schulraum befanden. Denn bei der Befragung aller Juden durch das fürstliche Amt in Wörlitz im Jahr 1753 wurden zwei Berufe ausdrücklich genannt: Der Kantor Seckel Lebell, der für den ordentlichen Gottesdienst zu sorgen hatte, und die Lehrer Levin Simon und Israel Salomon, denen die Unterweisung der Kinder in der hebräischen Sprache und im Lesen der Thora oblag.

Zu den Ergebnissen des jüngsten Schulprojektes gehört die Erkenntnis, dass sich 1753 in Wörlitz 21 jüdische Familien von Kleinhandel ernährten, d. h. mit ihren Waren von Haus zu Haus und über Land zogen, dazu gab es die Berufe: Schuhmacher, Hutdrücker, Käsehändler und Branntweinbrenner. Von den 29 Frauen stammten 12 aus Wörlitz und sechs aus Dessau. Die übrigen waren ebenso wie die Männer zugezogen, aus Brandenburg die meisten, auch aus Polen, Mannheim, Zweibrücken, Frankfurt, Halle, Prag und aus anhaltischen Orten. Nur einer der gemeldeten Männer war in Wörlitz geboren.

Der Abriss der ersten Synagoge gemeinsam mit dem Brauhaus und einigen Bürgerhäusern wird allgemein auf 1788 datiert. An der repräsentativen Südseite des Marktes

Blick über den Eingang der Gedenkstätte auf die wieder aus Bruchstücken wieder zusammengesetzten Grabsteine, Aufnahme 2015

wurde dafür 1795 das neue Rathaus erbaut. Die neue Synagoge wurde 1790 im Park auf Kosten des Fürsten Franz mit Sichtweite zur Kirche und zum Schloss errichtet.
Die Wörlitzer Jüdische Gemeinde bestand etwa bis 1900. Nach der Aufhebung der Wohn- und Berufsbeschränkungen waren die Familien in die größeren Städte der Umgebung gezogen. Grabsteine aus dieser Zeit sind nicht erhalten.
Die Synagoge gehört heute zum Weltkulturerbe und beherbergt seit 2003 eine vielbeachtete Dauerausstellung zur Geschichte der jüdischen Gemeinden in Anhalt, eingerichtet und unterhalten durch die Moses-Mendelssohn-Gesellschaft Dessau e. V.

Für die Nationalsozialisten war die Toleranzpolitik des 18. und 19.Jahrhunderts gegenüber den Juden ein großes Ärgernis. Dem Fürsten Franz wurde „Verjudung“ vorgeworfen, weil er die nötige Trennung zwischen „Deutschtum und Judentum“ nicht immer „bis zur letzten Schärfe durchgeführt hat“.[4]
Die Synagoge gehört zu den wenigen in Deutschland, die 1938 nicht gebrannt haben, wie wir durch den Bericht von Garteninspektor Hans Hallervorden[5] wissen. Erst im November 1945 schrieb er in Blankenburg seine Erinnerungen an den 10. November 1938 nieder: Weil man gemunkelt hatte, irgendetwas sei im Gange, habe er gegen 23 Uhr allein einen Kontroll-

gang Richtung Synagoge unternommen. Dort hielt auf dem Podest jemand Wache. Die Tür stand offen und zwei Männer waren dabei, Holzspäne auf der Treppe zur Frauenempore zu verteilen, an deren Fuß ein Benzinkanister stand. Da die Männer auch nach dem Hinweis, dies sei gar keine Synagoge mehr, sondern ein einfaches Gebäude des Parkes, ihren Platz nicht verließen, habe Hallervorden die Tür ins Schloss gezogen und von außen zugehalten. Eine Frau kam ihm dabei zu Hilfe. Nach einigem Hin und Her gelang es den Männern, die Tür aufzureißen und davonzurennen, natürlich ohne das Feuer gezündet zu haben.

NSDAP-Ortsgruppenleiter Lauke und Landjäger Arnold waren schnell zur Stelle und nahmen den Fall auf. Es gab eine verbale Auseinandersetzung, in deren Folge Hallervorden am 25. November 1938 als Garteninspektor mit der Begründung entlassen wurde, er habe den Brand der Synagoge in Dessau bedauert, die Vernichtung von Kunstschätzen für falsch erklärt und somit unerlaubte Kritik geübt.[6]

Danach berichtete der *Anhalter Anzeiger* unter der Überschrift „Wörlitz' Judentempel verschwindet": Im Wörlitzer Park befinde sich an der Grenze zur Stadt in einer Nachbildung des Vestatempels „ein Bauwerk, das zum Judentempel eingerichtet war" und von Erdmannsdorff, dem Wörlitzer Baumeister, stammte. Nun seien die „kultischen Einrichtungen des Judentums entfernt", das Bauwerk sei wieder hergerichtet und werde „einer anderen Bestimmung zugeführt".

Die leer geräumte Synagoge hieß fortan Vestatempel. Der steinerne Zugang mit den Treppen wurde abgerissen, der Zugang zur Mikwe verschüttet und die ganze Anlage zur Amtsgasse hin zugepflanzt. Dann kam der 2. Weltkrieg, die entehrte Synagoge wuchs zu und wurde vergessen.

Überliefert ist eine Anweisung der Joachim-Ernst Stiftung vom 13. Dezember 1938, wonach Juden die Besichtigung aller Gebäude der Parkanlagen verboten war. Vor den Parkeingängen in Wörlitz und Oranienbaum musste ein Schild angebracht werden: „Juden ist der Eintritt verboten".

Der jüdische Friedhof am südlichen Orteingang wurde 1938 im Zuge der Beseitigung alles dessen, was jüdisch war, zerstört. Dabei transportierte man die Steine bis auf wenige Reste durch die Lücke in der Ostmauer ab. Für diesen Vorgang verwendet die Geschichtsschreibung den Begriff der „Profanierung", das bedeutet Entweihung, und nichts anderes war es auch an diesem „guten Ort".

Heute können die Einwohner und Besucher sich auch an diesem Gedenkort an die Geschichte der Jüdischen Gemeinde in Wörlitz zu erinnern.

Zu den wichtigen Gedenktagen dieses Jahres wurde und wird immer wieder auf den wachsenden Antisemitismus und die Fremdenfeindlichkeit in Deutschland hingewiesen. Mit dem TOLERANZWEG soll ein klares Zeichen gesetzt werden für ein menschliches und tolerantes Miteinander. Das beginnt in der Familie und muss sich fortsetzen in der Schule und auf der Straße. Ich bin nicht ohne Hoffnung.

Anmerkungen

1 Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Abt.Dessau (LASA, DE) Z 44, C 15 Nr. 68 a.

2 Ebd., Nr. 69.

3 Thalwitzer, Karl: Chronik von 1939, S. 87 (Randnotiz) und S.137: dort der Hinweis auf die Judenstraße und die Abgaben, die die Juden für ihr Wohnrecht an Georg II. zu zahlen hatten.

4 Anhalter Anzeiger vom 31.01.1939.

5 Kulturstiftung Dessau-Wörlitz, Archiv, IV.1.4. Hans Hallervorden (1872-1965) war Garteninspektor 1920–1938 und Gartendirektor 1945–1948.

6 Quilitzsch, Uwe: Neue Erkenntnisse zum verlorenen Inventar, S. 205 ff. in: Ulbrich, Bernd G (Hg.): Einblicke – Zwölf Essays und eine Ausstellung zur Geschichte der Juden in Anhalt, Dessau 2004.

Besuch der Stolpersteine an der Schwelle der Schule Nr. 1, August 2015

Das Projekt „Meet Up Ukraine“ 2015. Ein Reisebericht

Peter Wetzel

Zur Vorgeschichte

Seit 2008 existiert eine Kooperation zwischen der Geschichtswerkstatt Merseburg-Saalekreis e. V. mit dem ukrainischen Partner „Regionalstiftung Erinnerung mit dem Herzen“ mit Sitz in Perejaslaw-Chmelnyzkyj. Die im Kiewer Oblast gelegene Gebietshauptstadt des gleichnamigen Rayons zählt 30.000-Einwohner. Die Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ) hat uns im Rahmen ihrer Tätigkeit zueinander gebracht. Über „Aussöhnung und Toleranz“, die ukrainische Partnerstiftung der EVZ, in Kiew sind wir enge Partner geworden. Arbeitsansätze unseres gemeinsamen Wirkens waren und sind:

- Aufarbeitung der gemeinsamen Geschichte des 2. Weltkrieges über biografische Arbeit und Begegnungen von Zeitzeugen mit Jugendlichen unserer Länder;
- Spurensuche auf der Grundlage der Lebensgeschichten von NS-Opfern aus der Ukraine (Zwangsarbeit, Lagerhaft, Deportation);

- Arbeit an und Neuschaffung von Gedenkstätten und Gedenkorten;
- Jugendbegegnung zum Erfahrungsaustausch und zum intergenerativen Dialog;
- Engagement von Jugendlichen in den Bereichen der Erforschung; regionalgeschichtlicher Themen sowie der sozialen Unterstützung von NS-Opfern;
- Europäische Begegnung zu Erinnerung, Zivilgesellschaft und Demokratie

Von 2009 bis 2015 fanden in Kooperation, unter Beteiligung internationaler Partner aus Polen, den Niederlanden und Russland jährliche „Wochen der Erinnerung und Begegnung" statt.
2014 initiierte das deutsche Auswärtige Amt das Programm „Meet Up Ukraine". Bereits in dieser ersten Ausschreibung konnten wir im Oktober 2014 eine Projektwoche im Saalekreis durchführen. Die gesammelten Erfahrungen dieses intergenerativen politischen Dialoges flossen in die Konzeption ein, 2015 im Rahmen des „Meet Up II Ukraine" Demokratiewochen mit Treffen in Perejaslaw-Chmelnyzkyj und in Sachsen-Anhalt zu planen. Ein gemeinsamer Arbeitsbesuch mit dem Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, Maik Reichel, im April und die „7. Woche der Erinnerung und Begegnung" in Sachsen-Anhalt vom 29. Mai bis 5. Juni 2015 waren die Grundlage für ein gemeinsames Programm „Meet Up – Demokratiewochen 2015".

Das „Meet Up"-Programm 2015

In der Zeit vom 16. August bis 22. August reisten 12 Jugendliche aus Sachsen-Anhalt (Schülerinnen und Schüler sowie Studierende) mit Begleitung zu den ukrainischen Partnern. Das Thema der Begegnungen für August und November lautet „Wege des Rechtes – Menschenrechte und kommunale Selbstverwaltung als Regeln für die Partizipation von Bürgern an unseren Gesellschaften und unserer Geschichte". Es lehnte sich sehr stark an die Gespräche mit der ukrainischen Stadtverwaltung an, diese bei der Vorbereitung der Kommunalwahlen im Oktober 2015 zu unterstützen.
Folgende Eckpunkte waren vereinbart und wurden umgesetzt:

- Durchführung eines Forums mit Vertretern der Parteien im Stadtrat von Perejaslaw-Chmelnyzkyj, den Bürgermeistern von Dörfern der Region und den Leitern von Institutionen und Ämtern;
- Gespräche zur historischen Verbreitung und Bedeutung des Magdeburger Rechts und des Sachsenspiegel in Osteuropa, insbesondere der Ukraine;

- Gewinnung von Jugendlichen zur Ausbildung als Ausstellungs-Guides für die für 2016 geplante Wanderausstellung „Magdeburger Recht“ und „Sachsenspiegel“ in der Ukraine (Kiew, Perejaslaw-Chmelnyzkyj, Saporoshje);
- Biografische Gespräche und eine Hilfsaktion für Überlebende der NS-Zeit;
- Renovierung einer zentralen Gedenkstätte in Erinnerung an der Opfer eines Massakers deutscher Truppen an der Zivilbevölkerung in der Stadt (600 Opfer);
- Besuch von Gedenkstätten, dem Diorama der Schlacht am Dnipro, Stolpersteinen für NS-Opfer sowie dem Nationalen Mahnmal Babij Jar in Kiew;
- Zeitzeugenbegegnung auf dem Kiewer Majdan mit Aktivisten der politischen Bewegung von 2013/14.

Erinnerungspädagogische Arbeit im Projekt

Im Rahmen des „Meet Up“-Programms tauschten sich die beteiligten Jugendlichen intensiv zu ihrem Alltagsengagement im Kontakt mit Zeitzeugen der NS-Zeit aus. Beim Besuch der Stolpersteine für ermordete Zwangsarbeiterinnen an der Schule Nr. 1, der Übergabe eines Rasenmähers für den „Park der Erinnerung“ sowie der Einweihung der neu renovierten Gedenkstätte auf dem Gelände des ehemaligen Klosterkomplexes waren Vertreter der Gruppe „Kinder des Krieges“ unsere Gesprächspartner.

Während des Arbeitsbesuches im Dorf Demjanzi war Frau Olga Gandzja, Überlebende des KZ Ravensbrück, Gastgeberin für die ukrainisch-deutsche Gruppe. Mit Arbeiten im Haus und im Garten brachten die Jugendlichen Anerkennung für das Engagement der Zeitzeugin zum Ausdruck. Frau Gandzja arbeitet in der Ukraine mit Schülerinnen und Schülern und war auch „Biografie-Gast“ der Geschichtswerkstatt Merseburg im Saalekreis. Frau Anastasia Gulei, Überlebende der KZ-Lager Auschwitz und Bergen-Belsen, lud die Jugendgruppe zur Nationalen Gedenkstätte Babij Jar in Kiew ein, führte die Gruppe persönlich und berichtete als Präsidentin der „Gesellschaft überlebender Häftlinge faschistischer Konzentrationslager“ über die aktuelle nationale und internationale Arbeit der Gesellschaft. Anastasia Gulei stand der Geschichtswerkstatt Merseburg bereits zu mehreren Projektwochen als Zeitzeugin zur Verfügung und übernahm als erste ausländische KZ-Überlebende in Sachsen-Anhalt die Patenschaft im Rahmen des Programms „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Ihre Patenschule ist die Holst-Schule in Mücheln im Saalekreis.

Im Gebiet Perejaslaw-Chmelnyzkyj gibt es in jedem der zahlreichen Dörfer Erinnerungszeichen, die von Kämpfen, von Massakern an der Zivilbevölkerung und der Ermordung der jüdischen Bevölkerung künden. Anfang der 1940er Jahre waren fast 50 Prozent der Bewohner der Region jüdische Familien. Die Leiterin des Jüdischen Büros in Perejaslaw-Chmelnyzkyj sagte in einem Gespräch zu uns:

„Egal in welche Sie in den Dörfern kommen, Sie finden überall Babij Jars. Oft sind die Orte der Ermordung nicht mehr genau bekannt, aber im ‚Gedächtnis' der Dörfer sind diese Gräueltaten und der Verlust der Mitbewohner eingebrannt."

Schulen haben in der erinnerungspädagogischen Arbeit der Regionalstiftung „Erinnerung mit dem Herzen" eine besondere Bedeutung. Anelija Kovalska, die Leiterin der Stiftung und Kulturpädagogin der Stadt, steht in engem Kontakt mit ihnen und gewinnt immer wieder aktive Schülerinnen und Schülern für die Unterstützung von noch lebenden Zeitzeugen in der Region. Die Schule Nr. 1 war in der Zeit der deutschen Besatzung geschlossen und wurde zur zentralen Deportationsstelle „Zwangsarbeit" dieser Region. Mehr als 5.000 Jungen und Mädchen sowie Erwachsene wurden zur Zwangsarbeit nach Deutschland und Österreich verschleppt. An der Schwelle der Schule liegen zur Erinnerung daran zwei Stolpersteine zum Gedenken an zwei junge Mädchen, die ihren Einsatz in einer Nadelfabrik in Chemnitz mit dem Leben bezahlten. Diese Stolpersteine konfrontieren jede neue Schulgeneration mit diesem Teil gemeinsamer Geschichte. Im hinteren Bereich der Schule erinnern ein Gedenkstein und ein „Garten der Erinnerung" an die unzähligen zivilen Opfer der deutschen Besetzung von 1941 bis 1943. Zur Unterstützung des Engagements der der örtlichen Zivilgesellschaft übergaben die deutschen „Meet Up"-Teilnehmenden einen Rasenmäher an die Schule Nr. 1 und zwölf Blutdruckmessgeräte an das städtische Sozialzentrum in einem Altenheim. Eine symbolische Geste, die in der Praxis helfen soll diese engagierte Arbeit zu leisten.

Die Gedenkstätte für mehr als 600 ermordete Zivilisten der Stadt befindet sich auf dem Territorium eines ehemaligen Klosterkomplexes. Einen Tag vor der Befreiung der Stadt durch die sowjetischen Streitkräfte richteten die deutschen Besatzer in Blutbad an und ermordeten wahllos alle dort Inhaftierten, darunter Frauen und Kinder sowie alte Menschen. Die Gedenkstätte aus den 1990er Jahren war stark sanierungsbedürftig und wurde von uns kurzerhand zu einem Arbeitsobjekt gemacht. Mit Unterstützung der Stadt wurden die unleserliche Gedenkplatte nachgearbeitet, eine Einfassung des Ortes mit Kies und Sand vorgenommen, Sträucher gesetzt und Blumen gepflanzt. In

Projektteilnehmer bei der Instandsetzung des Gedenkortes, August 2015

der Öffentlichkeit fand diese Aktion große Beachtung, was sich auch in der feierlichen Wiedereinweihung am 18. August 2015 ausdrückte. Neben Vertretern der Stadt und der örtlichen Zivilgesellschaft sprach auch Dr. Kai Langer, Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, Worte des Gedenkens.

Ein Projekt mit Nachhaltigkeit

Am Ende der Woche wurden allen Teilnehmenden auf dem zentralen Platz der Stadt durch die Stadtverwaltung sowie Vertretern von Institutionen und Nichtregierungsorganisationen offiziell gewürdigt und erhielten ein persönliches Zertifikat. Am Vorabend des 25. Jahrestages der Unabhängigkeit der Ukraine vereinbarten die Projektpartner miteinander, dass in der Zeit vom 7. bis 13. November 2015 ein Gegenbesuch in Sachsen-Anhalt stattfinden wird. Eingebettet in den historischen Kontext des „Magdeburger Rechts“ werden dann die deutschen Erfahrungen in der politisch-historischen Bildung und der erinnerungspädagogischen Praxis im Mittelpunkt stehen. In Kooperation mit der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt und der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt werden wir uns dann unserer Arbeit hier zuwenden. Die Wahlergebnisse der Kommunalwahl in der Ukraine stehen dann aber ebenso im

Fokus wie die Kampagne „Demokratie stärken – Du bist Politik“ zur Vorbereitung unserer Landtagswahl 2016.
Nicht zuletzt damit wären wir wieder beim Motto des diesjährigen Meet Up – Programms: „Wege des Rechtes – Menschenrechte und kommunale Selbstverwaltung als Regeln für die Partizipation von Bürgern an unseren Gesellschaften und unserer Geschichte“.

„Tore zur Freiheit. Vor 60 Jahren: Rückkehr aus sowjetischer Haft 1955. Vor 25 Jahren: Die Wiedervereinigung Deutschlands 1990“ – Jahrestagung der Lagergemeinschaft Workuta/ GULag Sowjetunion in Magdeburg

Edda Ahrberg, Anne Drescher

Unter dieser Überschrift stand die Jahrestagung der Lagergemeinschaft Workuta/ GULag Sowjetunion, die vom 5. bis 7. Juni 2015 in Magdeburg stattfand. Hier versammelten sich Frauen und Männer, die in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und späteren DDR bis Mitte der 1950er Jahre als Zivilisten aus politischen Gründen von sowjetischen Militärtribunalen zu hohen Strafen verurteilt wurden und ihre Haft in der Sowjetunion verbüßen mussten. Das hieß nach physischer und psychischer Folter in der Untersuchungshaft eine menschenverachtende Zwangsarbeit in der Straflagerregion Workuta am Polarkreis oder in den sibirischen Lagern.

Zu den rund 75 Teilnehmenden der Veranstaltung gehörten neben ehemaligen Häftlingen auch nahe Angehörige, wie Lebenspartner und Kinder. Allen gemeinsam ist der Wunsch, dieses Kapitel deutscher Geschichte nicht in Vergessenheit geraten zu lassen und deutlich zu machen, dass die Bewahrung der Freiheit und Rechtsstaatlichkeit für den Erhalt der demokratischen Gesellschaft unverzichtbar ist.

Thema der diesjährigen Tagung waren die Rückkehr vieler ehemaliger politischer Häftlinge 1955 aus der Sowjetunion und die Wiedervereinigung Deutschlands 1990. 1955/56 wurde das Grenzdurchgangslager Friedland (Niedersachsen) nach den Bemühungen von Bundeskanzler Konrad Adenauer für die meisten von ihnen ein Tor zur Freiheit. Es vermittelte ihnen das Gefühl, den Fängen der sowjetischen Geheimpolizei endgültig entronnen zu sein. Klaus Bittner, zuständiger Referent im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport, berichtete über die Geschichte des Lagers und seine Bedeutung bis in die Gegenwart. Der Film „Aufbruch, Ankunft, Neubeginn. Grenzdurchgangslager Friedland“ rief mit historischen Aufnahmen bei den ehemaligen Häftlingen Erinnerungen wach. Vielen von ihnen klingt die Friedlandglocke noch heute im Ohr. Unvergessen sind die Schwierigkeiten, nach langer Haft in fremder Umgebung wieder im zivilen Leben Fuß zu fassen. Die Jahre 1989/1990 bedeuteten für sie, dass

sie sich nach vielen Jahren der Trennung endlich grenzüberschreitend als Haftkameraden wieder begegnen konnten. Die seitdem stattfindenden Jahrestagungen bieten die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch und zur Diskussion über die Aufarbeitung kommunistischer Gewaltherrschaft.

„Freiheit braucht Verantwortung". Das betonte die aus Merseburg stammende Bundesbildungsministerin Prof. Dr. Johanna Wanka in ihrem Vortrag zum Auftakt der Jahrestagung. Sie verwies darauf, dass Bildung mehr ist als nur eine Anhäufung von Wissen, sondern auch die Vermittlung von Erfahrungen und die Verdeutlichung politischer Prozesse beinhalten sollte. Die Übernahme von Verantwortung eines jeden Menschen sei neben den im Grundgesetz beschriebenen Werten und einer alle verbindenden Moral ein Garant für Freiheit.

Landtagspräsident Detlef Gürth hieß die Tagungsteilnehmenden in Sachsen-Anhalt willkommen und betonte in seinem sehr persönlichen Grußwort die Unantastbarkeit der Würde des Menschen. Er wies auf die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit diesem Teil deutscher Geschichte für die Existenz von Toleranz und Solidarität in unserer Gesellschaft hin. Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff dankte den ehemaligen Häftlingen für ihr Engagement als Zeitzeuginnen und Zeitzeugen und würdigte sie als unentbehrliche Chronisten der Geschichte. Er nahm sich viel Zeit für die Fragen der Teilnehmenden. Dazu gehörte die Anregung eines Mithäftlings, den ehemaligen Landesbediensteten und Juristen Dr. Joachim Anders aus Schkopau, der 1947 verhaftet und 1949 wegen angeblicher Spionage zu 25 Jahren Besserungsarbeitslager verurteilt wurde, zu würdigen. Er starb im Mai 1952 im Lagerkomplex Taischet (Sibirien) an Schussverletzungen, nachdem er versehentlich die Grenze des Arbeitsbereiches seiner Baumfällerbrigade überschritten hatte. Die Familie erfuhr durch Mithäftlinge von seinem Tod und floh anschließend aus der DDR in die Bundesrepublik. Die Rehabilitierung Dr. Anders' durch die Russische Föderation erfolgte 1993. Noch heute pflegen Einwohner der Region Irkutsk sein Grab. Der Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt Dr. Kai Langer lobte in seinem Grußwort den Einsatz von Angehörigen der Lagergemeinschaft, wie zum Beispiel Dr. Horst Hennig, für den Aufbau der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale), und auch ihren Beitrag als Zeitzeugen.

Ein Thema der Jahrestagung waren die schweren Arbeitsbedingungen unter den extremen klimatischen Bedingungen in Workuta und die hieraus resultierenden, bis heute andauernden gesundheitlichen Folgeschäden. Die versorgungsrechtliche Anerken-

Besuch der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg, 6. Juni 2015

nung liegt im Durchschnitt nur bei 10 %. Eine der Ursachen für die geringe Quote ist in der gesetzlichen Grundlage begründet. Die Anträge werden nach dem Bundesversorgungsgesetz beschieden. Dort muss die Herkunft der Beschwerden aus der Haftzeit zweifelsfrei nachgewiesen werden. Das ist nach 60 und mehr Jahren aus verschiedenen Gründen kaum mehr möglich. Die ehemaligen Häftlinge fordern deshalb analog zu den Opfern des Nationalsozialismus, die unter ähnlichen Haftbedingungen zu leiden hatten, die Anwendung des Bundesentschädigungsgesetzes. Denn in diesem wird ein Gesundheitsschaden nach einer Haftzeit von mehr als einem halben Jahr als ursächlich in den Bedingungen der Haft vorausgesetzt.

Wie nah den Betroffenen die Erinnerung an die Leidenszeit auch heute noch geht, zeigte sich bei der Präsentation der Dokumentation „Die letzten Zeugen des GULags“ (Regie: Dean Cáceres und Lars Henze), die unter anderem den 90jährigen Sprecher der Lagergemeinschaft Horst Schüler zu Wort kommen ließ. Der Film zeigte neben den deutschen auch viele russische Leidensgenossen und machte deutlich, dass diese Schreckensgeschichte, die mit Lenin ihren Anfang nahm, in der europäischen Gedächtniskultur unbedingt einen Platz haben muss. Er löste bei den Zuschauenden eine große Betroffenheit aus, die manchem die Tränen in die Augen

trieb. Sehr deutlich wurde, dass es nicht selbstverständlich ist und sie viel Kraft kostet, wenn die ehemaligen Häftlinge über ihre Erfahrungen sprechen. Dass sie es trotzdem immer wieder tun, ist nicht hoch genug einzuschätzen und wird oft noch zu wenig gewürdigt.

Durch zahlreiche Veröffentlichungen haben die ehemaligen Workuta-Häftlinge immer wieder auf ihr Schicksal und dessen Hintergründe aufmerksam gemacht. Diesmal stellte Prof. Dr. Werner Gumpel seine Biographie „Workuta – Die Stadt der lebenden Toten. Ein Augenzeugenbericht", erschienen 2015 im Universitätsverlag Leipzig, vor. Als Student war er 1950 in Leipzig wegen oppositionellen Verhaltens zu 25 Jahren Besserungs-Arbeitslager verurteilt worden und kam anschließend nach Workuta.

In diesem Jahr besuchten die Tagungsteilnehmenden zudem die Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg. Sie gedachten dort in einer Schweigeminute den Opfern kommunistischer Gewaltherrschaft, nachdem sie durch die Leiterin des Dokumentationszentrums des Bürgerkomitees Ute Gramm in die Geschichte des Dokumentationszentrums eingeführt wurden und Gelegenheit hatten, die Dauerausstellung in der Gedenkstätte zu besichtigen. Seit 1990 widmen sich sowohl das Bürgerkomitee Magdeburg als auch die Gedenkstätte der sowjetischen Repression als einem wichtigen Bezugspunkt ihrer Arbeit. So präsentierte das Bürgerkomitee wiederholt unter Mitwirkung von Zeitzeugen, auch Angehörigen der Lagergemeinschaft, Ausstellungen und Dokumentarfilme zum Thema, wie z.B. zu den sowjetischen Speziallagern in der SBZ und zu Strafarbeitslagern wie Workuta. Auch die seit 2012 gezeigte gemeinsame Dauerausstellung der Gedenkstätte und des Dokumentationszentrums thematisiert die Beziehungen der damaligen Justizhaftanstalt Magdeburg-Neustadt zur sowjetischen Besatzungsmacht, welche auch das Überstellen von Häftlingen umfassten. In zahlreichen Fällen resultierten hieraus Verurteilungen durch Sowjetische Militärtribunale, womöglich auch anschließende Deportationen nach Workuta.

Die Vorbereitung und Durchführung der diesjährigen Jahrestagung wurden von der Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Stasi-Unterlagen Anne Drescher, die sich seit vielen Jahren den durch die Sowjetmacht Repressierten widmet, und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gefördert. Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus in Sachsen-Anhalt e.V., die Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg und das Bürgerkomitee Magdeburg e.V. unterstützten die Veranstaltung logistisch. Organisiert wurde sie von Edda Ahrberg, der ehemaligen Landesbeauftragten

Gedenkveranstaltung im Hof der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg mit Rede von Horst Schüler, Sprecher der Lagergemeinschaft, 6. Juni 2015

für die Stasi-Unterlagen in Sachsen-Anhalt, die auch die Lagergemeinschaft im Beirat der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt vertritt.

Die Mitglieder der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion sind bereit, sich der Verantwortung für den Erhalt von Freiheit und Demokratie zu stellen. Die Tatsache, dass sich neben einer Bundesministerin der Landtagspräsident und der Ministerpräsident trotz ihres engen Terminkalenders Zeit nahmen, sie willkommen zu heißen und ihnen zuzuhören, schätzen sie hoch ein. Angesichts ihres fortgeschrittenen Alters versuchen sie, ihre Erfahrungen und ihr Wissen den nachkommenden Generationen zu vermitteln. Die konkrete Umsetzung wird eines der Themen sein, die bei dem Treffen im Juni des kommenden Jahres in Schwerin auf der Tagesordnung stehen. Während der diesjährigen Veranstaltung beschlossen die Kinder ehemaliger Häftlinge, zu denen auch die Hinterbliebenen von zum Tode Verurteilten gehören, in Verbindung zu bleiben und ihre eigenen Erfahrungen als „zweite Generation“ in die Lagergemeinschaft einzubringen. Einen Anfang machte Stefan Krikowski mit der Einrichtung und Pflege der Internetseite www.workuta.de.

Aus der Arbeit der Stiftung

Zur Person des neuen Leiters der Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen

Kai Langer

Seit September 2015 leitet Andreas Froese-Karow die Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen. Nachdem die Trägerschaft für diesen Gedenkort im Mai 2015 an die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt übergegangen war, hatte der Stiftungsrat den aus Ravensburg stammenden Historiker im Juni zu ihrem ersten Leiter gewählt.
Herr Froese-Karow studierte Geschichte, Politik und Volkswirtschaftslehre an der Universität Konstanz, der Università La Sapienza in Rom und der Karls-Universität Prag. Schon im Geschichtsstudium widmete er sich mehreren historischen Epochen: Er wirkte u. a. an antiken archäologischen Ausgrabungen in Rumänien mit, war wissenschaftliche Hilfskraft und studentischer Tutor für die mittelalterliche Geschichte und spezialisierte sich schließlich auf die neuere europäische Geschichte. Insbesondere setzte er sich mit der Geschichte des Nationalsozialismus auseinander und arbeitete u. a. an einem Ausstellungsprojekt zur Geschichte der Zwangsarbeit in der NS-Rüstungsindustrie am Bodensee mit.
Besonders wichtig war es ihm im Studium, den sprachlichen, historischen und politischen Zugang zugleich nach West- und nach Osteuropa auszubauen. Nach mehreren Sprachaufenthalten in Frankreich, Italien, Polen und Tschechien engagierte er sich im Studium für die deutsch-polnische und die deutsch-tschechische Zusammenarbeit. Ein weiteres zentrales Anliegen war ihm die öffentliche Vermittlung von Geschichte über Medien, pädagogische Projekte und Ausstellungen. Dafür nutzte er auch seine Arbeitserfahrungen bei verschiedenen Print- und Onlinemedien und arbeitete in bundesweiten und regionalen Geschichtsverbänden mit.
Seinem Magisterstudium schloss Herr Froese-Karow ein Promotionsstudium an den Universitäten Konstanz und Prag an. Er verfasste eine Dissertation zur Geschichte des zwischenkriegszeitlichen Antisemitismus in den Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie zwischen 1918 und 1939. Darin beschäftigte er sich im europäischen Vergleich mit den Kontinuitäten und Veränderungen von Vorurteilen, Ausgrenzung und Gewalt gegen soziale Gruppen während gesellschaftlicher Krisen- und Umbruchssitu-

Andreas Froese-Karow, Aufnahme 2015

ationen. Parallel zur wissenschaftlichen Forschung, die ihn zu Archivreisen in mehrere ostmitteleuropäische Länder führte, führte er Lehrveranstaltungen und Exkursionen zu NS-Gedenkstätten in Deutschland, Österreich, Polen und Tschechien durch, die sich in vergleichender Perspektive mit europäischen Gedenk- und Erinnerungskulturen an den Nationalsozialismus auseinandersetzten.

Da ihn vor allem die Gedenk- und Bildungsarbeit in Gedenkstätten reizte, entschloss er sich zu einem wissenschaftlichen Volontariat bei der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora. In der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora organisierte er die Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, Tagungen und öffentliche Veranstaltungen. Er arbeitete in Ausstellungs- und Publikationsprojekten mit, führte Besuchergruppen durch die Gedenkstätte, leitete pädagogische Seminare für Schulklassen und Erwachsene und begleitete Überlebende mit ihren Familien bei ihren Gedenkstättenbesuchen. Auch das Massaker von Gardelegen war thematischer Bestandteil eines Seminars zu den Todesmärschen, das Herr Froese-Karow gemeinsam mit pädagogischen Kolleginnen und Kollegen der Gedenkstätten Mittelbau-Dora und Bergen-Belsen konzipierte. Die Begegnungen mit Überlebenden des KZ Mittelbau-Dora und mit Angehörigen ehemaliger KZ-Häftlinge aus vielen europäischen Ländern haben ihn nachhaltig geprägt und

sein Interesse für die Gedenk- und Erinnerungsarbeit im europaweiten Blickwinkel weiter verstärkt.

Herr Froese-Karow engagiert sich ehrenamtlich im Verein Jugend für Dora e. V., der für sein Gedenkprojekt „Fahnen der Erinnerung" zur Erinnerung an die Außenlager des KZ Mittelbau-Dora mit dem ersten Anerkennungspreis des Thüringer Demokratiepreises 2015 ausgezeichnet wurde. Zudem rief er die Arbeitsgemeinschaft der wissenschaftlichen Volontärinnen und Volontäre in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt (AG Volontariat ThüSanSa) ins Leben, deren Gründungssprecher er bis zum Ende seines Volontariats war.

Direkt nach seinem wissenschaftlichen Volontariat wechselte Herr Froese-Karow zur Stiftung Topographie des Terrors nach Berlin. Dort kuratierte er als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit im Auftrag des Auswärtigen Amtes eine Dauerausstellung zur Geschichte der Italienischen Militärinternierten. Bei seinen Begegnungen mit Überlebenden, ihren Angehörigen und Hinterbliebenenverbänden in Italien ging er auch der Frage nach, wie sich die Erinnerung an die NS-Geschichte in den nachfolgenden Generationen bis heute und zukünftig weiterentwickelt.

Für seine neue Tätigkeit als Leiter der Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen wechselte Herr Froese-Karow nun zur Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt. Seine Arbeitserfahrung im Gedenkstättenbereich und seine inhaltliche Verbundenheit mit der Geschichte des Massakers von Gardelegen möchte der neue Leiter gewinnbringend für die zukünftige Entwicklung der Gedenkstätte und die Erforschung des historischen Ortes einsetzen. In der geplanten Dauerausstellung und in pädagogischen Angeboten will er auch überregionale Verbindungslinien der Geschichte der Todesmärsche, Fragen nach (Mit-)Täterschaften im Nationalsozialismus und die nachkriegszeitliche Erinnerungskultur thematisieren. Das neue Besucher- und Dokumentationszentrum soll der vielseitigen Bedeutung der Gedenkstätte als Besuchs-, Lern-, Erinnerungs- und Begegnungsort gerecht werden. Zugleich soll der Ort weiterhin den Opfern ein würdiges Andenken bewahren und sowohl lokal als auch überregional im öffentlichen Bewusstsein verankert sein.

Geschichte und Gegenwart des Prettiner Stadtparks – ein internationales Workcamp in Prettin, vol. II

Anja Ahner

Arbeiten und lernen im Urlaub – passt das zusammen? 13 Menschen aus sieben Ländern haben sich diesen Sommer dafür entschieden, im Rahmen eines internationalen Workcamps Freiwilligenarbeit zu leisten, zwei Wochen lang zusammen zu wohnen, einen Stadtpark zu restaurieren und über die NS-Zeit zu lernen. Organisiert wurde das Projekt von der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin in Kooperation mit der internationalen Friedensorganisation Service Civil International und der Stadt Annaburg. Gefördert wurde das Projekt „Geschichte und Gegenwart des Prettiner Stadtparks – Ein internationales Workcamp in Prettin, vol. II“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ sowie durch das Land Sachsen-Anhalt. Aufgabe der Autorin dieses Beitrages war es, als Campleiterin die Gruppe zu koordinieren.

Am 8. August 2015 ging es los. Mit viel Gepäck kamen die zwölf Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Touristenzentrum in Prettin, Landkreis Wittenberg, an. Dort erwartete sie ein idyllischer Campingplatz mit Badesee und vielen Sportmöglichkeiten wie Volleyball, Boot fahren, Minigolf und Kegeln. Ein riesiges Zelt war von der Pretttiner Feuerwehr bereitgestellt und für die Gruppe aufgebaut worden und jeder bekam von der Stadt Annaburg ein eigenes Fahrrad für die kommenden zwei Wochen gestellt. In den ersten Tagen sollten sich die Teilnehmenden aus der Türkei, aus Spanien, Russland, Tschechien, Deutschland, Italien und Frankeich gegenseitig kennen lernen. Es war eine bunt gemischte Gruppe mit unterschiedlichen Persönlichkeiten und einer Altersspanne von 17 bis 58 Jahren. Schon bald hatten alle ihre Angst vor dem Englischsprechen abgelegt und sind zu einer Gruppe zusammen gewachsen.

Die ersten entspannten Tage, die vor allem auch dem Kennenlernen der Stadt dienten, waren schnell vorbei. Es folgte der erste Teil des sogenannten Studienteils *(Study part)*. Das heißt, es stand Geschichtsunterricht an. Doch die Teilnehmenden fanden sofort heraus, dass dies mit eintönigen Geschichtsvorlesungen nichts gemeinsam hatte. Vielmehr durfte die Gruppe in Eigenregie die Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin erkunden und so Geschichte entdecken. Viele waren vorher noch nie in einer KZ-Gedenkstätte gewesen

Spurensuche im Renaissanceschloss Lichtenburg als Teil eines Projekttages in der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin, August 2015

und zeigten großes Interesse. Außerdem bekamen wir von Melanie Engler, Leiterin der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin, eine interessante Führung, in der sie darauf Wert legte, Einzelschicksale darzulegen. Abschließend beschäftigten sich die Workcamp-Teilnehmenden in Kleingruppen mit einzelnen Biografien von Gefangenen. Auch nach der Führung wurde noch lange diskutiert und am Ende des Tages waren alle berührt.

Auch unsere praktische Arbeit *(Working part)* war mit der Geschichte des Nationalsozialismus verbunden. In Prettin befindet sich ein Stadtpark, der in den Jahren 1935 und 1936 von Häftlingen des Konzentrationslagers Lichtenburg erbaut wurde. Nachdem der Stadtpark im vergangenen Jahr im Rahmen eines internationalen Workcamps zu einem „Park der Begegnung" umgewidmet worden war[1], bestand unsere Aufgabe in diesem Jahr darin, den Park zu pflegen und für die Bewohnerinnen und Bewohner Prettins – im Sinne seiner Umwidmung – attraktiver zu machen. Alle Teilnehmenden waren vom ersten Tag an sehr motiviert, so dass wir bis zu sechs Stunden täglich arbeiteten. Es stand zunächst viel Gartenarbeit an. Künstlerisch begabte Frauen bemalten eine Sitzgruppe des Parks: Spielbretter für Schach und Mensch-ärgere-dich-nicht laden nun zu Begegnungen ein. Zu unserer Hauptaufgabe wurde der Brunnen, der in der Mitte des Parks errichtet worden war. Seit Jahren außer Betrieb, sollten wir ihn gründlich von

Der sprudelnde Brunnen im „Park der Begegnung“ während der öffentlichen Abschlussveranstaltung am 21. August 2015

außen und innen reinigen und so wieder funktionstüchtig machen. Zunächst haben wir ihn von Moos, Unkraut und zahlreichem Unrat befreit und anschließend dann innen und außen gestrichen. Am Ende bekamen wir noch Hilfe von ortsansässigen Technikern.
Und: im Rahmen einer öffentlichen Abschlussveranstaltung am 21. August 2015 konnten wir interessierten Gästen unsere Projektergebnisse präsentieren und die Fontänen des Brunnens funktionierten wieder! Ein tolles Erlebnis für alle Freiwilligen!
Doch da war auch noch sehr viel mehr außer arbeiten und lernen. Das Workcamp bot uns viele spannende Freizeitaktivitäten, die von Fahrradfahren rund um den Badesee, über Volleyballspielen bis hin zu Picknicken reichten. Am Montag, dem 17. August unternahmen wir auch eine Städtetour in die Lutherstadt Wittenberg. Dort lud uns Jürgen Dannenberg, Landrat des Landkreises Wittenberg, zu sich ins Landratsamt ein. Er interessierte sich für die Beweggründe der Teilnehmenden, ein Workcamp in Prettin zu besuchen. Zur Sprache gebracht wurden u.a. die reizvolle Elblandschaft, das Interesse an deutscher Geschichte und auch der Wunsch, eine Alternative zur typischen Touristenreise zu finden, um die Kultur eines Landes intensiv kennenzulernen und nicht nur oberflächlich mit Einheimischen in Kontakt zu treten. Viele Freiwillige gaben als Motivation auch an, gern mit Menschen aus anderen Nationen zusammen zu kommen und

internationale Freundschaften schließen zu können. Im Anschluss an das Gespräch mit dem Landrat konnten wir die Stadt erkunden. Der 58-jährige Teilnehmer Franco aus Italien hatte sich dazu bereit erklärt, selbst eine Stadtführung vorzubereiten und berichtete den anderen unter anderem von Martin Luther, seinem Thesenanschlag an der Wittenberger Schlosskirche und der damit verbundenen Reformation. Die restlichen Teilnehmenden waren sehr dankbar für diese Stadtführung.

Ein weiteres Highlight des Workcamps war die Teilnahme am Drachenbootrennen, organisiert von den Wasserwanderfreunden Prettin. An diesem Kanutenfest traten wir gegen unterschiedliche Teams aus Prettin und Umgebung an. Zu vierzehnt mussten wir 200 Meter mit dem Drachenboot auf der Elbe zurücklegen. Wir rechneten uns wenige Chancen aus, den Wettbewerb zu gewinnen, schließlich hatten wir gerade einmal ein Training absolviert. Abends jedoch, als die Siegerehrung anstand, bekamen wir für den dritten Platz in der Kategorie Frauen sogar einen Pokal überreicht.

Wir wurden von den Bewohnerinnen und Bewohnern herzlich aufgenommen und haben gemeinsam mit ihnen unseren Sieg gefeiert. Oft waren wir vom Engagement der Prettiner Bevölkerung erstaunt. Wir bekamen Führungen durch die Stadt Prettin sowie durch das Museum Schloss Lichtenburg und wurden mit einem Frühstück im Rathaus der Stadt begrüßt. Zudem konnten wir stets auf die Unterstützung der Prettiner Ortsbürgermeisterin Helga Welz bauen, die sehr um den Kontakt zu den internationalen Teilnehmerinnen und Teilnehmern bemüht war. Im Rahmen der öffentlichen Abschlussveranstaltung überreichte sie uns als Dankeschön Gastgeschenke mit Produkten und Souvenirs aus Prettin.

Mit so viel Programm vergingen die 14 Tage wie im Flug. Unbekannte sind zu Freunden geworden, von denen sich manche in ihren Ländern wieder besuchen werden. Alle haben internationale Bekanntschaften gemacht und kennen nun Leute auf der ganzen Welt. Dank des Projekts konnten Vorurteile abgebaut, neue Kulturen kennengelernt und andere Erfahrungen gemacht werden. Es waren sehr intensive Tage, an die sich die Workcampteilnehmenden wohl noch in ein paar Jahren erinnern werden. Diese dreizehn Menschen, die sich in ihrer Freizeit für Lernen und Arbeiten entschieden haben, haben am Ende ihres Sommers auf jeden Fall etwas zu erzählen.

Anmerkungen

1 Vgl. dazu Engler, Melanie: Geschichte und Gegenwart des Prettiner Stadtparks – Ein internationales Workcamp in Prettin, In: Erinnern! Aufgabe, Chance, Herausforderung, Nr. 2/2014, S.76–80.

Die singende Revolution. Filmpräsentation im Puschkino Halle anlässlich des 76. Jahrestages des Hitler-Stalin-Paktes

André Gursky

In einer Kooperationsveranstaltung der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) mit dem Zeit-Geschichte(n) e.V. – Verein für erlebte Geschichte und der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt präsentierte das Puschkino Halle am 20. August 2015 den Dokumentarfilm „Die singende Revolution“[1]. Der 95minütige Film beschreibt den langen Weg zur Wiedererlangung der Unabhängigkeit Estlands.

Einleitend sprach die estnische Botschafterin Frau Dr. Kaja Tael ein Grußwort und ging auf ihre eigenen Erfahrungen aus der Zeit des Zusammenbruchs der Sowjetunion und der Erlangung der Unabhängigkeit Estlands ein. Zum besseren Verständnis der beeindruckenden Filmpräsentation gab anschließend Dr. David Feest vom Nordost-Institut[2] der Universität Hamburg einen kurzen Überblick auf die Geschichte der baltischen Länder. Die Gewalterfahrungen und Erinnerungen der baltischen Bevölkerung korrespondieren, so Feest, nicht mit dem Kriegsausbruch am 1. September 1939, sondern bereits mit dem Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939. Die Übereinkunft der Diktatoren ließ die Menschen in Ostmitteleuropa die nationalsozialistische und die stalinistisch-kommunistische Diktatur als eng verwandt erscheinen. Faktisch, so das ernüchternde Fazit, löste nur die eine Besatzungsmacht die andere ab. Für das Geschichtsverständnis von Westeuropäern habe eine solche Verschiebung der Periodisierung in der Regel etwas Verstörendes. Dennoch: Viele Menschen in Ostmitteleuropa erlebten den Wechsel der Regime nicht als klaren Bruch, sondern als fortgesetzte Okkupationsgeschichte. Die Ordnungssysteme, in die die Regime die unterworfene Bevölkerung zwangen, wiesen inhaltlich größere Gemeinsamkeiten auf, als es der ideologische Gegensatz vermuten lassen würde.

Die Filmpräsentation besticht vor allem durch Authentizität. Die Sängerfeste für nationale Identität haben im Baltikum eine sehr lange Tradition. Seit Glasnost (Offenheit) und Perestroika (Umbau) nahmen die Demokratisierungs- und Föderalisierungsbemühungen im Baltikum zu, was anfangs von Moskau toleriert wurde. Im Sommer 1988

kamen 300.000 Menschen zu einem Sängerfest ins estnische Tallin, um für Einigkeit und Unabhängigkeit zu demonstrieren. Am 23. August 1989, dem 50. Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes, bildeten mehr als 2 Millionen Menschen eine 650 Kilometer lange Menschenkette durch die drei baltischen Staaten. Diese Aktion, über die der Dokumentarfilm „Die singende Revolution“ berichtet, machte den „baltischen Weg“ der Unabhängigkeitsbestrebungen in der ganzen Welt bekannt.

Anmerkungen

1 “The Singing Revolution”, USA 2006, directed by James Tusty and Maureen Castle Tusty, produced by Bestor Cram, Artur Talvik and Piret Tibbo-Hudgins.
Vgl. http://www.baltictimes.com/news/articles/17267/ (6. 10. 2015);
http://www.imdb.com/title/tt0954008 (6. 10. 2015).

2 NORDOSTINSTITUT – Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa e. V. (IKGN) an der Universität Hamburg.

Zeitzeugen, Vertreter von Politik und Gesellschaft sowie Schülerinnen und Schüler des Norbertus-Gymnasiums Magdeburg während der Gedenkveranstaltung im Innenhof der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg, 17. Juni 2015

Veranstaltungen zum Gedenken an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 – Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg

Frank Stucke

Ein thematischer Schwerpunkt der Veranstaltungsplanung und Bildungsarbeit der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg war auch 2015 der Volksaufstand vom 17. Juni 1953, der sich in diesem Jahr zum 62. Mal jährte. Der Umstand, dass der Volksaufstand und seine Niederschlagung symbolhaft für die Unterdrückung der DDR-Bürger durch das SED-Regime, aber auch für die Ablehnung des Systems durch unzählige Bürger und ihr Eintreten für Freiheit stehen, rückt dieses Ereignis regelmäßig in den Mittelpunkt der pädagogischen Arbeit der Gedenkstätte. Zudem gehört der Gebäudekomplex der früheren Untersuchungshaftanstalt Magdeburg-Neustadt als Sitz der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg zu den maßgeblichen Schauplätzen der Ereignisse des 17. Juni 1953 in Magdeburg: Die Elbestadt war neben Halle und Leipzig eines der Zentren der Volkserhebung in Mitteldeutschland. In Magdeburg streikten und demonstrierten am

17. Juni zehntausende Arbeiter, Angestellte und Gewerbetreibende, forderten gegenüber den Spitzen von Stadtverwaltung, Volkspolizei, SED und Gewerkschaften u. a. die Gewährleistung ihrer in der Verfassung garantierten Grundrechte und die Freilassung der politischen Gefangenen. Als die sowjetische Besatzungsmacht im Stadtzentrum bereits u.a. mit Panzern die Straßen von Demonstranten beräumte, stürmten letztere am Nachmittag des 17. Juni nach Ablauf eines Ultimatums die Untersuchungshaftanstalt Magdeburg-Neustadt: 221 Gefangene, darunter unzählige aus politischen Gründen Inhaftierte, konnten befreit werden.

Mit Veranstaltungen und Projekten zu den Ereignissen des 17. Juni 1953 erinnert die Gedenkstätte regelmäßig an den Mut der Bürger zu ihrem Eintreten für Freiheit, Demokratie und die Einheit Deutschlands, aber auch an die Opfer der Niederschlagung des Volksaufstandes, insbesondere an die am 17. Juni 1953 Getöteten sowie an die von der Besatzungsmacht und der DDR-Justiz Abgeurteilten und z. T. auch Hingerichteten. In diesem Jahr fand die öffentliche Gedenkfeier im Innenhof der Gedenkstätte statt, bei der Stiftungsdirektor Dr. Kai Langer, Gedenkstättenleiter Daniel Bohse und Herr Rudolf Evers als Vertreter der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. Worte des Gedenken an die Anwesenden richteten. Die Veranstaltung war eingebettet in einen Projekttag mit 52 Schülerinnen und Schülern der Klassenstufe 10 des Norbertus-Gymnasiums Magdeburg. Diese hatten sich bereits im Rahmen des Geschichtsunterrichtes mit dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 auseinandergesetzt. Sie nutzten den Gedenkstättenbesuch dazu, sich über die speziellen Ereignisse in Magdeburg und am historischen Ort, der damals gestürmten Untersuchungshaftanstalt Magdeburg-Neustadt, zu informieren. Letzteres erfolgte im Rahmen einer thematischen Führung zur „Erstürmung der Haftanstalt am 17. Juni 1953“ und anschließendem Auswertungsgespräch im Vorfeld der Gedenkveranstaltung.

Im Anschluss an die Gedenkveranstaltung stand den Schülerinnen und Schülern der Zeitzeuge Hans-Jürgen Wolff, der die Ereignisse des 17. Juni 1953 in Magdeburg als Jugendlicher erlebt hatte, in einem von Dr. Frank Stucke moderierten Gespräch zur Verfügung. Hans-Jürgen Wolff schilderte dabei seine Jugenderlebnisse in den Nachkriegsjahren und in der DDR der 1950er Jahre, als er in Magdeburg aufwuchs und im väterlichen Betrieb den Beruf des Gas- und Wasserinstallateurs erlernte. Eine große Zäsur in seinem Leben war der spontane Umzug nach Bremerhaven auf Grund der politischen und wirtschaftlichen Situation in der DDR. Insbesondere die Ereignisse beim

Volksaufstand am 17.Juni 1953, bei denen es in Magdeburg zu schweren Auseinandersetzungen kam und seine Mutter und sowie Bekannte vorübergehend verhaftet wurden, hatten bei ihm zum Entschluss geführt, in den Westen zu gehen. Mit zahlreichen Fragen der Schüler und Schülerinnen an den Zeitzeugen, ging der Projekttag erfolgreich zu Ende.

„The Sound of Unity – 25 Jahre Deutsche Einheit“

Matthias Ohms, Daniel Bohse

Das Jubiläum „25 Jahre Deutsche Einheit“ war in diesem Jahr nicht nur Thema mehrerer Sonderausstellungen und Veranstaltungen der Gedenkstätten Deutsche Teilung Marienborn, Moritzplatz Magdeburg und ROTER OCHSE Halle (Saale). Es bildete zudem im September 2015 als Kooperationsprojekt aller drei Gedenkstätten den Bezugspunkt zweier Konzerte.

Der aus Frankreich stammende Pianist Johann Blanchard und der Magdeburger Konzertviolinist Sven Stucke kamen 2014 auf die Stiftung Gedenkstätten zu und berichteten von einem besonderen Projekt, bei welchen sie die Unterstützung der Gedenkstättenstiftung benötigten. Ihre Idee war, Bilder und Filmsequenzen der deutsch-deutschen Teilungsgeschichte kunstvoll mit klassischer Musik zu unterlegen, und damit die Bedeutung und Wirkungen von Bildern und Bildsequenzen sowie der Musik zu verstärken, ähnlich wie in einem Stummfilm. In Kooperation mit den drei Gedenkstätten ROTER OCHSE Halle (Saale), Moritzplatz Magdeburg und Deutsche Teilung Marienborn wurden entsprechende Materialien aus den Ausstellungen der Einrichtungen herausgesucht und von den Künstlern zu einer Gesamtkomposition zusammengefügt. Untermalt wurden diese Sequenzen mit musikalischen Auszügen aus bekannten Stücken unter anderem von Lera Auerbach, Maurice Ravel, Robert Schumann und Ludwig van Beethoven. Die mehrfach prämierten jungen Künstler schufen daraus eine einmalige Symbiose aus Musik und Videoinstallation.

Premiere feierte „The Sound of Unity“ bereits am 11. April 2015 in New York City. Gemeinsam mit dem deutschen Generalkonsulat konnten die beiden Künstler dieses Festkonzert dem vor allem deutschstämmigen Publikum der US-amerikanischen Ostküstenmetropole präsentieren und erinnerten an die deutsche Teilungs- und Wiedervereinigungsgeschichte.

Die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt veranstaltete das erste der beiden Festkonzerte anlässlich des 25. Jahrestages der deutschen Wiedervereinigung am 12. September 2015. Mehr als 350 Gäste wohnten dem Konzert in der gut gefüllten Konzerthalle „Georg Philipp Telemann“ im Kloster unserer lieben Frauen in Magdeburg bei.

Sven Stucke und Johann Blanchard während des Konzerts im Kloster unserer lieben Frauen, 12. September 2015.

Für die Vorführung in Magdeburg wurde von der Stiftung Gedenkstätten bewusst der 12. September 2015 gewählt, der Tag des sogenannten Zwei-plus-Vier-Vertrages. In der Erinnerung an das entscheidende Jahr 1990 sind bei den meisten Deutschen und vor allem den ehemaligen DDR-Bürgern neben der Einheitsfeier in Berlin vom 2. auf den 3. Oktober die erste und einzige freie Volkskammerwahl im März 1990 und die Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion am 1. Juli des Jahres geblieben. Auf dem Weg zur deutschen Wiedervereinigung und der Erlangung einer gesamtstaatlichen Souveränität waren jedoch Verhandlungen mit den vier alliierten Siegermächten des Zweiten Weltkriegs, Frankreich, Großbritannien, USA und Sowjetunion unerlässlich. Diese Verhandlungen, die zum ersten Mal in der deutschen Nachkriegsgeschichte gemeinsam mit beiden deutschen Staaten und den vier alliierten Mächten durchgeführt wurden, führten am 12. September 1990 zur Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrages. Dem wiedervereinigten Deutschland wurde damit die vollständige innen- und außenpolitische Souveränität garantiert.

Nach der Eröffnung der Veranstaltung durch den kommissarischen Leiter der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn Matthias Ohms richtete der langjährige Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg Dr. Wilhelm Polte das Grußwort an die Veranstaltungs-

gäste. In den folgenden siebzig Minuten des Konzertes schafften es die beiden Künstler, die Besucherinnen und Besucher in ihren Bann zu ziehen und mit der Kombination aus Seh- und Klangerlebnis zu begeistern.

Erneut zur Aufführung kam „The Sound of Unity – 25 Jahre Deutsche Einheit“ am 29. September 2015 in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Union in Brüssel. Es stand im Mittelpunkt einer Veranstaltung der Landesvertretung in Kooperation mit der Stiftung Gedenkstätten-Sachsen-Anhalt zum 25. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung. Dem Konzert gingen Redebeiträge der Ministerin für Justiz und Gleichstellung, Prof. Dr. Angela Kolb, und des deutschen Botschafters beim Königreich Belgien, Rüdiger Lüdeking, voraus. Frau Ministerin Kolb stellte das Zusammenwachsen in Deutschland und Europa in den Mittelpunkt ihrer Begrüßungsrede. Sie hob jedoch auch darauf ab, dass aktuell in Europa, um Flüchtlinge fernzuhalten, die Wiedererrichtung von Grenzen diskutiert werde.

Das Konzert in der Landesvertretung in Brüssel stellte zugleich das dritte Kooperationsprojekt der Stiftung Gedenkstätten und der Landesvertretung dar. Nachdem die Stiftung Gedenkstätten von Oktober bis Dezember 2013 in Brüssel die Wanderausstellung „Justiz im Nationalsozialismus. Über Verbrechen im Namen des Deutschen Volkes – Sachsen-Anhalt“ und ein Jahr später im Kontext des 25. Jahrestages der Friedlichen Revolution in der DDR die Wanderausstellung „Von Deutschland nach Deutschland – Flucht und Ausreise aus der SBZ/DDR“ zeigte, konnte mit dem Konzert von Sven Stucke und Johann Blanchard nun erstmals ein Projekt präsentiert werden, in dem historische Zusammenhänge künstlerisch verarbeitet wurden. Wie Verwaltungsleiter Andre Merten als Repräsentant der Stiftung Gedenkstätten erleben durfte, waren die rund 120 Gäste der Veranstaltung sehr angetan von der Darbietung und somit auch von der Umsetzung einer Idee, wie sie die beiden Künstler 2014 noch unter dem Projekttitel „exhibits in concert“ mit Unterstützung der Stiftung entwickelt hatten.

Umgestalteter Hofbereich der ehemaligen JVA Magdeburg-Sudenburg, 18. Juli 2015

Kunst und Kultur, aber auch Erinnern an einem schwierigen historischen Ort. Das Festival „Sinnlichkeit“ in der ehemaligen Justizvollzugsanstalt Magdeburg-Sudenburg

Daniel Bohse, Michael Viebig

Nachdem der Verein Kultur Anker e. V. in den vergangenen Jahren in Magdeburg bereits ein ehemaliges Industriegebäude in der Alten Neustadt und das frühere Altstädtische Krankenhaus für jeweils mehrmonatige Kunst- und Kulturfestivals genutzt hatte, erweckte er hierfür in diesem Jahr die seit 2013 geschlossene Justizvollzugsanstalt (JVA) Magdeburg-Sudenburg aus ihrem „Dornröschenschlaf“. Als Motto für das vom 8. Juni bis zum 20. September 2015 an insgesamt 16 Wochenenden veranstaltete Festival, das über 20.000 Besucher anzog, hatten sich die Veranstalter „SINNLICHKEIT“ erwählt. Konkret zielte es auf „die neue Sinnlichkeit in der zeitgenössischen Kunst“. Über 200 Künstler aus dem In- und Ausland hatten in beiden Hafthäusern die Zellen mit Installationen, Malerei, Foto- und Videokunst sowie mit Skulpturen gestaltet. Ein Teil

der Künstler setzte sich in den präsentierten Werken direkt mit dem historischen Ort bzw. mit dem Themen Gefangensein und Freiheit auseinander. Für die Zeit des Festivals wurde auch das gesamte Außengelände umgestaltet, u.a. zuvor kahle Höfe in grüne Oasen verwandelt. An den Wochenenden, an denen die frühere Haftanstalt für Besucher geöffnet war, bot sich diesen getreu dem Motto SINNLICHKEIT zudem ein breites Programm u.a. mit Konzerten, Theater, Literatur, Performances, Workshops, Messen und Partys.

Zusammen mit Dr. Jürgen Martini, Ulrike Groß (BStU-Außenstelle Magdeburg), Kimberley Kirchmann (FH Magdeburg-Stendal) sowie einer Gruppe Studierender der Fachhochschule Merseburg unter Leitung von Dr. Karsten Steinmetz (Kultur Anker e.V.) hatten Daniel Bohse und Paul Perschke (FSJ Politik) von der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg zudem seit März 2015 an einer für die gesamte Zeit des Festivals zu präsentierenden Ausstellung gearbeitet.[1] Unter dem Titel „Spurensuche“ informierte die Ausstellung über den historischen Ort sowie über dort während des „Dritten Reichs“, der sowjetischen Besatzungszeit nach Ende des Zweiten Weltkriegs und in der DDR aus politischen und rassisch/religiösen Gründen Inhaftierten. Zudem sollte sie die Besucher einladen, mit diesem Wissen den historischen Ort bewusst zu entdecken und sie neugierig zu machen auf einen Besuch der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg und der Wanderausstellung „Justiz im Nationalsozialismus: Über Verbrechen im Namen des Deutschen Volkes – Sachsen-Anhalt“. Die Inhalte einer im zentralen unteren Flurbereich des großen Zellentraktes aufgestellten, von den Künstlern Kimberley Kirchmann und Nadine Janetzky gestalteten Säule gaben einen Einblick in die Nutzungsgeschichte der Haftanstalt vom Kaiserreich bis zum Ende der DDR und stellten deren Bezüge zu verschiedenen Repressionsapparaten – der Gestapo, den Sondergerichten und dem Volksgerichtshof, den sowjetischen Geheimdiensten und dem DDR-Staatssicherheitsdienst (MfS) – heraus. Letzterer hatte schließlich das kleinere Hafthaus des Gefängnisses als Untersuchungshaftanstalt für den Bezirk Magdeburg genutzt, bevor er die Gefangenen im Mai 1958 in die Haftanstalt am Moritzplatz verlegte. Zudem konnten sich die Besucher in den Essensklappen zahlreicher Zellentüren durch dort arrangierte Biografien ausgewählter, in den Ausstellungen der Gedenkstätten ROTER OCHSE Halle (Saale) und Moritzplatz Magdeburg porträtierter ehemaliger Gefangener einen Überblick über verschiedene Gruppen von vormals in der Haftanstalt Sudenburg aus politischen und rassisch/religiösen Gründen Inhaftierten verschaffen. Für Interessierte

bestand die Möglichkeit, sich diese Inhalte im Rahmen des Projekts „Spurensuche“ zu erschließen. Hatte man alle 18 mit Biografien versehenen Essensklappen gefunden und sich zu den gesuchten Porträts die zugehörigen Häftlingsnamen und die Nummer der jeweiligen Zellentür notiert, konnte man an einem Preisausschreiben teilnehmen. Für die Gewinner hatte die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt Buchpreise zur Verfügung gestellt.

Eines der jeweils einem bestimmten Thema gewidmeten Wochenenden sollte sich, so hatten es die Veranstalter gemeinsam mit einer Reihe von engagierten Magdeburgern sowie Vertretern verschiedener Institutionen geplant, auch mit der Geschichte der Haftanstalt sowie allgemein mit dem Thema Haft beschäftigen. In der Vorbereitungsgruppe, die für die Konzeption des Programms und die inhaltliche Ausgestaltung verantwortlich zeichnete, war auch die Gedenkstätte Moritzplatz vertreten. Vom 17. bis 19. Juli 2015 fand das Geschichtswochenende unter dem Motto „Geschichte entfesselt“ statt. Neben vier Ausstellungen bot das Programm den Besuchern auch 13 Veranstaltungen, darunter Zeitzeugengespräche und Lesungen mit ehemaligen Untersuchungshäftlingen des MfS sowie Vorträge u.a. zum Thema „Justiz im Nationalsozialismus“. Die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt konnte für ihre Projekte das gesamte 1. Obergeschoss des ehemaligen Anstaltslazaretts nutzen. Dort präsentierte die Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg aus ihrem Sammlungsbestand ein von Strafvollzugsbediensteten gebautes Großmodell der ehemaligen JVA Magdeburg-Sudenburg, das interessanterweise viele Besucher animierte herauszufinden, in welchem Teil des weitläufigen Anstaltsgeländes sie sich eigentlich befanden, und Mutmaßungen darüber anzustellen, wie trist der Gebäudekomplex vor seiner Umnutzung wohl gewirkt haben musste. Daneben fanden in Zusammenarbeit mit Herrn Dr. Jürgen Martini und Kimberly Kirchmann mehrere Führungen zu Projekt „Spurensuche“ statt.

Als Publikumsmagnet erwies sich zudem die im gleichen Zusammenhang präsentierte Wanderausstellung „Justiz im Nationalsozialismus: Über Verbrechen im Namen des Deutschen Volkes – Sachsen-Anhalt“, die hier in Kooperation u.a. mit dem Ministerium für Justiz und Gleichstellung Sachsen-Anhalt gezeigt werden konnte. Zahlreiche Besucher vertieften sich in die Inhalte der Ausstellung, u.a. in die Biografien vor dem Volksgerichtshof und den Sondergerichten angeklagter und teilweise auch zum Tode verurteilter Insassen des Sudenburger Gefängnisses. Die Ausstellung wurde während der gesamten drei Tage durch Michael Viebig und Tom Binner (Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle

Mit Porträtfoto sowie Biografie des früheren Häftlings und vormaligen KPD-Reichstagsabgeordneten Ernst Brandt (1896-1956) gestalte Essensklappe einer Zellentür, Juli 2015

(Saale)) sowie Daniel Bohse (Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg) betreut, die sowohl Besuchern und Journalisten für Fragen und Führungen zur Verfügung standen als auch Veranstaltungen im Begleitprogramm durchführten. Zu letzterem gehörte am Abend des 17. Juli im früheren Kultursaal der JVA die von Michael Viebig eingeführte und moderierte Vorführung des Films „Das Heimweh des Walerjan Wróbel“ über einen 1942 von einem Sondergericht zum Tode verurteilten jugendlichen polnischen Zwangsarbeiter.

Anmerkungen

1 Spurensuche. Zur Geschichte des Gefängnisses Magdeburg-Sudenburg 1905 – 1989/90. Konzeption und Inhalte: Daniel Bohse, Ulrike Groß, Kimberley Kirchmann, Helmi Martini-Honus, Dr. Jürgen Martini, Paul Perschke, Michael Viebig sowie im Rahmen eines Projekts der Fachhochschule Merseburg Angela Altendorfer, Aaron Beitz, Kinga Carolin Dory, Marie-Luis Dulig, Friederike Dumke, Elisabeth Geng, Anna Gumbert, Florian Kasch, Max Kollender, Frank Langhanns, Izabela Lenz, Pauline Mager, Annabelle Marwinski, Martin Plewa, Louise Pokutta und Dr. Karsten Steinmetz. Gestaltung: Kimberley Kirchmann, Nadine Janetzky, Annett Bohse-Sonntag, Helmi Martini-Honus. Magdeburg 2015.

Marie-Luise Tröbs und Dr. Kai Langer bei der Gedenkveranstaltung am 26. Mai 2015 am Grenzdenkmal Hötensleben, 26. Mai 2015

Gedenkveranstaltung am 26. Mai 2015 in Hötensleben

Mira Keune

Seit 2012 gedenkt die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt jährlich am 26. Mai, dem Jahrestag der ersten Zwangsaussiedlungswelle aus dem DDR-Grenzgebiet zur Bundesrepublik, am Grenzdenkmal Hötensleben der Opfer des DDR-Grenzregimes. Die Gedenkveranstaltung soll das Bewusstsein für die Opfer und ihre Schicksale im Grenzgebiet von Sachsen-Anhalt und Niedersachsen verankern und stärken. Die Gedenkrede hielt in diesem Jahr die Präsidentin des Bundes der Zwangsausgesiedelten e. V. Marie-Luise Tröbs, die auch Mitglied im Beirat für die Gedenk- und Erinnerungsarbeit der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt ist.

Am 26. Mai 1952 begann der Ausbau des Grenzregimes der DDR mit der Abriegelung der fast 1.400 km langen innerdeutschen Grenze und dem Einrichten eines abgestuften, fünf Kilometer breiten Sperrgebietes entlang dieser Grenze. In den darauffolgenden Tagen wurde dort eine „Polizeiverordnung“ eingeführt, deren primärer Zweck darin be-

stand, die Bevölkerung des Sperrgebietes zu kontrollieren und einzuschüchtern sowie den Zutritt zur Grenze zu verhindern. Zur weiteren Einschüchterung der Bewohner des Sperrgebietes folgten – über mehrere Wochen verteilt – Zwangsaussiedlungen missliebiger Personen und ihrer Familien. Allein im Jahr 1952 waren etwa 8.000 Menschen von den Zwangsaussiedlungen betroffen und verloren ihre Heimat. Die zweite Zwangsaussiedlungswelle vom 3. Oktober 1961 traf etwa 3.000 Menschen. Weitere Zwangsaussiedlungen fanden sporadisch bis in die 1980er Jahre statt.

Nach der Begrüßung durch Dr. Kai Langer, Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, und einem Grußwort von Hans Werner Schlichting, dem Ersten Kreisrat des Landkreises Helmstedt, folgte die Gedenkrede von Marie-Luise Tröbs. Sie hielt eine persönliche und politische Rede für die Opfer des Grenzregimes der DDR und der Zwangsaussiedlungen. Ihre Familie war ebenfalls von den Willküraktionen betroffen. Am 3. Oktober 1961 wurde sie im Alter von zehn Jahren zusammen mit ihren Eltern und zwei Brüdern aus dem thüringischen Geisa zwangsausgesiedelt. Eindrücklich schilderte sie, wie die Familie aus dem Ort abgeführt wurde und berichtete, dass viele Opfer noch heute an den Folgen der Zwangsaussiedlung leiden. Als Präsidentin des Bundes der Zwangsausgesiedelten forderte sie daher, dass den immer wieder zu spürenden Absichten, diese Lebenswirklichkeit in der DDR zu bagatellisieren, entgegen gewirkt werden müsse. Zudem würden die Betroffenen noch heute auf Rehabilitierung und Entschädigung warten.

Den Abschluss bildete eine Kranzniederlegung. Rund 70 Personen nahmen an der Gedenkveranstaltung am Grenzdenkmal Hötensleben teil. Für die musikalische Umrahmung sorgten Schüler der Musikschule Kurt Masur aus Oschersleben.

Die Schülerguides Robin Filpe und Sebastian Bruns informieren in der ehemaligen Wechselstube über die Besonderheiten der Einreise von Westdeutschen in die DDR und der Ausreise, 6. Juli 2015

„Aus der Vergangenheit für die Gegenwart lernen". Der große Schülerprojekttag zum 25. Jahr der Deutschen Einheit in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

Mira Keune

Am 6. Juli 2015 fand bereits zum sechsten Mal fand der länderübergreifende Schülerprojekttag der Kultusministerien von Sachsen-Anhalt und Niedersachsen, der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt und der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt statt. Im 25. Jahr der Deutschen Einheit stand er unter dem Motto „Gelebte Geschichte und Geschichte erleben – Zeitzeugengespräche in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn".

Rund 250 Schülerinnen und Schüler aus fünf verschiedenen Schulen nahmen an dem Projekttag teil, um sich mit der Zeit der deutschen Teilung und dem Leben mit der Grenze – in beiden Teilen Deutschlands – auseinanderzusetzen. Begrüßt wurden sie von den Kultusministern der Länder Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, Frauke

Heiligenstadt und Stephan Dorgerloh. Frauke Heiligenstadt hob hervor, dass man an authentischen Geschichtsorten wie der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn, die wie aus der Zeit gefallen zu sein scheinen, Geschichte und historische Zusammenhänge am besten verstehen könne. Stefan Dorgerloh berichtete von persönlichen Erfahrungen, auch aus der Zeit der Friedlichen Revolution. Er erzählte den Schülerinnen und Schülern, dass für ihn als DDR-Bürger eine Reise zum Mond wahrscheinlicher gewesen war als die Möglichkeit, seine Cousins in West-Berlin besuchen zu dürfen. Beide appellierten an die Schüler, das Angebot, mit Zeitzeugen zu sprechen, zu nutzen und sich das Wissen zur Geschichte Deutschlands vielfältig zu erschließen.

Während des Projekttages erhielten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum einen Einblicke in die Geschichte der ehemaligen Grenzübergangsstelle Marienborn. 26 Schülerguides waren dafür zuvor in der Gedenkstätte für die Veranstaltung ausgebildet worden. Sie hatten sich mit ausgewählten Themen beschäftigt und stellten die Ergebnisse an entsprechenden Standorten auf dem Gelände der Gedenkstätte vor. Zu den Themen gehörten die Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR auf der ehemaligen Grenzübergangsstelle, die Arbeit der Zöllner zur Fluchtverhinderung, die Aufgaben der Grenztruppen auf dem Grenzübergangsgelände, das Grenzregime der DDR, der Transit von und nach West-Berlin sowie die Besonderheiten der Ein- und Ausreise in die bzw. aus der DDR. Außerdem waren die Schülerguides während des Vorbereitungsseminares zu „Schülerreportern“ ausgebildet worden. In einem Workshop vermittelte der stellvertretende Chefredakteur der Helmstedter Nachrichten, Jürgen Paxmann, den Schülern Hintergrundwissen und Knowhow zur journalistischen Arbeit. Ihre Berichte und Kommentare wurden nach dem Projekttag in der Helmstedter Ausgabe der Braunschweiger Zeitung abgedruckt.

Während eine Hälfte der Schülerinnen und Schüler an den Standorten der Schülerguides den historischen Ort der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn kennenlernten, hatten die anderen die Möglichkeit mit den Zeitzeuginnen und Zeitzeugen in Gespräch zu kommen. Sechs Personen waren eingeladen worden, um über ihre persönlichen „Grenzerfahrungen“ zu berichten. Zum Thema „Leben mit und ohne Grenze“ berichtete René Müller vom Grenzdenkmalverein Hötensleben über seine Jugend in Hötensleben, einem Ort im Sperrgebiet der DDR direkt an der innerdeutschen Grenze. Zu dem Thema war auch der Journalist Hans-Jürgen Börner eingeladen. In den 1980er Jahren war er ARD-Korrespondent in der DDR. Er erzählte von den besonderen Arbeits-

Auftritt der Schülerband nameless aus Helmstedt, 6. Juli 2015

bedingungen für Westjournalisten in der DDR und den Einblicken in das Leben in der anderen deutschen Republik, die er gewonnen hatte.

Roland Schreyer und Regina Albrecht berichteten von ihren Fluchten aus der DDR. Nach einer Reise in den Westen Deutschlands kehrte Roland Schreyer nicht in die DDR zurück. Die Hoffnung, dass auch seine Familie ausreisen dürfe, erfüllte sich nicht, deswegen plante er 1988 die Flucht seiner Familie durch einen alten Kanal, der unter den Grenzanlagen verlief. Bei Regina Albrecht dauerte es drei Jahre bis zur erfolgreichen Flucht. 1968 hatte sie sich in einen West-Berliner Studenten verliebt. Um mit ihm zusammen leben zu können, entschied sie sich für eine Flucht. Nach gescheiterten Versuchen, u.a. über einen Tunnel in Berlin, schaffte sie es 1971 in einem umgebauten PKW über die Route Rumänien, Jugoslawien, Österreich und München zu ihrem Freund nach West-Berlin.

Uwe Strümpel aus Helmstedt, Landtagsabgeordneter in Niedersachsen, und Dr. Karl-Heinz Daehre, Minister a.D. für verschiedene Ressorts in Sachsen-Anhalt, berichteten davon, was es für sie bedeutet, heute im geeinten Deutschland Politik zu machen. Außerdem erzählte Uwe Strümpel, dass seine Familie in den 1950er Jahren aus der DDR geflüchtet war und wie Flucht und Teilung das Leben seiner Familie geprägt hatten.

Dr. Karl-Heinz Daehre informierte, auch mit unterhaltsamen Anekdoten, über die Herausforderungen, die es nach der Wiedervereinigung zu bewältigen galt, um neue und demokratische Strukturen in Sachsen-Anhalt aufzubauen.
Die vierköpfige Schülerband „nameless“ vom Gymnasium am Bötschenberg in Helmstedt begeisterte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer während des Projekttages mit eigenen Songs. Für die kommenden großen Schülerprojekttage ist geplant, dass immer eine der beteiligten Schulen für die musikalisch-kulturellen Rahmengestaltung sorgt.

Paul Kannmann: Das Stalag XI A Altengrabow 1939–1945 (= Wissenschaftliche Reihe der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, Bd. 2)
Halle (Saale): Mitteldeutscher Verlag 2015.

Rezensiert von Stefan Knopf

Der Historiker und Pädagoge Paul Kannmann veröffentlichte im August 2015 seine Dissertationsschrift „Das Stalag XI A Altengrabow 1939–1945" im Mitteldeutschen Verlag. In der über 500 Seiten umfassenden Publikation mit einem umfangreichen Anhang aus Fotos, Dokumenten und Tabellen fokussiert Kannmann erstmals die Entwicklung des Kriegsgefangenenlagers Altengrabow während des Zweiten Weltkrieges und analysiert die sich aus dem Arbeitseinsatz der Kriegsgefangenen in der Region ergebene „‚Zwangsintegration' der Kriegsgefangenen in die zivile Arbeitswelt" (S. 16). Das Thema Kriegsgefangenenlager Altengrabow wurde bisher lediglich über Erinnerungsberichte in Egodokumenten, offiziellen Berichten zur Klärung von Gräueltaten punktuell fassbar, der Heimatforschung überlassen oder fand randständig in verschiedenen Veröffentlichungen zum Thema Kriegsgefangenenwesen im Zweiten Weltkrieg Erwähnung. Kannmann breitet kenntnisreich und strukturiert sein Quellenmaterial aus, das er neben den zahlreichen Bundes-, Landes- und Kommunalarchiven auch aus russischer und polnischer Provenienz[1] (S. 31) herangezogen hat, um erstmalig eine Gesamtschau der Lagergeschichte Altengrabows anzufertigen. Trotz der intensiven Recherchen bleiben die Akten der Lagerkommandatur Altengrabows unauffindbar, wodurch Kannmann eine Quellenbasis zur Verfügung steht, die sehr stark *über* das Lager Auskunft gibt, jedoch kaum die Perspektive des Lagers respektive der Lagerverwaltung widerspiegeln kann. Die vielfältigen Quellentypen analysiert Kannmann sehr differenziert und feinfühlig, so-

dass es ihm gelingt, die „Bedeutung und Auswirkungen des vielgestaltigen Kriegsgefangeneneinsatzes zwischen 1939 und 1945 im östlichen Teil des Wehrkreises XI (...) aufzuarbeiten." (S. 15) Im Zentrum der Publikation stehen dabei die überaus vielfältigen Berührungspunkte der Institutionen und Akteure, die mit dem Kriegsgefangenenlager bestanden. Hierbei deutet Kannmann den Begriff Lager konsequent als „raumübergreifend" (S. 33), das heißt als netzartiges Geflecht aus Stammlager, Lazaretten und Außenlagern der Arbeitskommandos, in denen die Kriegsgefangenen untergebracht waren.

Der Autor arbeitet sich stringent an den folgenden Fragen ab: Nachdem die Grundlagen des Kriegsvölker- sowie Kriegsgefangenenrechtes diskutiert wurden, fragte er, wie dieser normative Rahmen angesichts des Arbeitseinsatzes der Kriegsgefangenen durch die zahlreichen Institutionen eingehalten wurde und welche Kontrollmöglichkeiten internationale Akteure zur Wahrung des Kriegsgefangenenrechtes hatten. Weiterhin zentral ist die Frage Kannmanns nach den Folgen der „Unterbringung der Kriegsgefangenen des Stalags XI A" in den Arbeitskommandos „inmitten der deutschen Gesellschaft". (S. 18)

Kannmann verwendet bei der Bearbeitung seines Themas ein Phasenmodell, das sich am „zeitlichen Verlauf der in Ost- und Westeuropa geführten Bewegungskriege" orientiert. (S. 35) Diese Herangehensweise entzerrt die vielschichtige institutionelle Verzahnung beim Verwalten der Kriegsgefangenen in Unterbringung und Arbeitseinsatz. Sehr gut sichtbar wird zudem eine arbeitsökonomische Effektivierung in der Administration des Kriegsgefangenenarbeitseinsatzes. Waren die Arbeitsämter, Firmen und kommunalen Verwaltungen mit der Unterbringung und dem Arbeitseinsatz der polnischen Kriegsgefangenen zu Beginn des Zweiten Weltkrieges überfordert (S. 36), was sich gerade in der Anfangszeit negativ auf das Wohl der Gefangenen auswirkte, setzten im Laufe der Jahre Lerneffekte ein, sodass der Kriegsgefangenenarbeitseinsatz einerseits wirtschaftlicher wurde und andererseits dem Zustand der Gefangenen nicht weiter abträglich war.

Die Erforschung des Themas Kriegsgefangenschaft stellte in der ehemaligen DDR ein erinnerungskulturelles Problem dar. (S. 23) Dem Autor ist es zu verdanken, dass mit seiner Veröffentlichung eine Forschungslücke gefüllt und die Kenntnisse zum Kriegsgefangenenwesen in Deutschland des Zweiten Weltkrieges erweitert wurden. Zudem verfügt die Militärgeschichte nunmehr über gesicherte Kenntnisse zum östlichen Bereich

des Wehrkreises XI. Indem Kannmann die administrative Logik des Kriegsgefangenenarbeitseinsatzes im Bereich des heutigen Sachsen-Anhalt untersucht, vertieft seine Publikation das Wissen zur regionalen wie lokalen Wirtschafts- und Industriegeschichte und rückt das System der Ausbeutung der Arbeitskraft von Kriegsgefangenen in den Blickpunkt. Ferner lenkt Kannmann die Aufmerksamkeit auf die Begegnungen zwischen dem „Fremden“ und dem „Eigenen“. (S. 373) Trotz Strafandrohungen ist es dem NS-Regime oftmals nicht gelungen den Kontakt zwischen Deutschen und Kriegsgefangenen am Arbeitsplatz zu verhindern. In drei Fallbeispielen, in denen Kannmann Liebesbeziehengen als konkrete Art des sogenannten verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen sowie deren polizeilich-juristische Verfolgung schildert, zeigt Kannmann, wie illusorisch die Idee der sogenannten Volksgemeinschaft war. (S. 328)

Letztlich gelingt es dem Autor, das Kommunikations- und Beziehungsgeflecht des Kriegsgefangenenlagers Altengrabow mit den diversen an der Verwaltung der Kriegsgefangenen und an der Organisation des Arbeitseinsatzes beteiligten Akteuren sichtbar zu machen, zu analysieren und von dort aus vollkommen neue Erkenntnisse über das Stalag XI A Altengrabow zu erlangen. An der einen oder anderen Stelle hätte der Autor sein umfassendes Quellenmaterial prominenter in Szene setzen können. Statt der Verwendung einiger Zitate im Fußnotenapparat, hätte eine Ausbreitung der Quellen im Fließtext die Kommunikation der verschiedenen Ebenen und damit die Wechselwirkungen zwischen Lager und Außenwelt noch deutlicher hervortreten lassen.

Dankbar muss man dem Autor sein, dass er die Inspektionstätigkeit des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) im Lager analysiert und die sich anschließende Berichterstattung berücksichtigt. Hier interpretiert Kannmann sehr differenziert und gewährt Einblick in den Alltag des Lagers. Richtigerweise wird anhand des Inspektionsrechtes der Lager aufgezeigt, dass das Kriegsvölkerrecht nicht nur gebrochen wurde, sondern auch praktische Anwendung fand. Auch wenn Verbrechen durch diese völkerrechtsgestützte Praxis nicht verhindert werden konnten, konnten sie „sehr wohl aber eingegrenzt werden. Dies ist keine kleine, sondern eine große Leistung. Schließlich ist es auch im bürgerlichen Leben noch keinem Gesetzgeber gelungen durch welche Strafandrohung auch immer, Gesetzesübertretungen vollständig abzuschaffen.“[2]

Anmerkungen

1 Kannmann zog zur Bearbeitung des Themas die Unterlagen der Archiv/Dokumentationsstelle des Kriegsgefangenenmuseums in Opole (Polen) sowie die Akten im Staatlichen Militärarchiv der Russischen Föderation (RGVA) und des Staatsarchivs der Russischen Föderation (GARF) in Moskau heran.

2 Overmans, Rüdiger: Die Kriegsgefangenenpolitik des Deutschen Reiches 1939 bis 1945, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 9: Die Deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945, 2. Hbd.: Ausbeutung, Deutungen, Ausgrenzung, München 2005, S. 875.

Autoren

Anja Ahner studiert Interkulturelle Europastudien in Clermont-Ferrand (Frankreich). | **Edda Ahrberg** ist freischaffende Publizistin in Cobbel (Altmark). | **Daniel Bohse** ist Leiter der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg. **Dietrich Bungeroth**, Pfarrer i. R., Dessau-Roßlau. | **Anne Drescher** ist Landesbeauftragte für die Unterlagen des DDR-Staatssicherheitsdienstes in Mecklenburg-Vorpommern | **Dr. André Gursky** ist Leiter der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale). | **Dr. Anja Hanisch** ist Projektkoordinatorin bei der KfW Entwicklungsbank Afghanistan/Kabul. | **Daniel Hirschmann** studiert Wirtschafts- und Sozialgeschichte (M.A.) an der Georg-August-Universität Göttingen. | **Dr. Anna Kaminsky** ist Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur | **Mira Keune** ist Mitarbeiterin der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn. | **Stephan Knopf** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena. **Dr. Kai Langer** ist Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt. | **Prof. Dr. Andreas Nachama** ist Direktor der Stiftung Topographie des Terrors, Berlin. | **Matthias Ohms** ist amtierender Leiter der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn. | **Dr. Frank Stucke** ist Pädagogischer Mitarbeiter an der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg. | **Michael Viebig** ist pädagogischer Mitarbeiter der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) | **Peter Wetzel** ist Referent bei der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt.

Fotonachweis

Titel: Im Hafthaus der ehemaligen JVA Sudenburg während des Kunstfestivals, Juni 2015. Foto Dr. Kai Langer | S. 6, 51, 55, 65, 82: Foto Dr. Kai Langer | S. 61: Foto Margreet Krikowski | S. 73: Foto Paul Perschke | S. 41, 44, 45, 47: Foto Dietrich Bungeroth | S. 48: Foto Anne Sommer | S. 68, 69: Foto Sammlung Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin. | S. 77: Foto Sandra Böhme | S. 79: Foto Michael Viebig | S. 59: Foto Daniel Bohse | S. 83, 85: Foto Sammlung Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

Impressum

Herausgeber:	Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt | Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg Tel. 0391 244 55-930 | Fax -998 | Mail: info-geschaeftsstelle@stgs.sachsen-anhalt.de
Redaktion:	Kai Langer (verantw.) | Daniel Bohse | Gesine Daifi | Melanie Engler | André Gursky | Ute Hoffmann | Mira Keune | Frank Stucke | Michael Viebig
Gestaltung | Druck:	behnelux gestaltung, Halle (Saale) | eindruck Magdeburg
ISSN-Nr.:	2194-2307
Spendenkonto:	BIC: MARKDEF1810 | IBAN: DE74 8100 0000 0081 0015 16

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Herausgeber dar. Für die inhaltlichen Aussagen sowie für die Veröffentlichungsrechte der verwendeten Fotos tragen die Autoren die Verantwortung.

Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin
Prettiner Landstraße 4 | 06925 Annaburg, OT Prettin | phone (035386) 60 99 75 | fax (035386) 60 99 77
mail: info-lichtenburg@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten: Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15.30 Uhr
Freitag 9 bis 13 Uhr | jeder letzte Sonntag im Monat 13 bis 17 Uhr sowie nach Vereinbarung

Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg
c/o Fachklinikum für Psychiatrie Bernburg | Olga-Benario-Str. 16/18 | 06406 Bernburg
phone (03471) 31 98 16 | fax (03471) 64 09 691 | mail: info-bernburg@stgs.sachsen-anhalt.de
Öffnungszeiten: Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr | Freitag 9 bis 12 Uhr
jeder erste Sonntag im Monat 11 bis 16 Uhr sowie nach Vereinbarung

Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge
Vor den Zwiebergen 1 | 38895 Halberstadt, OT Langenstein | phone (03941) 56 73 24 | phone/fax (03941) 30 248
mail: info-langenstein@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten (Dauerausstellung): Dienstag bis Freitag
9 bis 15.30 Uhr | jedes letzte Wochenende (Samstag und Sonntag) in den Monaten April bis Oktober
14 bis 17 Uhr sowie nach Vereinbarung

Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)
Am Kirchtor 20 b | 06108 Halle | phone (0345) 22 01 337 | fax (0345) 22 01 339
mail: info-roterochse@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten: Dienstag bis Freitag 10 bis 16 Uhr
jedes erste Wochenende im Monat (Samstag und Sonntag) 10 bis 17 Uhr sowie nach Vereinbarung

Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg
Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg | phone (0391) 24 45 590 | fax (0391) 24 45 599 9
mail: anmeldung-moritzplatz@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten: Montag bis Mittwoch 9 bis 16 Uhr
Donnerstag: 9 bis 18 Uhr | Freitag 9 bis 14 Uhr | jeder erste Sonntag im Monat 10 bis 16 Uhr
sowie nach Vereinbarung

Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn
An der Bundesautobahn A2 | 39365 Marienborn | phone (039406) 92 090 | fax (039406) 92 099
mail: info-marienborn@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag 10 bis 17 Uhr
sowie nach Vereinbarung

Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen
Lage der Gedenkstätte: An der Gedenkstätte 1, 39638 Gardelegen | Kontakt: c/o Hansestadt Gardelegen,
Rudolf-Breitscheid-Str. 3, 39638 Gardelegen | phone (03907) 716 176 | fax (03907) 716 111
mail: info-isenschnibbe@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten: Das Freigelände ist tagsüber zugänglich.
Führungen sind nach vorheriger Anmeldung möglich.

Gruppenführungen bitten wir grundsätzlich vorher anzumelden.

Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt
Geschäftsstelle | Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg
phone (0391) 244 55 930 | fax (0391) 244 55 998
mail: info-geschaeftsstelle@stgs.sachsen-anhalt.de
web: www.stgs.sachsen-anhalt.de

Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt